

Senatsdirektor Albertz erklärte mir, nachdem ich ihn von dem Fortbestehen der Bedenken des Auswärtigen Amts gegen den Film unterrichtet habe, daß eine Änderung der Entscheidung des Regierenden Bürgermeisters nicht zu erwarten sei. Die amerikanische Mission ist über das Vorhaben des Regierenden Bürgermeisters unterrichtet. Wie ich von Herrn Albertz erfahre, hat sich United Artists bereit erklärt, den Film zu jeder Zeit und jedem Ort jedem vorzuführen, der glaube, Bedenken dagegen erheben zu müssen. Ich darf daher anregen, eine solche Sondervorführung in Bonn zu veranstalten, da es doch wohl zweckmäßig erscheint – nachdem hier Meinung gegen Meinung steht –, daß beide Seiten die endgültige Fassung des Films aus eigenem Wissen kennen.⁸

[gez.] Kempff

B 130, Bd. 5855 A (V 4)

525

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Hase

301-81.32-393/61 streng geheim

1. Dezember 1961¹

Betr.: NATO-Atomstreitmacht und Ministerkonferenz der NATO

In der kommenden Ministerkonferenz der NATO, die vom 13.–15. Dezember 1961 in Paris stattfinden wird², werden die Erklärungen der Vertreter der Bundesregierung mit besonders großer Aufmerksamkeit aufgenommen werden. Die Minister der 14 übrigen NATO-Staaten erwarten mit großem Interesse das erste Auftreten des Herrn Bundesministers³ in der Ministerkonferenz. Sie werden die Erklärung der Herren Bundesminister des Auswärtigen und für Verteidigung⁴ sorgfältig darauf prüfen, ob sich aus ihnen eine neue außen- oder verteidigungspolitische Linie der neuen Bundesregierung erkennen läßt. Dies gilt vor allem für die Frage des Besitzes und der Kontrolle von atomaren Sprengmitteln. In der öffentlichen Meinung vieler NATO-Staaten und bei zumindest einer NATO-Regierung (Dänemark) ist in den letzten Wochen der Verdacht entstanden, daß die Bundesrepublik entgegen ihren bisherigen und in der Regie-

⁸ Hilfsreferent Rowas hielt am 6. Dezember 1961 fest, Ministerialdirektor Sattler habe am 4. Dezember 1961 Weisung gegeben, „die Frage der repräsentativen Uraufführung [...] nicht weiterzuverfolgen, da weder die Haltung des Berliner Senats und des Regierenden Bürgermeisters zu der Veranstaltung dadurch zu beeinflussen wäre, noch andererseits die Vorführung des Films vor Mitgliedern des Auswärtigen Amts, die auf technische Schwierigkeiten stößt, neue Aspekte erbringen würde.“ Vgl. B 130, Bd. 5170 A (605/IV 6).

Zur Uraufführung des Films am 15. Dezember 1961 in Berlin (West) vgl. den Artikel „Hollywood-Prominenz in Berlin“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 16./17. Dezember 1961, S. 3.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Behrends konzipiert.

² Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 546, Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

³ Gerhard Schröder übernahm am 14. November 1961 das Amt des Bundesministers des Auswärtigen.

⁴ Franz Josef Strauß.

rungerklärung vom 29.11.1961 wiederholten Versicherungen⁵ Schritt für Schritt die alleinige Verfügungsgewalt über atomare Sprengmittel anstrebt.⁶

Die Frage der Verfügungsgewalt über atomare Sprengmittel kann bei der Diskussion der Anforderungen General Norstads an Mittelstreckenraketen im Rahmen der Streitkräfteanforderungen bis 1966 (MC 96)⁷ zur Sprache kommen. Sie wird sicherlich bei Behandlung des Projektes der NATO-Atomstreitmacht und möglicherweise auch bei der Diskussion der langfristigen militärischen Planung erörtert werden.

Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister des Auswärtigen in der außenpolitischen Diskussion oder zu Beginn der militärpolitischen Diskussion am zweiten Tag der Konferenz eine kurze grundsätzliche Erklärung über die NATO-Politik der Bundesregierung abgibt und dabei auch auf das in erster Linie politische Problem der NATO-Atomstreitmacht eingeht. Soweit zur Zeit amtlich bekannt ist, will der Herr Bundesminister für Verteidigung in seiner Erklärung in der militärpolitischen Diskussion lediglich die militärische Frage der MRBM-Anforderungen behandeln und auf das Problem der NATO-Atomstreitmacht nicht im einzelnen eingehen. Nach den Erfahrungen früherer Ministerkonferenzen ist jedoch damit zu rechnen, daß im Zuge der Diskussion der Verteidigungsfragen auch die politische Problematik der NATO-Atomstreitmacht eingehend behandelt und eigene Vorschläge für ihre Verwirklichung vorgelegt werden. Eine eingehende und rechtzeitige Abstimmung zwischen den Herren Bundesminister des Auswärtigen und für Verteidigung über ihre Erklärungen erscheint daher unerlässlich.⁸

Als Anlage wird eine Aufzeichnung vorgelegt, in der die Probleme der MRBM-Anforderungen und der NATO-Atomstreitmacht dargestellt und Vorschläge für den Inhalt der grundsätzlichen Erklärung des Herrn Bundesministers gemacht werden.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär⁹ dem Herrn Bundesminister¹⁰ vorgelegt.

Hase

⁵ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen vgl. Dok. 9, Anm. 8.

Für den Wortlaut der Regierungserklärung vom 29. November 1961 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 50, S. 22–33.

⁶ Legationsrat I. Klasse Balken vermerkte am 28. November 1961, der amerikanische Botschaftssekretär Williamson habe mitgeteilt, daß sowohl Ministerpräsident Kampmann als auch der dänische Außenminister Krag „in jüngster Zeit drei- bis viermal an den amerikanischen Botschafter in Kopenhagen herangetreten“ seien, um ihre Befürchtung zum Ausdruck zu bringen, „die Bundesregierung wünsche eine eigene nationale Verfügungsgewalt über atomare Waffen“. Er, Balken, habe Williamson gegenüber bekräftigt, „daß wir nach wie vor eine NATO-Atommacht befürworten, daß wir aber niemals eine eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen gefordert haben“. Vgl. VS-Bd. 4030 (302/II 8); B 150, Aktenkopien 1961.

⁷ Zur den Streitkräfteanforderungen der NATO bis 1966 (MC 96) und zur amerikanischen Haltung hinsichtlich der Ausstattung der NATO mit Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 460 und Dok. 471.

⁸ Zur beabsichtigten Erklärung des Bundesministers Strauß zu einer NATO-Atomstreitmacht bei der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 532.

⁹ Hat Staatssekretär Carstens am 4. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt“.

¹⁰ Hat Bundesminister Schröder am 5. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Paris!“

Anlage

NATO-Atomstreitmacht und Ministerkonferenz der NATO

I. Der zuerst von Außenminister Herter auf der Ministerkonferenz der NATO im Dezember 1960 vorgelegte Vorschlag („Herter-Plan“), eine NATO-eigene und NATO-kontrollierte schwimmende Atomstreitmacht zu schaffen¹¹, ist der Versuch, einen politischen Rahmen für die Lösung eines militärischen Problems – der Ausstattung der Schildstreitkräfte mit beweglichen Mittelstreckenraketen (MRBM) – zu finden.

Die MRBM-Ausstattung der Schildstreitkräfte ist von größter Bedeutung für den Schutz der Sicherheit der europäischen NATO-Staaten und ist ein wesentliches Anliegen der Bundesregierung. Die von Präsident Kennedy gegenüber dem Herrn Bundeskanzler betonte Überlegenheit der Vereinigten Staaten in interkontinentalen Atomträgern¹² wird durch die Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen weitgehend ausgeglichen und damit für ihre europäischen Partner fast wertlos gemacht. Die Sowjetunion kann Europa mit einem Atomschlag weitgehend zerstören. Selbst bei einem nur mit konventionellen Waffen vorgetragenen massierten sowjetischen Angriff ist die Sowjetunion in der Lage, die Basen für die gegenwärtigen Träger des taktischen Atomschlages der Schildstreitkräfte (Flugplätze und feste IRBM-Stellungen) innerhalb weniger Stunden auszuschalten und die Schildstreitkräfte damit wehrlos zu machen.

Um die Schildstreitkräfte in die Lage zu versetzen, den ersten Schlag des Gegners zu überleben und den Gegenschlag zu führen, hat General Norstad in seinen Streitkräfteanforderungen bis 1966 beantragt, seinem Kommando 610 bewegliche Mittelstreckenraketen (MRBM) zur Verfügung zu stellen. Diese MRBM-Ausstattung der Schildstreitkräfte soll spätestens 1963 einsetzen.

Die Vereinigten Staaten haben das Prinzip der Ausstattung der Schildstreitkräfte mit MRBM anerkannt. Sie haben jedoch zu den MRBM-Anforderungen von General Norstad noch nicht Stellung genommen. Diese amerikanische Stellungnahme ist – im wesentlichen auf deutsches Verlangen – für Ende Januar oder Anfang Februar 1962 zugesagt.¹³

Falls die amerikanische Stellungnahme positiv ausfällt, kann damit gerechnet werden, daß die übrigen NATO-Staaten, von denen lediglich Großbritannien bisher ernste Bedenken gegen die MRBM-Ausstattung geltend gemacht hat, ebenfalls zustimmen werden.

II. Das entscheidende militärische Petikum ist die Erfüllung der MRBM-Anforderungen General Norstads. Die Frage, ob diese Anforderungen durch Bereitstellung nationaler (d.h. amerikanischer), im Ernstfall der NATO-unterstellter Einheiten oder auf multilateralem Wege durch Schaffung einer NATO-eigenen und NATO-kontrollierten Atommacht erfüllt werden, ist militärisch von sekundärer Bedeutung und ist in erster Linie ein politisches Problem.

¹¹ Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Herter am 16. Dezember 1960 in Paris vgl. Dok. 1, Anm. 7.

¹² Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Präsident Kennedy am 20. November 1961 in Washington; Dok. 508.

¹³ Eine entsprechende Erklärung wurde von dem amerikanischen NATO-Botschafter Finletter am 15. Juni 1962 im Ständigen NATO-Rat abgegeben. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 248.

Die Bundesregierung zieht eine multilaterale Lösung vor, wenn eine befriedigende Regelung der damit verbundenen komplexen Probleme gefunden werden kann. Die multilaterale Lösung hat die Vorteile,

- a) die politische und militärische Integration der NATO zu fördern und die Bedeutung der NATO aufzuwerten;
- b) das Gewicht der europäischen NATO-Staaten innerhalb der Allianz zu vergrößern;
- c) eine Garantie für die Verfügbarkeit weitreichender Atomträger für die Schildstreitkräfte zu bieten;
- d) einen Ansatzpunkt für die Verbesserung des gegenwärtigen Systems der Lagerung und Verfügbarkeit der atomaren Sprengmittel zu schaffen.

Die Regierung Kennedy hat nach anfänglichem Zögern den Herter-Plan in seinen wesentlichen Teilen übernommen. Präsident Kennedy hat in seiner Rede in Ottawa im Mai 1961 angeboten,

- 1) der NATO fünf atomgetriebene Polaris-U-Boote zu unterstellen,
- 2) europäische Vorschläge für eine multilaterale, NATO-eigene und NATO-kontrollierte schwimmende NATO-Streitmacht in Betracht zu ziehen.¹⁴

Die erste Stufe dieses Angebots bietet keine besonderen Schwierigkeiten, da es sich hier – wie bei der amerikanischen 6. Flotte – um nationale, der NATO lediglich im Kriegsfall zur Verfügung stehende amerikanische Einheiten handelt.

Die Verwirklichung des zweiten Schritts – der Schaffung einer multinationalen NATO-Atomstreitmacht – setzt dagegen die Lösung von zahlreichen schwierigen Problemen voraus. Dazu gehören:

1) Juristische Probleme

Sollen die Einheiten der MRBM-Flotte in nationalem Eigentum stehen oder im Eigentum der NATO? Letzteres würde die Schaffung einer Art NATO-Souveränität voraussetzen.

2) Fragen der Finanzierung

3) Technische und militärische Fragen

(See- oder/und landgebundene MRBM? Seegebundene MRBM auf Überwasserschiffen oder ausschließlich auf U-Booten?)

4) Politische Fragen

Großbritannien und Frankreich besitzen ein eigenes nukleares Potential und sind daher nicht interessiert, sich an einer multinationalen NATO-Atomstreitmacht zu beteiligen. Norwegen lehnt sie aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Ist eine NATO-Atomstreitmacht ohne Beteiligung dieser Staaten sinnvoll?

5) Das Problem des Einsatzbefehls

(„15 Finger am Abzug“?)

6) Das Problem des Besitzes der nuklearen Sprengmittel für die NATO-Atomstreitmacht.

Die Regierung Kennedy ist der Auffassung, daß die Sprengköpfe in amerikanischer Verwahrung verbleiben sollen. Eine Revision dieser Auffassung würde die

¹⁴ Zur Rede des Präsidenten Kennedy am 17. Mai 1961 in Ottawa vgl. Dok. 150, Anm. 21.

Änderung des McMahon-Gesetzes¹⁵ und damit die Zustimmung des amerikanischen Kongresses erfordern, die zur Zeit nicht wahrscheinlich ist.

III. Eine Lösung aller dieser Probleme ist bisher kaum in Angriff genommen worden. Als einziger NATO-Staat hat die Bundesrepublik dem Projekt der NATO-Atomstreitmacht zugestimmt. Sie hat in ihrem dem NATO-Rat vorgelegten Verteidigungsmemorandum vom 26. Mai 1961 ihre Bereitschaft erklärt, sich an der Verwirklichung dieses Projekts zu beteiligen und hierfür einen finanziellen und personellen Beitrag zu leisten.¹⁶ Sie hat ferner eine Einsatzregelung vorgeschlagen, nach der sich die amerikanische Regierung verpflichten soll, die Freigabe der der NATO zugeteilten nuklearen Sprengmittel zuzulassen, wenn die Regierung des angegriffenen Landes darum ersucht und SACEUR dieses Ersuchen befürwortet. Dieser Vorschlag gilt nicht nur für eine NATO-Atomstreitmacht, sondern für alle nuklearen Kampfmittel, die zur Verwendung durch NATO-Verbände bestimmt sind.

Diese Erklärung der Bundesregierung hat kaum ein Echo gefunden und bisher keinen weiteren NATO-Staat veranlaßt, eine Stellungnahme abzugeben. Der wesentliche Grund dafür ist die unklare Haltung der Vereinigten Staaten. Solange die Vereinigten Staaten jede eigene Initiative in dieser Sache vermissen lassen und eine gemeinsame europäische Initiative abwarten, sind keine Fortschritte zu erwarten. Die Widerstände und das Zögern zahlreicher europäischer NATO-Partner können nur überwunden werden, wenn die Vereinigten Staaten zeigen, daß die Verwirklichung der NATO-Atomstreitmacht eines ihrer wesentlichen Ziele ist, und wenn sie selbst eingehende Vorschläge über die Zusammensetzung und Finanzierung und die Regelung der Einsatzbefugnis vorlegen.

IV. Falls der Bundesminister für Verteidigung in der Ministerkonferenz einen eigenen Vorschlag für die NATO-Atomstreitmacht vorlegen sollte, würde dieser vermutlich folgendes vorsehen:

1) Schaffung eines integrierten multinationalen schwimmenden NATO-MRBM-Verbandes, der aus nationalen Einheiten von fünf oder sechs NATO-Staaten, darunter den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik, bestehen soll.

2) Die Bundesrepublik beteiligt sich an diesem Verband mit zwei atomgetriebenen U-Booten und einigen Überwassereinheiten mit insgesamt etwa 100 MRBM. Sie wird zu diesem Zweck einen Betrag von 2,5–3 Mrd. DM und das notwendige Personal zur Verfügung stellen. Die Bundesrepublik übernimmt damit etwa ein Viertel des auf eine Kapazität von insgesamt 400 MRBM geschätzten Verbandes.

3) Der Einsatzbefehl soll vom amerikanischen Präsidenten an SACEUR oder auf ein Gremium unabhängiger politischer Persönlichkeiten delegiert werden.

V. Eine isolierte deutsche Initiative dieser oder ähnlicher Art würde bei den meisten NATO-Partnern voraussichtlich eine sehr kühle Aufnahme finden. Sie ist nicht geeignet, das von der Bundesrepublik unterstützte Projekt der NATO-Atomstreitmacht der Verwirklichung näher zu bringen. Sie kann im Gegenteil nicht nur die Verwirklichung des Projekts gefährden, sondern zugleich auch die für

¹⁵ Zu dem vom amerikanischen Senator McMahon initiierten „Atomic Energy Act“ vom 1. August 1946 vgl. Dok. 56, Anm. 37.

¹⁶ Für das Memorandum in der am 22. Juni 1961 an NATO-Generalsekretär Stikker übermittelten Fassung vgl. Dok. 191.

die Sicherheit der Bundesrepublik entscheidend wichtige positive Stellungnahme der amerikanischen Regierung zu den MRBM-Anforderungen SACEURs.

Die Bundesrepublik muß unter allen Umständen den Eindruck vermeiden, daß sie im Alleingang den ursprünglichen amerikanischen Herter-Plan durchsetzen will. Ein zu starkes deutsches Engagement, das mit Sicherheit nach allen bisherigen Erfahrungen auch der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben wird, würde zu Mißdeutungen der deutschen Absichten führen. Es würde es schwer machen, der Unterstellung entgegenzutreten, daß die Bundesrepublik den Herter-Plan als Mittel auf dem Wege zur nationalen Verfügungsgewalt über atomare Sprengmittel benutzt. Ein solcher Eindruck würde ernste Folgen für den Zusammenhalt in der NATO und die Solidarität der NATO-Staaten mit der Bundesrepublik in der Deutschland- und Berlin-Frage haben. Außerdem würde ein so umfangreiches finanzielles Angebot die Position der Bundesrepublik in der Frage der Stationierungskosten schwächen.

Bei den einzelnen NATO-Staaten ist folgende Reaktion zu erwarten:

1) Vereinigte Staaten

Präsident Kennedy hat in seinem Interview mit Adschubej erklärt, er würde es besonders ungern sehen, daß die Bundesrepublik ein eigenes atomares Potential erwerben würde.¹⁷ Die amerikanische Regierung soll darüber hinaus, soweit hier bekannt, bei den Besprechungen mit dem Herrn Bundesminister für Verteidigung in Washington¹⁸ zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht bereit ist, der Bundesrepublik Atom-U-Boote zu verkaufen, selbst wenn diese in einen integrierten NATO-Verband eingebracht werden sollen.

Vor allem ist es für die Vereinigten Staaten rechtlich de lege lata unmöglich und politisch sehr schwierig, daß Präsident Kennedy seine alleinige Entscheidungsbefugnis über den Einsatz von Atomwaffen delegiert. Die amerikanische Regierung hat sich in ihrem Abrüstungsvorschlag, den Präsident Kennedy am 25. September d.J. den Vereinten Nationen vorgetragen hat, bereits weitgehend auf eine Politik der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen festgelegt: „Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, sollen die Verfügungsgewalt über solche Waffen nicht Staaten geben, die sie nicht besitzen; sie sollen keiner Nation Informationen oder Material geben, das die Herstellung erlaubt. Staaten, die keine Nuklearwaffen besitzen, sollen diese nicht herstellen noch versuchen, die Verfügungsgewalt über solche Waffen, die anderen Staaten gehören, zu erwerben, noch sollen sie versuchen, Informationen oder Material für die Herstellung nuklearer Waffen entgegenzunehmen.“¹⁹

Die Sowjetunion hat ihrerseits am 26. September 1961 den Vereinten Nationen einen ähnlichen Vorschlag vorgelegt.²⁰ Die Frage der Nichtverbreitung von Atom-

¹⁷ Für den Wortlaut des Interviews des Präsidenten Kennedy mit dem Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija“, Adschubej, am 25. November 1961 in Hyannis Port vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 741–752. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 729–741.

¹⁸ Bundesminister Strauß hielt sich vom 19. bis 30. November 1961 in den USA auf. Zu den Gesprächen am 21./22. November 1961 in Washington vgl. Dok. 511–514.

¹⁹ Für den für eine erste Abrüstungsphase als Unterpunkt (e) des Abschnitts „C. To Contain and Reduce the Nuclear Threat“ formulierten Vorschlag vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 478. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 646.

²⁰ Zum sowjetischen Abrüstungsprogramm vom 26./27. September 1961 vgl. Dok. 392, Anm. 10, und Dok. 407, Anm. 18.

waffen ist von Rusk und Gromyko in ihren Gesprächen im September/Okttober d.J. in New York²¹ ebenfalls angeschnitten worden.

Eine grundsätzliche Übereinstimmung der USA und der Sowjetunion in dieser Frage kann angenommen werden, wenn auch das einzuschlagende Verfahren noch eine Reihe von Schwierigkeiten aufwirft. Es ist zu befürchten, daß eine zu starke Betonung unseres Interesses an einer von der amerikanischen Regierung weitgehend unabhängigen Atommacht die Amerikaner auf den Weg einer Vereinbarung mit den Sowjets drängen würde.

2) Großbritannien und Frankreich

Beide Staaten stehen ohnehin als Atommächte der Idee der NATO-Atomstreitmacht ablehnend gegenüber. Sie könnten vielleicht umgestimmt werden, wenn die Vereinigten Staaten dazu entschlossen die Initiative ergreifen und wenn in eingehenden bilateralen Gesprächen mit diesen beiden Staaten eine gemeinsame Auffassung gefunden werden kann. Falls die beiden Staaten durch eine deutsche Initiative auf der Ministerkonferenz überrascht werden, würde sich ihr Standpunkt nur verhärten.

3) Dänemark, Norwegen, Island

Diese drei Staaten sind sehr beunruhigt über alle deutschen Initiativen, die der Sowjetunion einen Vorwand geben könnten, erneuten Druck auf Finnland²² und Skandinavien auszuüben. Sie würden schon aus diesem Grund eine Initiative der Bundesrepublik in der Frage der NATO-Atomstreitmacht ablehnen.

Bezeichnend für die Zweifel Dänemarks an der deutschen Haltung in der Frage der Atombewaffnung ist es, daß nach Mitteilung der amerikanischen Botschaft der dänische Ministerpräsident²³ und der dänische Außenminister²⁴ in den letzten Wochen mehrmals an den amerikanischen Botschafter in Kopenhagen²⁵ herangetreten sind und ihre Befürchtung zum Ausdruck gebracht haben, die Bundesregierung wünsche eine eigene nationale Verfügungsgewalt über atomare Waffen.

4) Für die voraussichtliche Reaktion eines großen Teiles der westlichen öffentlichen Meinung mag der Leitartikel des „Manchester Guardian“ vom 30.11.1961 zitiert werden:

„Der gefährlichste Teil der Regierungserklärung Adenauers war seine Forderung nach einer atomaren Abschreckungsmacht der NATO. Dies wird von der Sowjetunion sicher als Tarnung für die deutsche Atomrüstung interpretiert werden. ... Gäbe man Atomwaffen in deutsche Hände – auch in der gemilderten Form einer NATO-Atommacht – hieße das, den Sowjets das beste Argument zu geben, das sie seit 1945 hatten. Es würde zu einer teuren und sinnlosen Verdoppelung der Verteidigungsanstrengungen im Westen führen, eine verheerende Wirkung auf

²¹ Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Rusk mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko am 21., 27. und 30. September 1961 in New York vgl. Dok. 362, Dok. 387, Anm. 6, Dok. 392, Dok. 393, Anm. 5, sowie Dok. 398.

²² Zur sowjetischen Note vom 30. Oktober 1961 an Finnland und zur finnischen Reaktion vgl. Dok. 480, Anm. 3, Dok. 510 und Dok. 520.

²³ Viggo Kampmann.

²⁴ Jens Otto Krag.

²⁵ William M. Blair.

die Meinung der Bündnisfreien haben und die sowjetische Stellung in Osteuropa dramatisch stärken. Großbritannien und die USA sollten dem fest widerstehen.“²⁶

5) Vereinte Nationen

Der Politische Ausschuß der Vereinten Nationen hat am 30.11.1961 einstimmig den irischen Resolutionsentwurf über die Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen angenommen.²⁷ In dieser Resolution werden die gegenwärtigen Atomkräfte aufgefordert, sich vertraglich zu verpflichten, die Kontrolle über Kernwaffen an kein anderes Land weiterzugeben. Eine isolierte deutsche Initiative in der Frage der NATO-Atomstreitmacht würde bei den bündnisfreien Staaten den Eindruck erwecken, daß die Bundesrepublik sich über den einmütig zum Ausdruck gebrachten Willen der Vereinten Nationen hinwegsetzen will.

VI. Nach Auffassung der Abteilung 3 sollte die Bundesregierung in der Ministerkonferenz zu der Frage der NATO-Atomstreitmacht in klarer und konstruktiver Weise Stellung nehmen.

Diese Stellungnahme müßte jedoch vom Herrn Bundesminister des Auswärtigen abgegeben werden. Sie sollte sich auf folgende Punkte beschränken:

1) Die Bundesregierung bittet die Vereinigten Staaten, eine eindeutige und endgültige Stellungnahme zum Herter-Plan abzugeben und in ständigem Kontakt mit ihren NATO-Partnern Vorschläge für die Verwirklichung der NATO-Atomstreitmacht auszuarbeiten.

2) Die Bundesregierung schlägt vor, daß die vom NATO-Rat mit Beschluß vom 15.11.1961 eingesetzte Atlantic Policy Advisory Group²⁸ beauftragt wird, alle Aspekte der NATO-Atomstreitmacht einschließlich der Frage der Einsatzentscheidung zu überprüfen und der Ministerkonferenz der NATO im Frühjahr 1962²⁹ Bericht zu erstatten. Die Bundesregierung behält sich vor, in der Ministerkonferenz im Frühjahr 1962 die Einberufung einer Verteidigungsministerkonferenz der NATO zur weiteren Behandlung der technischen und militärischen Fragen der NATO-Atomstreitmacht zu beantragen.

3) Die Bundesregierung verweist auf ihren Vorschlag über die Regelung der Einsatzentscheidung. Sie bedauert, daß die NATO-Staaten zu diesem Vorschlag bisher nicht Stellung genommen haben. Da eine schnelle Lösung der Regelung des Einsatzbefehls nicht zu erwarten ist, schlägt sie als Sofortmaßnahme zur Verbesserung des unbefriedigenden gegenwärtigen Zustandes vor:

Die amerikanische Regierung prüft mit ihren Verbündeten alle Möglichkeiten, das gegenwärtige amerikanische System von Lagerung und Verfügbarkeit der

²⁶ Vgl. den Artikel „No Help From Bonn“; THE GUARDIAN vom 30. November 1961, S. 10.

²⁷ Zum irischen Resolutionsentwurf vgl. Dok. 475, Anm. 15.

Nachdem in der Diskussion am 30. November 1961 keinerlei Einwände erhoben worden waren, beschloß der Erste Ausschuß der UNO-Generalversammlung am 30. November 1961, den irischen Resolutionsentwurf als einstimmig angenommen zu betrachten. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 16TH SESSION, FIRST COMMITTEE, SUMMARY RECORDS, S. 235–237 und S. 239–241.

Die UNO-Generalversammlung nahm den Entwurf am 4. Dezember 1961 ebenfalls einstimmig an. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 1665 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. VIII, S. 237 f.

²⁸ Zur Atlantic Policy Advisory Group der NATO vgl. Dok. 142, Anm. 20.

²⁹ Zur NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen vgl. AAPD 1962, II, Dok. 202 und Dok. 203.

atomaren Sprengmittel³⁰ durch vertragliche Vereinbarungen zu vereinfachen und zu verbessern mit dem Ziel:

- a) zu erreichen, daß die Regierungen der Staaten, in denen atomare Sprengmittel gelagert sind, jederzeit über deren Bestand und Verfügbarkeit unterrichtet sind;
- b) sicherzustellen, daß die atomaren Sprengmittel rechtzeitig vor dem etwaigen Ausbruch von Feindseligkeiten zur Verfügung stehen;
- c) die Zeitspanne von der Freigabe der Sprengmittel bis zu ihrem tatsächlichen Einsatz wesentlich zu verkürzen.

VII. Es wird vorgeschlagen, daß diese Stellungnahme zur Frage der NATO-Atomstreitmacht Teil einer Grundsatzerklärung zur NATO-Politik der Bundesregierung bildet, die der Herr Bundesminister in der außenpolitischen Diskussion im Anschluß an seine Erklärung zur Deutschland- und Berlin-Frage oder zu Beginn der militärpolitischen Diskussion abgibt. Der Gedankengang dieser Grundsatzerklärung soll etwa wie folgt sein:

Die außenpolitischen Ziele der neuen Bundesregierung sind unverändert. Die Bundesrepublik betrachtet sich als Teil der atlantischen Gemeinschaft. Sie sieht in der NATO und in der festen Verbundenheit mit allen NATO-Partnern ihren einzigen Schutz gegen die sowjetische Bedrohung. Sie betrachtet die Stärkung der NATO durch verbesserte politische Zusammenarbeit und durch militärische, dem Kräftezuwachs des Gegners angepaßte Verstärkung als das Gebot der Stunde. Die Bundesregierung sieht in der Schaffung einer NATO-Atomstreitmacht einen geeigneten Weg zu dieser notwendigen politischen und militärischen Stärkung der NATO. Sie hat bereits in dem dem NATO-Rat vorgelegten Verteidigungsmemorandum vom Mai 1961 dieses Projekt unterstützt. Sie bedauert, daß die Verwirklichung des Projektes bisher wenig Fortschritte gemacht hat. Sie glaubt, daß dazu eine erneute amerikanische Initiative notwendig ist. Mit ihrer Unterstützung des Plans der NATO-Atomstreitmacht entkräftet die Bundesregierung den Vorwurf, atomare Sprengmittel für sich selbst erwerben zu wollen. Die Bundesregierung hat diese Forderung niemals erhoben.

Im Anschluß daran könnte der Herr Bundesminister die unter VI. aufgeführte Stellungnahme abgeben.

Um dieser Stellungnahme eine größere Wirkung zu verleihen und eine Isolierung der Bundesrepublik in der Ministerkonferenz zu vermeiden, wird vorgeschlagen:

- 1) Generalsekretär Stikker vor der Konferenz die geplante deutsche Stellungnahme zur Kenntnis zu geben und durch seine Vermittlung festzustellen, ob die niederländische Regierung bereit ist, die deutsche Stellungnahme zu unterstützen;
- 2) während der Pariser Vierer-Konferenz³¹ Außenminister Rusk durch den Herrn Bundesminister über die geplante deutsche Stellungnahme zu unterrichten und

³⁰ Zu den Vereinbarungen der USA mit Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden über die Lagerung von Atomsprengköpfen für die auf dem Territorium der Bundesrepublik stationierten NATO-Streitkräfte vgl. Dok. 60, Anm. 11.

³¹ Zur Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder am 11./12. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 553.

ihn zu bitten, in der außenpolitischen Diskussion der Ministerkonferenz der NATO die amerikanische Haltung zur NATO-Atomstreitmacht zu präzisieren und konkrete Vorschläge zu ihrer Durchführung in Aussicht zu stellen.

VIII. Durch die unter VI. und VII. skizzierte Erklärung des Herrn Bundesministers würde der politische Rahmen gezeichnet, in den die Erklärung des Herrn Bundesministers für Verteidigung bei der militärischen Diskussion der Ministerkonferenz gestellt werden könnte. Auch bei der Ministerkonferenz im Dezember 1960 wurde der damalige Herter-Plan während der außenpolitischen Diskussion der Konferenz vorgetragen. Im Anschluß an die Erklärung Herters nahmen die Außenminister dazu Stellung.

Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister sich mit dem Herrn Bundesminister für Verteidigung in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am 5. Dezember über die Erklärungen abstimmt, die von ihnen zur Frage der NATO-Atomstreitmacht in der Konferenz abgegeben werden sollen.

B 130, Bd. 1988 A (201)

526

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Reinkemeyer

AB-83.13-758I/61 geheim

1. Dezember 1961¹

Betr.: Fortführung der Gespräche zwischen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und dem Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel

Das Bundesministerium für Wirtschaft hat gebeten, daß am 2. Dezember um 11.00 Uhr Herr Staatssekretär Lahr an einer im Bundesministerium für Wirtschaft stattfindenden interministeriellen Besprechung über die Fortführung der Gespräche zwischen Dr. Leopold (TSI) und Herrn Behrendt (MAI) teilnehmen möge. Weitere Teilnehmer an dieser Besprechung werden die Herren Staatssekretäre Westrick und Thedieck sowie Ministerialdirektor Vialon sein. Das Bundesministerium für Wirtschaft hält es für erforderlich, daß eine Entscheidung über das weitere Verhalten in der Frage des Tagungsortes für die erwähnten Gespräche getroffen wird, und legt entscheidenden Wert darauf, daß das Auswärtige Amt durch einen leitenden Beamten vertreten ist.

Der Sachverhalt ist folgender: Bis zum 13. August 1961 haben die Gespräche zwischen Dr. Leopold und Herrn Behrendt alternativ in Westberlin und Ost-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Reinkemeyer am 2. Dezember 1961 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 700 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Besprechung hat am 2.12. unter Teilnahme von H[errn] MD Krapf stattgefunden. Ergebnisse werden von H[errn] MDg Dworak z[u]ls[ammen]gefaßt und uns mitgeteilt.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Forster am 5. Dezember 1961 vorgelegen.

berlin stattgefunden. Nach der Abriegelung des Ostsektors wurde Dr. Leopold verboten, den Ostsektor zu betreten. Er verstieß gegen diese Anordnung, jedoch fanden keine Gespräche zwischen ihm und Herrn Behrendt statt. Bei der Entscheidung darüber, ob die Gespräche wieder der bisherigen Übung entsprechend alternativ auch im Ostsektor stattfinden sollten, hat sich der interministerielle Ausschuß von den folgenden Erwägungen leiten lassen: Es steht fest, daß die SBZ durch ihre seit dem 13. August 1961 getroffenen Maßnahmen die Abreden über den Interzonenhandel² verletzt hat. Wenn nunmehr weiterhin in Ostberlin alternativ getagt würde, so könnte darin eine der SBZ sehr erwünschte Bestätigung dafür gesehen werden, daß sie die Abreden über den Interzonenhandel nicht verletzt hat. Andererseits sollte eine kategorische Ablehnung Ostberlins als Tagungsort vermieden werden, damit wir uns die Möglichkeit, die Gespräche wiederaufzunehmen, falls ein überwiegendes Interesse dies später erfordern sollte, nicht selbst abschnitten.

Am 13. Oktober ist auf Grund einer Entscheidung, der das Auswärtige Amt zugestimmt hatte, durch einen Boten der TSI Herrn Behrendt folgende Erklärung mündlich übermittelt worden:

„Ich habe den Auftrag, Ihnen von Herrn Dr. Leopold folgendes auszurichten: Der Dienstwagen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel ist bei einer Fahrt zum Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel am 11.10.1961 von Organen des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs eingehend kontrolliert worden. Die Insassen mußten u. a. angeben, wieviel Geld und andere Wertsachen sie bei sich führten. Dieses Verfahren entspricht nicht der vom Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel gemachten Zusage über die Behandlung der Dienstwagen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel bei Dienstfahrten zum Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel. Offenbar sei es dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel nicht möglich, ein für die Treuhandstelle für den Interzonenhandel tragbares Verfahren zu garantieren.

Im übrigen habe Herr Dr. Leopold zur Zeit keine Punkte für eine Besprechung mit Ihnen. Sollten Sie den Wunsch haben, bestimmte Punkte zu erörtern, so steht Herr Dr. Leopold Ihnen jederzeit zu einer Besprechung in der Treuhandstelle für den Interzonenhandel zur Verfügung.“

Auch jetzt besteht keine zwingende Notwendigkeit zur Wiederaufnahme der Gespräche Leopold/Behrendt. Da das Jahresende herannaht und die Amerikaner ein sehr lebhaftes Interesse daran bekundet haben, daß die Gespräche nicht abreißen, besteht jedoch Anlaß zur Überprüfung unseres Standpunktes. Die amerikanische Haltung ist in dieser Frage zweifach beeinflusst. Einmal hat offenbar Dr. Leopold der amerikanischen Vertretung in Berlin eine Darstellung der Sachlage gegeben, aus der diese geschlossen haben muß, daß die Gespräche abgebrochen seien. So hat Kohler kürzlich in der Botschaftergruppe in Washington von einer „Sanktion“ gesprochen, an deren Angemessenheit er zweifle.³ Zum

² Zu den Vereinbarungen bei Wiederinkraftsetzung des Interzonenhandelsabkommens vom 20. September 1951 in der Fassung vom 16. August 1960 am 1. Januar 1961 vgl. Dok. 6.

³ Gesandter Krapf teilte der Botschaft in Washington am 24. November 1961 mit, der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, habe Weisung, die Gespräche mit dem Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, „nicht turnusgemäß

anderen sind die Amerikaner lebhaft daran interessiert, daß wir unsere technischen Kontakte mit der SBZ verstärken.

Bisher war der deutsche Standpunkt in der Frage des Interzonenhandels, daß für diesen nicht mehr und nicht weniger, als in letzter Zeit geschehen, getan werden solle. Das Bundesministerium für Wirtschaft erwägt jedoch, ob dieser Handel vielleicht für die SBZ attraktiver gemacht werden sollte, um damit das wirtschaftliche Interesse der SBZ an der Erhaltung des freien Zugangs nach Berlin, der mit dem Interzonenhandel bekanntlich gekoppelt ist, zu verstärken. In diesem Zusammenhang käme z.B. eine neue Vereinbarung mit der SBZ über stärkere Ausfuhr ausländischer Güter aus der Bundesrepublik dorthin in Betracht. Eine Erweiterung der Ausfuhr von Gütern, die in der Bundesrepublik produziert werden, ist autonom durch Ausschreibungen möglich. Politisch ist zu der Erwägung des Wirtschaftsministeriums, das wirtschaftliche Interesse der SBZ an der Aufrechterhaltung des freien Zugangs nach Berlin zu erhöhen, zu sagen, daß die SBZ in dieser Frage vor allem nach politischen Gesichtspunkten entscheiden und notfalls ein völliges Erliegen des Interzonenhandels in Kauf nehmen wird.

Ferner ist es bis zum 31. Dezember erforderlich, die Konten abzustimmen.

Sowohl das Thema der Warenausweitung als auch das der Kontenabstimmung lassen sich brieflich behandeln. Eine mündliche Besprechung ist im ersten Falle überhaupt nicht erforderlich, im zweiten Falle könnte nach einem Briefwechsel eine Einigung zwischen den Notenbanken erfolgen und weitere Fragen, die mit der Kontenabstimmung zusammenhängen, könnten wie früher in Frankfurt am Main besprochen werden.

Es wird daher vorgeschlagen, daß einstweilen der bisherige Standpunkt, keine Besprechungen in Ost-Berlin abzuhalten, aufrechterhalten und in den zur Behandlung anstehenden Fragen zwischen Dr. Leopold und Herrn Behrendt ein Briefwechsel gepflogen wird. Dabei muß aber unter allen Umständen vermieden werden, daß wir uns durch irgendwelche Formulierungen gegenüber der anderen Seite auf die Auffassung festlegen, keine Besprechungen mehr im Ostsektor abzuhalten, sonst würde der Prestigeverlust, der sich daraus ergäbe, daß Dr. Leopold später doch vielleicht wieder in den Ostsektor geht, sehr empfindlich sein. Bei dem hier vorgeschlagenen Verfahren besteht eine – wenn auch vermutlich geringe – Möglichkeit, daß die andere Seite sich doch noch nachgiebiger als bisher zeigt. Im übrigen wird es uns vielleicht Anfang des nächsten Jahres im Schatten einer Ost-West-Konferenz, bei der ohnehin über die Frage der Kontakte

Fortsetzung Fußnote von Seite 2093

im Ostsektor fort[zul]setzen, weil die am 23. August von sowjetzonaler Seite eingeführte Aufenthaltsgenehmigung für Westberliner bei einem Besuch Ostberlins eine Verletzung der am 29.12.1960 bei Abschluß des neuen Interzonenhandelsabkommens ausgesprochenen ‚Erwartungen‘ über einen ungehinderten Güter- und Personenverkehr zwischen Westberlin und der BRD und beiden Teilen Berlins darstellt. Die Ostseite würde ein solches Verhalten Leopolds nur als stillschweigende Hinnahme der sowjetzonalen Verordnungen und damit des Bruchs der ‚Erwartungen‘ deuten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1705; B 130, Bd. 5084 (III A 6).

Botschafter Grewe, Washington, informierte am 27. November 1961, er habe dies in der Sitzung der Botschaftergruppe am selben Tag bekanntgegeben. Daraufhin habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, bezweifelt, „ob die ‚Sanktion‘, daß Leopold den Ostsektor nicht betrete, adäquat sei“, und die Frage aufgeworfen, ob die „Bundesregierung beabsichtige, nunmehr Interzonengespräche über Warenlisten für 1962 nicht stattfinden zu lassen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3370; VS-Bd. 3480 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

zwischen der Bundesrepublik und der SBZ gesprochen wird, leichter sein, unauffällig die Gespräche auch in Ost-Berlin wieder aufzunehmen.⁴

Hiermit über Herrn D⁷⁵ Herrn Staatssekretär Lahr weisungsgemäß vorgelegt.

[Reinkemeyer]⁶

VS-Bd. 3480 (AB 7)

527

Staatssekretär Lahr an Botschafter Blankenhorn, Paris

St.S. 5365¹/61 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 657

Aufgabe: 2. Dezember 1961, 15.00 Uhr

Für Botschafter persönlich

In der Anlage übermittle ich Ihnen Abschrift einer Aufzeichnung, die ich für den Herrn Bundeskanzler über die Tagung des Ministerrats der EWG vom 29. November bis 1. Dezember¹ gefertigt habe.² Sie können den Inhalt dieser Aufzeichnung verwerten, jedoch bitte ich, bei meinen Hinweisen auf Möglichkeiten unseres künftigen Verhaltens zu berücksichtigen, daß es sich hierbei zunächst nur um Vorschläge des Auswärtigen Amts handelt und daß unser taktisches Vorgehen in den weiteren Besprechungen nicht behindert werden darf.

Lahr³

[Anlage]

Betr.: Tagung des Ministerrats der EWG über Agrarfragen vom 29. November bis 1. Dezember

I. Herr Bundesminister Schwarz verlas am Vormittag des 30. November seine auf den Kabinettsbeschluß vom 28. November⁴ gestützte Erklärung. Gemäß einem schon zuvor gefaßten Beschluß wurde die Sitzung danach unterbrochen,

⁴ Gesandter Ritter notierte am 23. März 1962, daß der Abteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR, Behrendt, am Vortag „unangemeldet und ohne besonderen Anlaß bei Herrn Leopold erschienen“ sei, um mit ihm über „allgemeine Fragen des Interzonenhandels“ zu sprechen. Am 23. März 1962 habe der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Leopold, Behrendt zur Aufklärung eines Vorfalls am Übergang Herleshausen/Wartha offiziell aufgesucht. Vgl. VS-Bd. 3509 (AB 700); B 150, Aktenkopien 1962.

⁵ Franz Krapf.

⁶ Konzipient der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

¹ Zur EWG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch BULLETIN DER EWG 1/1962, S. 85 f.

² Staatssekretär Lahr notierte am 2. Dezember 1961, das Bundeskanzleramt habe „mitgeteilt, daß der Herr Bundeskanzler eine Aufzeichnung über den Verlauf der Tagung des Ministerrats der EWG über Agrarfragen vom 29. November bis 1. Dezember zu erhalten wünscht“. Vgl. B 2 (Büro Staatssekretär), Bd. 284.

³ Paraphe vom 2. Dezember 1961.

⁴ Bundesminister Schwarz wurde am 27. November 1961 ermächtigt, den Verordnungsentwürfen der EWG-Kommission zur Preisregulierung in der Landwirtschaft unter elf Voraussetzungen zustimmen. Vgl. dazu KABINETTSPROTOKOLLE 1961, S. 275–277.

ohne daß sich irgendeine Delegation zu den deutschen Ausführungen geäußert hätte. Am Nachmittag begann die Aussprache. Die von AP nach der Vormittags-sitzung verbreitete Meldung, der französische Landwirtschaftsminister Pisani habe eine scharfe Gegenerklärung abgegeben und die Unterbrechung der Sitzung gefordert, um seine Regierung zu unterrichten, war frei erfunden.⁵ Die vom Ministerrat zu Beginn der Nachmittagssitzung einstimmig beschlossene Gegen-darstellung, die den Zeitungen zusammen mit der Tatarenmeldung von AP vor Redaktionsschluß vorlag, ist leider von fast keiner Zeitung berücksichtigt worden.

Die Debatten am Nachmittag des 30. November und am 1. Dezember erfolgten in einer sachlichen und kommunautären Atmosphäre. Minister Pisani distanzierte sich in sehr prononzierter Weise von dem ihm unterstellten Verhalten, und namentlich er unterstrich gegen Schluß der Debatte wiederholt, daß es sich um eine gute Aussprache gehandelt habe, die bereits erste Ergebnisse gezeitigt habe.

II. Dessenungeachtet liegen in der Sache sehr beträchtliche Gegensätze vor. Die Erklärung des Herrn Bundesministers Schwarz ist von den anderen Delegationen teilweise mit großer Zurückhaltung, teilweise mit deutlicher Kritik aufgenommen worden. Am kritischsten verhielt sich die französische Delegation.

Herr Bundesminister Schwarz befand sich in einer schwierigen Ausgangsposition. Der Kabinettsbeschluß vom 27. November enthielt zwar die bedeutsame deutsche Konzession eines Eingehens auf das Richtpreissystem für Getreide. Die damit verbundenen elf Vorbehalte brachten es jedoch mit sich, daß die Wirkung unserer Konzession in der Fülle der Vorbehalte zunächst unterging. Im Laufe der Ministerratssitzung dürfte es gelungen sein, die Gesamtbeurteilung unseres Vorschlags etwas positiver zu gestalten.

Im übrigen wäre es falsch, anzunehmen, daß die Schwierigkeiten in der Erarbeitung der gemeinsamen Agrarpolitik im wesentlichen nur von uns ausgingen. Hinsichtlich des Getreides haben wir zwar alle anderen Fünf und die Kommission gegen uns. Auf dem Gebiet des Schweinemarktes befindet sich hingegen Frankreich in dieser Isolierung. Auch auf dem Gebiet des Weins nimmt Frankreich die restriktivste Haltung ein. Hinsichtlich der Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen bereitet Frankreich die größten Schwierigkeiten. Es versteht es jedoch geschickt, diese Dinge in den Hintergrund treten zu lassen und die Aufmerksamkeit der Gemeinschaft sowie der Öffentlichkeit auf die Getreidefrage zu konzentrieren. Auch muß sich Frankreich sagen lassen, daß, wenn es gerade uns auf dem Getreidegebiet eine nichtkommunautäre Haltung unterstellt, es unser bisheriges Verhalten in einer wenig sachlichen Weise würdigt. Wir haben Frankreich bisher aus rein kommunautären Gründen insgesamt 400 000 t Getreide zu für uns wenig vorteilhaften Bedingungen abgenommen, während die Niederlande und Italien nichts für Frankreich getan, sondern ihre Käufe ausschließlich auf dem für sie vorteilhafteren Weltmarkt getätigt haben.

III. Die wichtigsten Streitfragen sind folgende:

a) Getreide

Wir hatten bisher ein Preissystem, bei dem praktisch an sämtlichen Punkten der Bundesrepublik der gleiche Getreidepreis galt, während die Kommission,

⁵ Vgl. dazu den Artikel „Agrarpolitik heftig umstritten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Dezember 1961, S. 1.

unterstützt von den fünf anderen Partnerregierungen, ein Richtpreissystem vorschlägt, d.h. ein System, bei dem die Preise nach Maßgabe des natürlichen Transportgefälles differieren. Nur dieses letztere System ist innerhalb der Gemeinschaft praktikabel und sinnvoll. Hieraus haben wir nunmehr die Konsequenz gezogen, indem wir diesem System zustimmen, gleichzeitig allerdings die Zustimmung zu Maßnahmen fordern, mit denen wir die sich hieraus ergebende Minderung der Einnahmen unserer Landwirtschaft auffangen. Bei Mitteilung des deutschen Standpunkts entstand in Brüssel zunächst der Eindruck, als ob unsere grundsätzliche Konzession völlig neutralisiert würde durch unsere Vorbehalte bezüglich der Durchführung. Es dürfte gelungen sein, den anderen klarzumachen, daß von einer solchen Neutralisierung nur teilweise die Rede sein kann und unsere Wünsche bezüglich einer Milderung des Systems Übergangscharakter haben.

Die Kommission hat vorgeschlagen, die bisher in den einzelnen Ländern der Gemeinschaft üblichen Einfuhrsysteme durch ein Abschöpfungssystem (d.h. Erhebung einer Einfuhrabgabe, die dem Unterschied der Getreidepreise im Verhältnis zwischen Lieferland und Bezugsland entspricht) zu ersetzen. In der Bundesrepublik gilt ein solches Abschöpfungssystem schon seit vielen Jahren, allerdings verbunden mit einer Kontingentierung (mengenmäßige Einfuhrbeschränkung). Wir wollen diese vorerst aufrechterhalten, während die anderen Fünf und die Kommission das als mit dem Rom-Vertrag⁶ unvereinbar verwerfen. Diese Frage ist unter allen Streitfragen die am heftigsten umstrittene. Die Kommission ist zum Einlenken bereit, indem sie uns sowohl gegenüber Einfuhren aus Drittländern als gegenüber Einfuhren aus Gemeinschaftsländern eine Schutzklausel zugestehen will und die Anwendung der Schutzklausel zunächst sogar unserem autonomen Ermessen zu überlassen bereit ist. Hierbei würden wir zwar nicht die gleichen Garantien wie bei einer Kontingentierung erhalten, jedoch würde den wesentlichsten Gefahren vorgebeugt werden. Vorausgesetzt, daß wir hier eine gewisse Flexibilität zeigen und auch die anderen, namentlich die Franzosen, ihre – entgegengesetzten – Bedenken zurückstellen, ist hier eine Einigung denkbar.

b) Dauer der Übergangszeit

Die Kommission hat eine Abkürzung der Übergangszeit von 8 Jahren auf 6 1/2 Jahre vorgeschlagen.⁷ Die anderen Delegationen haben sich im wesentlichen positiv geäußert. Wir haben erklärt, daß wir uns jetzt auf eine Abkürzung nicht festlegen können, jedoch bereit seien, nach zwei Jahren diese Frage erneut zu prüfen. Ich glaube, daß wir hiermit durchkommen werden.

c) Alle Gemeinschaftsländer sind der Auffassung, daß der Anfang mit einer gemeinsamen Finanzierung agrarpolitischer Aufgaben (z. B. der Förderung von Agrarexporten nach dritten Ländern und Preisstützungsmaßnahmen) gemacht werden sollte. Streit besteht bezüglich des Umfangs dieser Maßnahmen und der Aufbringung der Mittel. Hinsichtlich des Umfangs der Maßnahmen sind wir bereit, der großzügigeren Auffassung der Mehrheit der Gemeinschaftsländer und der Kommission zu folgen – hier ist Italien isoliert –, hinsichtlich der Auf-

⁶ Für den Wortlaut des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 766–1013.

⁷ Zur Übergangszeit gemäß Artikel 8 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 21, Anm. 3.

bringung sind wir jedoch nicht bereit, der Mehrheitsauffassung beizutreten, nach der diese Mittel in erster Linie aus den staatlichen Einnahmen bei der Getreideeinfuhr (Einfuhrabgaben) beschafft werden sollen. Dies würde nämlich bedeuten, daß praktisch wir und die Niederlande alles zu bezahlen hätten, während Nutznießer in erster Linie Frankreich wäre. Wir schlagen statt dessen den Aufbringungsschlüssel vor, der im Vertrag vorgesehen ist⁸, und sind damit in einer guten Position.

IV. Es ist beschlossen worden, am 12. Dezember⁹ und 20./21. Dezember¹⁰ neue Sitzungen des Ministerrats zu diesen Fragen abzuhalten. Wir werden zweifellos die vom Kabinett aufgestellte Verhandlungsinstruktion nicht zu 100 Prozent realisieren können, jedoch halte ich nicht für ausgeschlossen, zu einem Kompromiß zu gelangen, der bei objektiver Würdigung als für uns annehmbar anzusehen sein wird.

B2 (Büro Staatssekretär), Bd. 284

528

Staatssekretär Carstens an die Botschaft in Washington

302-82.01/3-2108/61 geheim
Fernschreiben Nr. 4036 Plurex

2. Dezember 1961¹
Aufgabe: 5. Dezember 1961, 14.00 Uhr

Auf Drahtbericht Nr. 3413 geheim vom 29.11.²

I. Aufgrund der in den letzten Wochen gemachten Erfahrungen müssen wir wohl damit rechnen, daß die Amerikaner, unterstützt von den Engländern, sich kaum daran hindern lassen werden, mit der Sowjetunion die Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen zu erörtern. Wir müssen ferner davon aus-

⁸ Vgl. dazu Artikel 200 Absatz 1 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957; Dok. 454, Anm. 12.

⁹ Zur EWG-Ministerratstagung vom 12. Dezember 1961 in Brüssel zu Agrarfragen vgl. BULLETIN DER EWG 1/1962, S. 88 f.

¹⁰ Zur EWG-Ministerratstagung vom 18. bis 21. und am 29./30. Dezember 1961 sowie vom 4. bis 14. Januar 1962 in Brüssel zu Agrarfragen vgl. BULLETIN DER EWG 2/1962, S. 12–27 und S. 109. Zur Einigung über eine gemeinsame Agrarpolitik und den Übergang zur zweiten Stufe vgl. auch AAPD 1962, I, Dok. 21.

¹ Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Balken zur Zeichnung durch Ministerialdirektor von Hase konzipiert. Außerdem verfügte Balken die Vorlage „vor Abgang“ bei Staatssekretär Carstens „m[it] d[er] B[il]le um Billigung“ und vermerkte: „Das Bundesverteidigungsministerium hat in seiner Stellungnahme, die noch schriftlich bestätigt wird, lediglich die im letzten Absatz der Ziffer I zu b) enthaltene Forderung gewünscht.“

Hat Hase am 2. Dezember 1961 vorgelegen.

Hat Carstens am 4. Dezember 1961 vorgelegen.

Hat Bundesminister Strauß am 4. Dezember 1961 vorgelegen.

² Botschafter Grewe, Washington, übermittelte den amerikanischen Entwurf für ein Vier-Mächte-Papier „über Vorschläge zur Verhinderung weiterer Verbreitung von Nuklearwaffen“ (BQD-AC 1). Vgl. B 130, Bd. 4036 A (302/II 8).

Für Auszüge vgl. Anm. 8 und 19.

gehen, daß wir für unseren Widerstand gegen diese amerikanisch-britischen Absichten keine ausreichende Unterstützung in der NATO finden würden.

Die amerikanische Haltung zu diesem Problem ist durch das amerikanische Abrüstungsprogramm vom 25. September d.J.³ und die Zustimmung zur irischen Resolution vom 30. November⁴, der sich auch alle übrigen NATO-Mitglieder angeschlossen haben, festgelegt.

Für uns stellen sich daher folgende Fragen:

a) In welchem Zusammenhang – wenn überhaupt – soll dieses Problem mit Berlin-Verhandlungen stehen?

b) In welcher Form könnte eine Verständigung mit der Sowjetunion erfolgen, ohne die Interessen der NATO und damit unsere zu verletzen?

Zu a) Bei einer Erörterung des Problems der Nichtverbreitung von Atomwaffen im Zusammenhang mit Berlin-Verhandlungen wird es darauf ankommen, eine Beschränkung der Vereinbarungen auf Europa zu vermeiden. Es wird vor allem notwendig⁵ sein, der sowjetischen Forderung zu begegnen, zunächst eine aus beiden Teilen Deutschlands bestehende atomfreie Zone einzurichten, die später auf benachbarte Gebiete ausgedehnt werden könnte.

Nach unserer Auffassung darf daher der Westen das⁶ Problem im Laufe von Berlin-Verhandlungen von sich aus nicht anschneiden. Sollte das Thema von sowjetischer Seite aufgebracht werden, so sollte der Westen auf separaten Verhandlungen im Rahmen anderer Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung bestehen. Auf keinen Fall sollte sich der Westen auf solche Verhandlungen einlassen, bevor⁷ Übereinstimmung darüber erzielt wird, daß die mit einer Diskussion dieses Problems verbundenen Nachteile durch echte Vorteile in einer Berlin-Regelung aufgewogen werden.

Zu b) Die Form der Verständigung mit der Sowjetunion sollte so locker wie möglich sein, um zu vermeiden, daß sich daraus ein Inspektions- oder Kontrollrecht oder gar ein Interventionsrecht der Sowjetunion ableiten läßt. Dieser Forderung trägt der amerikanische Entwurf dadurch Rechnung, daß er lediglich Parallel-Erklärungen der Atommächte vorsieht.

Wesentlich ist weiter der weltweite Charakter der abzugebenden Zusicherungen. An dieser Forderung muß unbedingt festgehalten werden angesichts des mit Bestimmtheit zu erwartenden Versuchs der Sowjetunion, das Problem auf Europa einzuengen.

Unabdingbar ist ferner die in dem amerikanischen Entwurf enthaltene Forderung, daß jegliche nachteilige Auswirkung auf das bestehende nukleare Rüstungssystem der amerikanischen Truppen in Übersee, der NATO, sowie auf die evtl. Schaffung einer NATO-Atommacht verhindert werden muß.

³ Für das amerikanische Programm vom 25. September 1961 für eine allgemeine und vollständige Abrüstung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 475–482. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 643–649.

⁴ Zur Resolution Nr. 1665 der UNO-Generalversammlung vgl. Dok. 525, Anm. 27.

⁵ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „schwierig“.

⁶ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor von Hase handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dieses“.

⁷ An dieser Stelle wurde von Bundesminister Strauß gestrichen: „nicht“.

Bevor wir uns abschließend zu dem Entwurf äußern können, wären wir für eine Erläuterung dankbar, was in Absatz 4 und 6 (3. Bedingung) mit den Worten „in certain circumstances“ (Schaffung der NATO-Atommacht) gemeint ist.⁸ Dies könnte nämlich als eine Einschränkung verstanden werden, die die Wirksamkeit einer NATO-Atommacht in Frage stellt.

II. In Ergänzung dieser grundsätzlichen Überlegungen sollten Sie weiter auf folgendes hinweisen:

Der amerikanische Entwurf weist im zweiten Teil auf eine ganze Reihe von Gefahren und Bedenken hin, die mit einer Verwirklichung des Vorschlags verbunden sind. Es ist angesichts dieser Sachlage nicht recht einzusehen, weshalb überhaupt versucht wird, im Zusammenhang mit Berlin-Verhandlungen eine Verständigung mit den Sowjets über dieses komplizierte und heikle Problem zu finden.

In dem amerikanischen Entwurf wird vorgeschlagen, daß sich die vier Atom-mächte auf Parallel-Erklärungen beschränken sollten, um vor allem den für den Westen nachteiligen Folgen eines Verifizierungs- und Kontrollsystems zu entgehen. Dann würde es sich u. E. lediglich um eine Wiederholung der Erklärung handeln, die die gleichen Mächte bereits durch ihre Zustimmung zur irischen Resolution zum Ausdruck gebracht haben.

Eine Berlin-Regelung, wie immer sie aussieht, solange sie nicht in ihrem natürlichen Rahmen, nämlich der Wiedervereinigung Deutschlands gefunden wird, bleibt ein Provisorium. Es ist daher für uns z. Zt. nicht einzusehen, welche Vorteile in einer Berlin-Regelung erreicht werden könnten, die die Nachteile aufwiegen, die durch Herauslösung des Einzelproblems der Nichtverbreitung von Atomwaffen aus den Verhandlungen über eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung entstehen.

Außerdem ist zu bedenken, daß die Sowjetunion auch einseitig und freiwillig abgegebene Erklärungen des Westens als eine Art Verpflichtung auffaßt. Wenn diese Erklärungen des Westens Bestandteil einer Berlin-Vereinbarung werden, besteht die Gefahr, daß die Sowjetunion unter dem Vorwand, die Atom-mächte der NATO oder ihre Verbündeten hätten sich nicht an die in der Erklärung abgegebene Verpflichtung gehalten, jederzeit den freien Zugang nach Berlin wieder aufgeben und seine Fortsetzung von der Erfüllung neuer Forderungen, z. B. von der Gewährung eines Kontroll- und Inspektionsrechts, abhängig machen kann.

Die Vorwände, mit denen die Sowjets die Wiederaufnahme ihrer Versuchsexplosionen⁹ und ihren Druck auf Finnland¹⁰ begründet haben, beweisen, daß sie

⁸ In Absatz 4 und 6 des amerikanischen Entwurfs für die Washingtoner Botschaftergruppe „über Vorschläge zur Verhinderung weiterer Verbreitung von Nuklearwaffen“ (BQD-AC 1) wurde jeweils erklärt, daß es durch die vorgesehenen Maßnahmen keine Einschränkung der amerikanischen Freiheit geben dürfe, „to participate in the creation of a multilateral NATO nuclear capability usable in certain circumstances on NATO authorization“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3413 des Botschafters Grewe, Washington, vom 29. November 1961; B 130, Bd. 4036 A (302/II 8).

Botschafter Grewe, Washington, berichtete am 7. Dezember 1961, der Abteilungsleiter in der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Spiers, habe auf Nachfrage zur Bedeutung der Worte „in certain circumstances“ erklärt, „diesen Worten komme keinerlei Bedeutung zu. Eine Einschränkung der NATO-Zuständigkeit hinsichtlich des Einsatzes einer etwaigen NATO-eigenen Atommacht sei nicht ins Auge gefaßt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3545; B 130, Bd. 4036 A (302/II 8).

⁹ Zur Wiederaufnahme der sowjetischen Kernwaffentests vgl. Dok. 319, Anm. 1, und Dok. 338, Anm. 3. Vgl. auch Dok. 446.

ohne Rücksicht auf den wirklichen Sachverhalt eine falsche Behauptung aufstellen, um damit ihr weiteres Vorgehen begründen zu können. Der Westen gerät damit in die Gefahr einer Dauererpressung, deren endgültige Folgen nicht abzusehen sind.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik nicht in der Lage ist, in diesem Zusammenhang eine Verpflichtung oder eine einseitige Erklärung gegenüber den Sowjets abzugeben, daß sie für immer auf die Produktion oder den Erwerb von Atomwaffen verzichtet. Auch eine solche in diesem Zusammenhang abgegebene Erklärung der Bundesrepublik würde von der Sowjetunion als ein rechtlicher Anspruch aufgefaßt werden, von¹¹ dem sie denselben Gebrauch machen könnte, wie er oben dargestellt ist.

Auch ist die in Ziffer 1) des amerikanischen Memorandums gewählte Formulierung „... or seek or receive information or materials necessary for their manufacture“ der Gefahr einer extensiven Auslegung ausgesetzt, die auch eine ungehinderte Nutzung der Atomkraft für wirtschaftliche Zwecke beeinträchtigen könnte.

Durch eine solche Erklärung der Bundesrepublik würde in Kombination mit den Erklärungen der westlichen Atomkräfte eine De-facto-Situation geschaffen werden, die eine einseitige Diskriminierung der Bundesrepublik hervorrufen würde. Wie bereits bei den Gesprächen¹² in Washington¹³ angedeutet wurde¹⁴, wäre in einem solchen Falle, d. h. wenn eine solche Erklärung von der Bundesrepublik verlangt würde, die Frage aufzuwerfen, ob die übrigen NATO-Mächte zu einer gleichlautenden Erklärung bereit wären. Am besten wäre es aber, die Frage einer Verpflichtung oder Erklärung der Bundesrepublik im Hinblick auf diesen Verzicht überhaupt zu vermeiden.¹⁵

III. Wir schlagen vor, die Ziff. 2 des amerikanischen Entwurfs wie folgt zu ergänzen:

„In his presentation of the Soviet position to President Kennedy¹⁶ Mr. Gromyko referred to a list of six points among which he considered the creation of an atom-free zone, comprising only the two parts of Germany, as a matter for immediate negotiations in connection with a Berlin settlement; whereas he thought that a larger zone (Rapacki Plan¹⁷) would be too complicated to be discussed in this context.“

Fortsetzung Fußnote von Seite 2100

¹⁰ Zur sowjetischen Note vom 30. Oktober 1961 an Finnland und zur finnischen Reaktion vgl. Dok. 480, Anm. 3, Dok. 510 und Dok. 520.

¹¹ Korrigiert aus: „mit“.

¹² Die Wörter „den Gesprächen“ wurden von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der Konferenz“.

¹³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer sowie der Bundesminister Schröder und Strauß vom 19. bis 22. November 1961 in den USA vgl. Dok. 508 und Dok. 511–514.

¹⁴ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

¹⁵ Der Passus „Außerdem ist zu bedenken ... vermeiden“ wurde von Bundesminister Strauß eingefügt.

¹⁶ Zum Gespräch des Präsidenten Kennedy mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 6. Oktober 1961 in Washington vgl. Dok. 416.

¹⁷ Zu den Vorschlägen des polnischen Außenministers Rapacki für eine kernwaffenfreie Zone in Europa vgl. Dok. 29, Anm. 7.

Daher müßte auch die Ziff. 3 geändert werden, die uns in der gegenwärtigen Fassung als nicht schlüssig erscheint. Denn weder der amerikanische Vorschlag vom 25. September, noch die Zustimmung zur irischen Resolution, noch die sowjetische Erklärung vom 26. September¹⁸ führen zu einer direkten Verbindung mit Berlin-Verhandlungen.

Die Ziffer 3 könnte etwa lauten:

„It has to be expected that the Soviet Government in the course of Berlin conversations will again advance proposals closely related to the exposé presented by Mr. Gromyko to President Kennedy. In that case it might become advisable to introduce the broader aspects of the Western proposals to prohibit diffusion of nuclear weapons by asking for parallel negotiations on various measures of arms control.“

Die Ziff. 4 des amerikanischen Entwurfs könnte gestrichen werden, da ihr Inhalt in Ziffer 6 in bindender Form wiederholt wird.

Die Ziffern 8–11 des amerikanischen Entwurfs geben u.E. eine zu optimistische Interpretation der sowjetischen Absichten wieder. Wir bestreiten nicht, daß die Sowjets daran interessiert sind, das Hochkommen weiterer Atomkräfte in der Welt, einschließlich des sog. sozialistischen Lagers, zu verhindern. Wir sind jedoch skeptisch hinsichtlich des Preises, den die Sowjetunion in Berlin zu zahlen bereit wäre für die Formalisierung einer Politik, die sie, was den eigenen Block angeht, ohne weiteres selbst durchsetzen kann und bei der sie hinsichtlich der übrigen Welt einschließlich NATO eine starke Zurückhaltung der Vereinigten Staaten voraussetzen darf. Die Sowjetunion wird sich sicher nicht die Möglichkeit entgehen lassen, bei passender Gelegenheit im Rahmen von Berlin-Verhandlungen diese Frage anzuschneiden. Dann aber wird sie das in dem Sinne tun, in dem Gromyko sie in seinem Gespräch mit Präsident Kennedy aufgebracht hat, d. h. beschränkt auf die Bundesrepublik und die SBZ. Daher sollte der Westen auf keinen Fall als erster dieses Thema aufbringen.

Wir stimmen dem Gedankengang der Ziff. 12 des amerikanischen Entwurfs zu, schlagen aber vor, den letzten Satz zu streichen¹⁹ und dafür zu sagen:

„We would be prepared to discuss proposals to prohibit diffusion of nuclear weapons under two conditions only,

- a) as a means to counter Soviet proposals limited to application in both parts of Germany or a restricted zone in Europe,
- b) after having examined what advantages might be gained with regard to a Berlin settlement that would outweigh the disadvantages of separating this issue from other arms control and disarmament measures.“

¹⁸ Zum sowjetischen Abrüstungsprogramm vom 26./27. September 1961 vgl. Dok. 392, Anm. 10, und Dok. 407, Anm. 18.

¹⁹ In dem amerikanischen Entwurf für die Washingtoner Botschaftergruppe „über Vorschläge zur Verhinderung weiterer Verbreitung von Nuklearwaffen“ (BQD-AC 1) wurde in Absatz 12 eine Verknüpfung der Berlin-Frage mit einer Erklärung zur Nichtverbreitung von Kernwaffen grundsätzlich abgelehnt. Der letzte Satz dieses Absatzes lautete: „However, if the contribution of such a declaration to an acceptable Berlin settlement would outweigh the disadvantages of separating it from other arms control and disarmament measures, we should agree to a no-transfer proposal in the Berlin negotiations.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3413 des Botschafters Grewe, Washington, vom 29. November 1961; B 130, Bd. 4036 A (302/II 8).

Zusatz für London, Paris, NATO Paris²⁰: Es folgt Wortlaut des amerikanischen Entwurfs: [...] ²¹

Zusatz für Paris: Bitte möglichst umgehend über die französische Auffassung zu diesem Komplex berichten.

Carstens²²

B 130, Bd. 4036 A (302/II 8)

529

Aufzeichnung des Gesandten Krapf

708-81.10/0-90.35-1625/61 geheim

4. Dezember 1961¹

Betr.: Ersuchen der französischen Regierung um Unterstützung ihrer Bemühungen um Freilassung der in Kairo verhafteten Mitglieder der französischen Vermögenskommission

In der Nacht vom 23. zum 24. November 1961 wurden in Kairo vier Mitglieder der französischen Vermögenskommission verhaftet.² Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten Beihilfe zu illegalem Vermögenstransfer geleistet, ferner über die ihnen zugestandenen Befugnisse hinaus der französischen Regierung laufend über politische, wirtschaftliche und militärische Vorgänge in der VAR berichtet, Spionage betrieben, subversive Propaganda verbreitet und sich an einem Komplott zur Ermordung Nassers beteiligt. Die Einsetzung der Vermögenskommission beruht auf dem ägyptisch-französischen Finanzabkommen vom 28. Februar 1959. In dem ägyptischen Dekret vom 16. September 1959³, in dem ihre Rechtsstellung geregelt ist und auf das die Franzosen sich berufen, ist festgelegt, daß der Leiter und die Angehörigen der Kommission hinsichtlich ihrer „Tätigkeiten, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft ausüben“, nicht der ägyptischen Gerichtsbarkeit unterliegen.

Die französische Regierung hat die Bundesregierung um Unterstützung ihrer Bemühungen um Freilassung der Verhafteten gebeten.⁴ Das gleiche Ersuchen

²⁰ Der Drahterlaß ging den Botschaften in London und Paris, der Ständigen Vertretung bei der NATO in Paris und dem Bundesministerium für Verteidigung nachrichtlich zu.

²¹ An dieser Stelle wurde der von Botschafter Grewe, Washington, übermittelte Wortlaut des amerikanischen Entwurfs für ein Positionspapier über Vorschläge zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen eingefügt. Vgl. Anm. 2.

²² Paraphe vom 5. Dezember 1961.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Ruyter konzipiert.

² Zur Verhaftung des Vorsitzenden der französischen Vermögenskommission in der VAR, Mattei, sowie von drei weiteren Mitarbeitern, und zum Protest der französischen Regierung vgl. DDF 1961, II, S. 626 und S. 638 f.

³ Botschafter Weber, Kairo, übermittelte am 28. November 1961 eine „auszugsweise Übersetzung des arabischen Textes“ des Dekrets vom 16. September 1959. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1131; B 130, Bd. 2969 A (708).

⁴ Am 1. Dezember 1961 informierte Gesandter Krapf die Botschaft in Kairo über die vom französischen Botschafter Seydoux am Vortag vorgetragene Bitte, „daß die Bundesregierung Vorstellungen durch

haben die Franzosen an die italienische, die britische und die amerikanische Regierung gerichtet. Die Italiener neigen entsprechend ihrer allgemeinen Politik gegenüber Kairo und mit Rücksicht auf ihre eigenen Interessen in der VAR und in der arabischen Welt zu einer gewissen Vorsicht, konnten sich aber den französischen Wünschen natürlich nicht ganz verschließen. Auch Großbritannien, dessen Stellung in Kairo und in den meisten arabischen Staaten sich seit der Suez-Krise⁵ gebessert hat, aber nach wie vor prekär ist, will anscheinend in dieser Sache nur behutsam vorgehen. Laut Drahtbericht der Botschaft London Nr. 1085 vom 30. November 1961⁶ hat der stellvertretende Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir Roger Stevens, den Botschafter der VAR in London⁷ am 30. November 1961 zu sich gebeten, um ihn darauf hinzuweisen, daß die Verhaftung von Mitgliedern der französischen Vermögenskommission das internationale Ansehen der VAR-Regierung geschädigt und in Großbritannien Beunruhigung hervorgerufen habe. Bei dieser Unterredung wollte das Foreign Office jedoch „weder auf das komplizierte juristische Problem, das die Verhaftungen aufgeworfen hätten, noch auf die Frage eingehen, ob die gegen die Verhafteten erhobenen Anschuldigungen gerechtfertigt seien“. Die amerikanische Regierung, die allem Anschein nach gleichfalls von der völligen Unschuld der Verhafteten und von der Eindeutigkeit der Rechtslage, wie sie das französische Außenministerium darstellt, nicht absolut überzeugt ist, hat durch ihren Botschafter in Kairo⁸ gegenüber dem Vizepräsidenten und Sicherheitsminister der VAR⁹ Vorstellungen erhoben, über deren Inhalt und Ergebnis jedoch noch nichts Näheres bekannt ist.

Von deutscher Seite ist in einem Gespräch zwischen Herrn Staatssekretär Carstens und dem hiesigen Botschafter der VAR, Sabri, am 30. November 1961 nachdrücklich auf das Bedenkliche des ägyptischen Vorgehens hingewiesen worden.¹⁰

Die Franzosen halten die bisher unternommenen Schritte nicht für ausreichend und haben darüber hinaus einen energischen Protest der Botschafter der erwähnten westlichen Länder in Kairo angeregt. Botschafter Weber hält jedoch einen derartigen Schritt – übrigens in Übereinstimmung mit anderen westlichen Missionschefs, insbesondere dem italienischen Botschafter in Kairo¹¹ – für wenig erfolgversprechend, ja bedenklich und unter Umständen sogar schädlich. Er hat statt dessen mit den Drahtberichten Nr. 1142 vom 1.¹² und 1144 vom 2. Dezem-

Fortsetzung Fußnote von Seite 2103

ihren Botschafter in Kairo bei der ägyptischen Regierung erheben lasse, denn es sei keine Garantie dafür gegeben, daß die in den alliierten Hauptstädten – wie gestern in Bonn – erfolgten Interventionen den beabsichtigten Erfolg haben würden“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 580; B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

⁵ Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 44, Anm. 21.

⁶ Für den Drahtbericht Nr. 1085 des Botschafters von Etdorf, London, vgl. B 130, Bd. 2969 A (708).

⁷ Mohamed Awad El-Kony.

⁸ John S. Badeau.

⁹ Zakharia Muhyiddin.

¹⁰ Staatssekretär Carstens informierte die Botschaft in Kairo am 30. November 1961, er habe am selben Tag dem Botschafter der VAR, Sabri, „mitgeteilt, wir seien über die Tatsache der Verhaftung französischer Beamter, die gewisse internationale Immunitäten und Privilegien genossen, beunruhigt. Auch wirtschaftliche Kreise in der Bundesrepublik hätten sich beunruhigt gezeigt, was sehr zu bedauern sei, da wir auf die Unterstützung unserer Wirtschaftskreise bei der Durchführung unserer Entwicklungshilfe angewiesen seien.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3962; B 2-VS, Bd. 319 A (Büro Staatssekretär).

¹¹ Massimo Magistrati.

¹² Botschafter Weber, Kairo, berichtete am 1. Dezember 1961, daß der Wunsch der französischen Regierung nach einer „Sofortaktion in Kairo zugunsten ihrer Beamten [...] eine völlige Verkenntung der

ber 1961¹³ ein persönliches Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Staatspräsident Nasser vorgeschlagen, das jedoch seiner Ansicht nach jeden Anschein von Drohung, Belehrung oder juristischer Argumentation vermeiden und vielmehr die politischen Aspekte, insbesondere das gemeinsame Interesse an der Verminderung der Spannungen in der Welt, hervorheben und auf Nassers „staatsmännisches Verhalten bei früheren Gelegenheiten“ hinweisen sollte. Obwohl das Ergebnis eines solchen Schrittes – vor allem in Anbetracht der derzeitigen kritischen Lage in Kairo und des nervösen und gereizten Zustandes, in dem Nasser sich offenbar seit der syrischen Krise¹⁴ befindet –, nicht mit Sicherheit vorauszu- sehen ist, wird diesem Vorschlag mit Rücksicht auf unser besonderes Verhältnis zu Frankreich hier zugestimmt.

Als Anlage wird daher Entwurf eines entsprechenden Schreibens des Herrn Bundeskanzlers an Präsident Nasser¹⁵ hiermit über den Herrn Staatssekretär¹⁶ dem Herrn Bundesminister¹⁷ vorgelegt mit der Bitte, die Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers herbeizuführen.¹⁸

Krapf

B 130, Bd. 2294 A (I B 4)

Fortsetzung Fußnote von Seite 2104

hiesigen Situation und der hiesigen Mentalität zeigt. Es dürfte auch der französischen Regierung nicht unbekannt sein, daß es sich in Ägypten – heute mehr denn je – um ein diktatorisches Einmannregime handelt und daß die Entscheidung in solchen Angelegenheiten ausschließlich von Nasser allein getroffen wird, für den sein politisches Prestige und die Wahrung seines Gesichts alles und Aspekte des Völkerrechts nichts bedeuten.“ Er könne sich allerdings vorstellen, daß „eine persönliche Intervention von höchster Stelle bei dem Staatspräsidenten die Lage zum Besseren wenden würde“. Vgl. B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

¹³ Botschafter Weber, Kairo, informierte über ein Gespräch mit seinem amerikanischen Amtskollegen Badeau über dessen Einsatz für die verhafteten Franzosen: „Die Vorsprache Badeaus bei dem Vizepräsidenten und Sicherheitsminister Zakharia Muhyiddin, bei der er, wie er mir ausdrücklich versicherte, auch der Besorgnis seiner Kollegen Ausdruck gab, ist ein weit wirksamerer Schritt gewesen als jede Demarche im hiesigen Außenministerium. [...] Auch im Hinblick auf die vorgeschilderte Entwicklung darf ich nochmals bitten, die Anregung des Bezugsberichts bezüglich eines Schreibens des Herrn Bundeskanzlers an Staatspräsident Nasser zu prüfen.“ Vgl. B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

¹⁴ Zum Ausscheiden Syriens aus der VAR und zur Gründung der Arabischen Republik Syrien am 29. September 1961 vgl. Dok. 385, besonders Anm. 2.

¹⁵ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

¹⁶ Hat Staatssekretär Carstens am 4. Dezember 1961 vorgelegen.

¹⁷ Hat Bundesminister Schröder am 4. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Adenauer verfügte.

¹⁸ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 5. Dezember 1961 vorgelegen.

Osterheld übersandte Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon am 7. Dezember 1961 das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Präsident Nasser „mit der Bitte, den Text telegrafisch voraus- und das Original mit Kurier nachzusenden“. Vgl. B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

In dem von Simon noch am selben Tag „mit der Bitte um sofortige Übermittlung“ an Botschafter Weber, Kairo, geleiteten Schreiben teilte Adenauer Nasser mit: „Ich bin sicher, daß eine Geste der Großmut Ihrerseits einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der internationalen Beziehungen bedeuten würde; nicht nur die Freunde Frankreichs, sondern vor allem auch die Freunde Ihres Landes würden aufrichtig erleichtert sein. Nach meiner Überzeugung würde das internationale Ansehen Ihres Landes und das Ihre, Exzellenz, in den Augen der Weltöffentlichkeit noch gestärkt werden.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4084; B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

Botschafter Blankenhorn, Paris, berichtete am 15. Dezember 1961, die „französische Regierung werte den Brief des Herrn Bundeskanzlers an Nasser in der Angelegenheit der verhafteten Diplomaten als eine besonders freundschaftliche und wirkungsvolle Unterstützung Frankreichs. Es sei dies der einzige Fall, in dem der Regierungschef eines verbündeten Landes persönlich bei Nasser interveniert habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1401; B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

530

Aufzeichnung des Gesandten Krapf**AB-85.50/0-791/61 geheim****4. Dezember 1961**

Betr.: Vorschlag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, in der Weihnachtszeit Familientreffen über die Sektorengrenze hinweg zu ermöglichen („Panmunjon-Baracke“)¹

Am 4. Dezember 1961 suchte der Regierende Bürgermeister von Berlin Herrn Staatssekretär I² auf, um mit ihm den Stand der Dinge bezüglich des Vorschlags „Panmunjon-Baracke“ zu erörtern. Einleitend rekapitulierte Herr Brandt die letzte Entwicklung, nämlich Herstellung eines Kontakts auf der Ebene des Roten Kreuzes, und erwähnte, daß am vergangenen Freitag³ nochmals über den Polizeifunk von Westberlin eine Anfrage nach Ostberlin gerichtet worden sei; bisher liege keinerlei Stellungnahme der SBZ vor. Während der sowjetische Stadtkommandant Solowjow dem amerikanischen Stadtkommandanten Watson gegenüber den Vorschlag zunächst als gute Idee bezeichnet habe, sei dem Senat durch einen Kontaktmann zur Kenntnis gekommen, daß die Haltung der SBZ-Behörden völlig negativ und die Sache daher tot sei. Für den Senat, der auf Grund zahlreicher Anfragen unter einem gewissen Druck der Öffentlichkeit stehe, stelle sich daher die Frage nach dem weiteren Vorgehen. Der Senat tendiere deswegen zu einer Veröffentlichung einschließlich des – von den SBZ-Behörden noch nicht entgegengenommenen – formulierten Vorschlags. Allerdings sei der Senat sich klar darüber, daß damit die, wenn auch ohnehin schon sehr geringen, Chancen einer Verwirklichung weiter vermindert würden. Herr Brandt bat um einen Rat des Herrn Staatssekretärs in den nächsten Tagen und bemerkte, er selbst neige dazu, noch etwas zu warten, glaube aber, daß spätestens Ende der Woche eine Klarstellung notwendig werde. Auf Frage des Herrn Staatssekretärs fügte der Regierende Bürgermeister ergänzend hinzu, daß die Alliierten, vornehmlich nach der ersten Unterredung Watson/Solowjow, gewisse Hoffnungen gehegt und ausdrücklich zu der Nachfrage vom vergangenen Freitag geraten hätten; Clay sei von Anfang an skeptisch, aber doch dafür gewesen, den Vorschlag zu machen.

Der Herr Staatssekretär erwiderte, er könne nicht sofort antworten und wolle die Angelegenheit gerne noch etwas überdenken, gegebenenfalls auch dem Herrn

¹ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West), berichtete am 6. November 1961, bei einer Besprechung mit den Stadtkommandanten Delacombe (Großbritannien), Lacomme (Frankreich) und Watson (USA) am 30. Oktober habe der Regierende Bürgermeister Brandt Überlegungen angestellt, „was man zur Erleichterung des Verkehrs innerhalb Berlins praktisch unternehmen könne. Dabei regte er eine Fühlungnahme der drei Westalliierten mit dem sowjetischen Kommandanten an. Brandt schwebt vor, unmittelbar auf der Sektorengrenze eine Art Panmunjon-Baracke zu errichten, also mit einem westlichen und einem östlichen Eingang. Dort sollen Westberliner Passierscheine zum Betreten des Ostsektors beantragen können, was auch schon im Hinblick auf Familien-Zusammenkünfte zu Weihnachten eine psychologische Entlastung bedeuten würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 207; VS-Bd. 3484 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

² Karl Carstens.

³ 1. Dezember 1961.

Bundesminister vortragen. Er stimmte Herrn Brandt darin zu, daß eine Veröffentlichung die Chancen des Projekts noch weiter vermindern würde.

Der Herr Staatssekretär ergriff die Gelegenheit, um Herrn Brandt auf den Bericht von Sydney Gruson anzusprechen, demzufolge der Herr Bundeskanzler bei seinem Besuch bei Präsident Kennedy⁴ aufgefordert worden sei, der Idee einer Umstellung der Bindungen Berlins an den Bund auf eine vertragliche Basis näherzutreten⁵. Der Herr Staatssekretär bemerkte, von deutscher Seite sei amtlich erklärt worden, daß es sich dabei um reine Spekulation handele⁶, und unterstrich die Notwendigkeit, in dieser Angelegenheit die strikteste Vertraulichkeit zu wahren.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁷ weisungsgemäß vorgelegt.

Krapf

VS-Bd. 3484 (AB 7)

531

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow

115-121.A/61 streng geheim

5. Dezember 1961¹

Aufzeichnung über ein Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 5. Dezember 1961 von 18.00 bis 19.10 Uhr im Arbeitszimmer des Herrn Bundeskanzlers. Von deutscher Seite war VLR I Osterheld vom Bundeskanzleramt anwesend.

⁴ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 19. bis 22. November 1961 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Kennedy in Washington vgl. Dok. 508, Dok. 512 und Dok. 514.

⁵ Vgl. den Artikel „Bonn Weighs Pact With Berlin on Ties“; THE NEW YORK TIMES, International Edition vom 2. Dezember 1961, S. 1.

⁶ Legationsrat I. Klasse Hille informierte die Botschaft in Washington am 2. Dezember 1961 über den Artikel des amerikanischen Journalisten Gruson und teilte mit: „Hierzu wird der Presse in Bonn auf Anfragen folgendes erklärt werden: Es handelt sich bei der Meldung um eine reine Spekulation. Die Bundesregierung ist nicht bereit, über den tatsächlichen Inhalt der Gespräche zwischen Kennedy und Bundeskanzler Adenauer weitere Mitteilungen zu machen, da diese Gespräche geheim waren.“ Vgl. den Drahterlaß; B 32 (Referat 305), Bd. 130.

⁷ Hat Staatssekretär Carstens am 5. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich schlage vor, Herrn Brandt grünes Licht zu geben.“

Hat Schröder am 5. Dezember 1961 vorgelegen, der dazu handschriftlich vermerkte: „Ja.“

Hat Legationsrat I. Klasse von Schmidt-Pauli am 5. Dezember 1961 vorgelegen, der vermerkte: „Doppel für Herrn St.S. II entnommen.“

Hat Schmidt-Pauli am 6. Dezember 1961 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Groepper verfügte.

¹ Durchdruck.

Hat Bundesminister Schröder am 7. Dezember 1961 vorgelegen.

Botschafter *Smirnow* beglückwünschte den Herrn Bundeskanzler zu seiner guten Gesundheit nach den Anstrengungen des Wahlkampfes² und der weiten Reise nach Amerika.³

Der Herr *Bundeskanzler* griff die letztere Anspielung auf und sagte, er habe in der Tat mehrere Tage mit Kennedy konferiert und einen sehr guten Eindruck von dem neuen amerikanischen Präsidenten davongetragen.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die nunmehr in Amerika ans Ruder gekommenen neuen Kräfte würden hoffentlich auch mit den alten Problemen fertig werden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, diese Bemerkung fordere ihn zu der Frage heraus, wie es wäre, wenn man mit Stalin auch die von diesem geschaffene Zone und die Satelliten beseitigte.⁴

Botschafter *Smirnow* erwiderte, man verurteile Stalin in der Sowjetunion nicht deswegen, sondern aus anderen Gründen, die er hier nicht zu wiederholen brauche.

Der Herr *Bundeskanzler* nahm hierzu Bezug auf eine Bemerkung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, der im Gespräch mit Botschafter Kroll gesagt habe, der Westen mache sich nicht klar, daß die Entstalinisierung eine Art Übergang zur Demokratie darstelle.

Botschafter *Smirnow* bestätigte diese Äußerung Chruschtschows und ergänzte sie dahingehend, daß die Liquidierung des Persönlichkeitskults nicht nur den Weg zu einer demokratischen Entwicklung innerhalb der Sowjetunion frei mache, sondern sich auch fördernd auf die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu den Ländern des Westens auswirken werde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte an dieser Stelle, daß er seine Hand über Botschafter Kroll gehalten und dafür gesorgt habe, daß dieser weiter in Moskau arbeiten könne, da er ihn für einen wertvollen Mann halte.⁵

Botschafter *Smirnow* fragte, ob der Bundeskanzler denn auch die Gedanken teile, die Herr Kroll bei seinem Gespräch mit Chruschtschow⁶ vorgetragen habe.

Auf die Antwort des Herrn *Bundeskanzlers*: „Teils, teils“, erklärte der *Botschafter*, dies sei schon ein großer Fortschritt.

Der Herr *Bundeskanzler* führte sodann aus, soweit er sich aus Büchern ein Bild über die Situation in Asien machen könne und auch nach dem, was ihm Chruschtschow seinerzeit in Moskau gesagt habe⁷, sei er der Überzeugung, daß die Entwicklung dort so viele Schwierigkeiten in sich berge, daß der Sowjetunion

² Am 17. September 1961 fanden die Wahlen zum Deutschen Bundestag statt.

³ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer sowie der Bundesminister Schröder und Strauß vom 19. bis 22. November 1961 in den USA vgl. Dok. 508 und Dok. 511–514.

⁴ Zur Entfernung des Sarges des ehemaligen Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Stalin, aus dem Mausoleum auf dem Roten Platz in Moskau vgl. Dok. 508, Anm. 14.

⁵ Zu einer möglichen Abberufung des Botschafters Kroll aus Moskau vgl. Dok. 492, Anm. 4.

⁶ Für das Gespräch des Botschafters Kroll, Moskau, mit Ministerpräsident Chruschtschow am 9. November 1961 in Moskau vgl. Dok. 490.

⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR und zum Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, über die Volksrepublik China vgl. Dok. 13, Anm. 5.

daran gelegen sein müsse, alle diese offenen Probleme aus der Welt zu schaffen, damit ein ruhiges Gespräch möglich werde.

Botschafter *Smirnow* meinte dazu, die letzte Phase der Genfer Laos-Verhandlungen lasse doch erwarten, daß es zu einer Lösung kommen werde⁸, was sich notwendig auch auf die Verbesserung der Ost-West-Beziehungen auswirken werde.

Der *Bundeskanzler* warf ein, nach dem, was Herr Chruschtschow ihm 1955 gesagt habe, denke er über die Beziehungen SU/Rotchina anders. Botschafter *Smirnow* sagte, er wisse das.

Im übrigen bereite der Sowjetunion ihr Verhältnis zu den Ländern des Ostens keine große Sorge. Trotz gewisser Schwierigkeiten bestünden sowohl zu den Ländern des Fernen wie auch des Nahen Ostens gute oder doch sich bessernde Beziehungen.

Vor sehr viel ernsteren Problemen sehe sich die Sowjetunion in ihren Beziehungen zum Westen und insbesondere zu Deutschland. In dieser Hinsicht erwarte die sowjetische Regierung sehr viel von der persönlichen Initiative des Herrn Bundeskanzlers. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow, den er auf dem Parteitag⁹ gesprochen habe, habe ihn gebeten, dem Herrn Bundeskanzler noch einmal zu sagen, wie großen Wert er auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern lege. Wie der Herr Bundeskanzler sicher wisse, sei auf dem Parteitag ein zwanzigjähriges Programm verkündet worden, worin ausdrücklich der Wunsch nach guten und freundschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zum Ausdruck gebracht worden sei.¹⁰

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, Chruschtschow habe ihn noch vor kurzem einen „Erzdämon“ genannt, aber dies sei offensichtlich ein atavistischer Rückfall in frühere Vorstellungen gewesen.

Botschafter *Smirnow* sagte, Chruschtschow habe sich aber auch bereit erklärt, alles Vergangene zu vergessen, wenn ein neuer Anfang zu besseren Beziehungen gemacht werde.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er denke immer noch häufig an die sechs Tage zurück, die er 1955 in Moskau verbracht habe und von denen ihm eigentlich jede Minute gegenwärtig sei. Damals sei ihm in Gesprächen mit seinen sowjetischen Partnern erst richtig aufgegangen, welch ungeheuren Eindruck der Überfall der Nazis¹¹ in der Sowjetunion hinterlassen habe. Damals habe Chruschtschow, von dessen Persönlichkeit er sehr beeindruckt gewesen sei, groß gedacht: Einmal müsse Schluß sein mit der Vergangenheit, und schließlich blieben Russen und Deutsche Nachbarvölker!

⁸ Generalkonsul Graf von Hardenberg, Genf, informierte am 30. November 1961: „Die Arbeiten der Ausschüsse der Laos-Konferenz sind trotz Fehlens einer gesamtlaotischen Regierung weiter fortgeschritten. Es besteht Einigkeit über alle Streitfragen mit Ausnahme der drei nachstehenden Verhandlungspunkte: „1) Zukünftiges Verhältnis von Laos zur SEATO, 2) Status der französischen Truppen in Laos, 3) Rückzug ausländischer Truppen aus Laos. Das Verhandlungsklima wird als gut bezeichnet, so daß auch mit einer Einigung über die letzten drei Fragen gerechnet werden kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 287; B 12 (Referat 710), Bd. 1608.

⁹ Der XXII. Parteikongreß der KPdSU fand vom 17. bis 31. Oktober 1961 in Moskau statt.

¹⁰ Zu dem im neuen Parteiprogramm der KPdSU enthaltenen Zwanzig-Jahres-Plan vgl. Dok. 261, Anm. 24.

¹¹ Am 22. Juni 1941 begann der Angriff des Deutschen Reichs auf die UdSSR.

Der Herr Botschafter glaube ihm hoffentlich, wenn er sage, daß es ihm sehr ernst sei mit dem Wunsche, eine Atmosphäre zu schaffen, die es ermögliche, über all das hinwegzukommen.

Was die Beziehungen zur Sowjetunion angehe, so sei er durchaus bereit, sie zu pflegen. Er hoffe, daß es nun bald zu Berlin-Verhandlungen komme. Sie könnten den Anfang darstellen.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, er sei sehr froh, daß der Herr Bundeskanzler einen so positiven Eindruck von Chruschtschow davongetragen habe. Dieser sei eine offene und großangelegte Natur, der die Dinge im weiten Rahmen sehe. Die Probleme des deutschen Volkes lägen ihm sehr am Herzen, und er sei ständig bemüht, alle Belange gegeneinander abzuwägen.

Herr Kroll habe im übrigen bei seinem Gespräch mit Chruschtschow sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wo es sich um seine persönliche Meinung gehandelt habe. Wenn der Herr Bundeskanzler sich diese Meinungen jetzt teilweise zu eigen mache, so sei dies ein Schritt vorwärts. Er hoffe, daß auch die Reise des Herrn Bundeskanzlers nach Amerika dem Ziel gedient habe, die Atmosphäre zu schaffen, von der der Herr Bundeskanzler gesprochen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, die Reise sei in diesem Sinne ein voller Erfolg gewesen, denn sie werde dazu beitragen, daß der Friede erhalten bleibe.

Botschafter *Smirnow* sagte, das sei das Wichtigste. Er könne versichern, daß die sowjetische Regierung alle ihre Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens treffe und fest entschlossen sei, offene Fragen nur im Verhandlungswege zu lösen. Denn ein Krieg mit den heutigen Waffen sei undenkbar und bedrohe die Menschheit mit Untergang.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, selbst wenn man einmal hiervon absähe und unterstellte, die Sowjetunion könnte einen Krieg in Europa gewinnen und die Bundesrepublik, Frankreich und die anderen Länder in ihren Einflußbereich bringen, so entstünde – er lese hierüber gerade ein Buch von Mehnert¹² – angesichts der 200 Millionen Andersdenkenden, die mit den 200 Millionen Sowjetmenschen dann zusammengebracht würden, für den überzeugten russischen Kommunisten eine innere geistige Lage, die nicht im Interesse des sowjetischen Kommunismus liege.

Botschafter *Smirnow* bat den Herrn Bundeskanzler, ihm zu glauben, daß die Sowjetunion keinerlei Eroberungskriege zu führen beabsichtige. Im Gegenteil solle nach ihrer Ansicht jedes Land seinen eigenen Weg gehen, und alle sollten friedlich zusammenleben¹³ und einander auf dem Wege des Fortschritts und der Aufwärtsentwicklung mit aller Kraft unterstützen, wie das auch die Sowjetunion in ihrem großen Zwanzigjahresplan ausdrücklich proklamiere.

Was die verschiedenen sozialen Systeme anbetreffe, so würden sie sich im Laufe der Zeit angleichen. Nach Ansicht der Sowjetunion werde die Entwicklung ganz von selbst dahin führen, daß das gesellschaftliche System der Sowjetunion von der übrigen Welt übernommen werde. Die Hauptsache sei, es gebe keinen Krieg; schließlich sei man bis heute nicht einmal mit der Hinterlassenschaft des letzten Weltkrieges fertig geworden.

¹² Vgl. Klaus MEHNERT, *Der Sowjetmensch*, Stuttgart 1958.

¹³ Korrigiert aus: „alle friedlich zusammenleben“.

Der Botschafter zitierte in diesem Zusammenhang Mikojan, der 1958 in Stuttgart gesagt habe, wenn die Sowjetunion vor die Wahl gestellt sei, ihren heutigen, gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer erweiterten Einflußbereich unter Inkaufnahme der Opfer des Krieges noch einmal erobern zu müssen, so würde sie darauf verzichten.¹⁴

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Chruschtschow habe im Gespräch mit ihm den Kapitalismus „verfault“ genannt. Es werde sich zeigen, ob das richtig sei. Andererseits sei die Entwicklung, die die Sowjetunion durchgemacht habe, für diese vielleicht tatsächlich notwendig gewesen. Alles sei eben in ständigem Wandel begriffen.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, wenn Chruschtschow so vom Kapitalismus gesprochen habe, so habe er sicher an vieles Schlechte gedacht, das, wie der Herr Bundeskanzler nicht leugnen werde, geschichtlich mit diesem System verbunden bleibe, wie z.B. die vielen Kriege. Daß aber der Kapitalismus in seiner langen Geschichte auch positive Seiten, auch auf gesellschaftlichem Gebiet, entwickelt und einen großen Erfahrungsschatz gesammelt habe, werde Chruschtschow, der seinen Leuten in vielen Dingen das Beispiel der kapitalistischen Länder vorhalte, als letzter bestreiten. Es handele sich ganz einfach um den Ablauf eines historischen Prozesses, und deshalb sage die Sowjetunion, sie glaube an eine friedliche Entwicklung.

Auf die Bemerkung des Herrn *Bundeskanzlers*, er sage dies auch, erklärte der *Botschafter*, die heutigen Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers ließen ihn glauben, daß auf dieser Basis eine Verständigung möglich sei.

Als der Herr *Bundeskanzler* auf den aus der Angst geborenen Rüstungswettstreit zwischen Ost und West hinwies, bemerkte der *Botschafter*, Kennedy werde dem Herrn Bundeskanzler sicherlich angedeutet haben, über welche Kampfmittel er verfüge. Aber auch die Sowjetunion verfüge über die entsprechenden Waffen. Doch glaube sie, daß das Pochen auf die eigene Stärke keine Verhandlungsbasis abgebe. In dieser Hinsicht erwarte man in Moskau einen persönlichen Beitrag des Herrn Bundeskanzlers. Dürfe er in diesem Zusammenhang fragen, wie der Herr Bundeskanzler das Ergebnis seiner Reise nach Amerika beurteile? Werde es Ost-West-Verhandlungen erleichtern oder einen Rückschlag bringen?

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sehe keinen Grund für einen Rückschlag. Er hoffe, daß es bald zu Berlin-Verhandlungen komme, und er habe das Gefühl, daß man sich einigen werde, ganz einfach, weil er sich nicht vorstellen könne, daß wegen der Berlinfrage ein nuklearer Krieg begonnen werde.

Er glaube, daß, wenn sich die Vier Mächte und die Bundesrepublik bei den Verhandlungen um Berlin erst nähergekommen und ein gewisses Vertrauen zueinander gefaßt hätten – und darauf komme es eigentlich an –, man dann die für alle Völker so entscheidend wichtige Abrüstungsfrage in Angriff nehmen sollte. Der Botschafter als welterfahrener Mann wisse, daß nach allen Kriegen

¹⁴ Während eines Besuchs vom 25. bis 28. April 1958 in der Bundesrepublik führte der sowjetische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Mikojan am 28. April 1958 bei einem Empfang der Landesregierung von Baden-Württemberg in Stuttgart aus, er sei einmal gefragt worden, „ob er den Zustand nach dem Sieg über Deutschland oder den Zustand ohne Krieg mit Deutschland wünschen würde. Er habe ohne Schwanken geantwortet: Wir haben den Krieg und den Sieg nicht nötig gehabt.“ Vgl. den Auszug aus der Rede; B 41 (Referat II A 4), Bd. 47.

und anderen Ereignissen, die die Völker entzweit hätten, mit Reden nichts getan sei. Hier aber, in Berlin, sei nun einmal eine ganz präzise Frage gegeben, in der die Staaten zeigen müßten, ob sie sich verständigen könnten.

Botschafter *Smirnow* sagte, die Sowjetunion wolle keine einseitige Berlinlösung, denn sie wisse, daß internationale Probleme nicht einseitig gelöst werden könnten. Sie hoffe vielmehr auf eine gute Lösung, bei der alle Belange Berücksichtigung fänden. Dann könne in der Tat die Abrüstung und die deutsche Frage im weiteren Sinne in Angriff genommen werden. Ihn habe, so fuhr der Botschafter fort, die heutige Haltung des Herrn Bundeskanzlers erfreut; ob er die Gedanken des Herrn Bundeskanzlers Herrn Chruschtschow übermitteln dürfe?

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, selbstverständlich.

Botschafter *Smirnow* fuhr fort, er werde nicht verfehlen zu berichten. Besonders glücklich wäre er natürlich, wenn er ergänzend dazu melden könnte, daß der Herr Bundeskanzler den Berlin-Verhandlungen mit Optimismus entgegensähe.

Der Herr *Bundeskanzler* gab seine Zustimmung und benutzte die Gelegenheit, um seiner Hochachtung für die Persönlichkeit und die erstaunliche Arbeitsleistung Chruschtschows Ausdruck zu geben. Dabei wies er auf die ungeheuren Aufgaben der Sowjetunion im Innern hin und knüpfte daran die Bemerkung, daß hiermit für den sowjetischen Ministerpräsidenten ein so großes Feld friedlicher Betätigung gegeben sei, daß er sich damit allein und ohne Kriege die immerwährende Dankbarkeit seines Volkes erwerben könnte.

Botschafter *Smirnow* stimmte zu und sagte, in der Tat sei alles Sinnen und Trachten Chruschtschows gegen den Krieg und auf den Frieden gerichtet.

Der Botschafter verwies sodann auf Chruschtschows persönliche Teilnahme am Kriegsgeschehen in der Ukraine¹⁵ und den Verlust seiner Söhne¹⁶, um daran anknüpfend Chruschtschow als Persönlichkeit und Staatsmann von Rang zu würdigen, der es wohl verdiene, daß der Herr Bundeskanzler ein gutes Verhältnis zu ihm suche.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, das glaube er auch. Andererseits möchte er nicht, daß seine Worte mißverstanden würden. Kennedy sei in der Berlinfrage ganz klar und entschlossen gewesen. Wenn er, der Bundeskanzler, eine Verständigung über Berlin für möglich halte, dann deshalb, weil er sich nicht denken könne, daß wegen Berlin ein nuklearer Krieg ausbrechen könne.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, Kennedy habe in der Tat verschiedentlich erklärt, daß er die amerikanische Position in Berlin verteidigen werde. Dasselbe hinsichtlich ihrer Position habe die Sowjetunion erklärt. Die Hauptsache sei, der Kampf werde am Verhandlungstisch und nicht mit Waffen ausgefochten.

Worauf komme es der Sowjetunion in Berlin prinzipiell überhaupt an? Sie wolle dort ja gar nichts ändern. Weder beabsichtige sie einen Anschlag auf die Freiheit Berlins, noch auf seine Verbindungswege zur Bundesrepublik oder zur Außenwelt überhaupt. Aber sie sei der Ansicht, daß, wenn die Deutschlandfrage überhaupt vom Fleck gebracht werden solle, das Besatzungsstatut in

¹⁵ Der Erste Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, Chruschtschow, war von 1942 bis 1944 Mitglied des Militärrats zunächst der Südwestfront, dann der Stalingrader Front, der Südfront und schließlich der Woronescher bzw. 1. Ukrainischen Front.

¹⁶ Leonid Nikititsch Chruschtschow starb am 11. März 1943 beim Abschluß seines Jagdflugzeugs.

Berlin¹⁷ unbedingt fallen müsse. Ob an dessen Stelle irgendein anderes Statut treten solle, darüber könne und müsse verhandelt werden.

Der Herr *Bundeskanzler* stimmte zu, daß verhandelt werden müsse. Darauf arbeite er hin, in der Hoffnung, daß wegen einer so verhältnismäßig kleinen Frage kein nuklearer Krieg ausbreche, der Europa ganz und die Sowjetunion und Amerika zum großen Teil zerstören würde. Eine Verständigung über Berlin sei deshalb so wichtig, weil es die erste Verständigung zwischen Ost und West seit langer Zeit sein würde. Darauf könne man dann aufbauen.

Botschafter *Smirnow* sagte, die Sowjetunion werde alles dazu tun, was in ihren Kräften stehe. Sie hoffe, daß auch der Westen und insbesondere Deutschland das ihre tun würden. Er wisse, daß der Herr Bundeskanzler in Kürze andere westliche Regierungschefs aufsuchen werde¹⁸, wo er Gelegenheit habe, in diesem Sinne zu wirken.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er treffe in der Tat am kommenden Samstag mit Präsident de Gaulle zusammen. Er sei bereit, diesem dasselbe zu sagen, was er dem Botschafter gesagt habe. Der Herr Bundeskanzler verwies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, daß zum ersten Mal seit Napoleon die deutsch-französische Gegnerschaft überwunden und in Freundschaft verwandelt worden sei, und fragte, ob etwas Ähnliches nicht auch im Verhältnis Deutschland – Sowjetunion möglich wäre.

Botschafter *Smirnow* erwiderte, die Sowjetunion habe nichts gegen gute Beziehungen der Bundesrepublik zu allen westlichen Ländern einzuwenden. Es erfreue sie jedoch nicht, wenn dieses gute Verhältnis nur für eine Himmelsrichtung gelte. Die Bundesrepublik müsse sich nach beiden Seiten orientieren oder zumindest die Beziehungen zum Osten nicht ganz vernachlässigen. Wenn sie mit ihren westlichen Freunden drei Schritte mache, könne sie doch mit der SU zwei Schritte gehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe sich in dieser Richtung große Mühe gegeben. Die Hauptsache sei zunächst einmal, daß es keinen Krieg gebe.

Botschafter *Smirnow* stimmte dem uneingeschränkt zu und bat dann, noch zwei konkrete Anliegen vorbringen zu dürfen.

Das erste betreffe die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Zwar habe Botschafter Kroll seinerzeit Chruschtschow gegenüber ein farbenprächtiges Bild der zukünftigen deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen entworfen. Tatsache sei jedoch, daß trotz mancher Fortschritte der Gesamtumfang des Handels immer noch gering sei. Dazu komme nun einmal, daß das durch die persönliche Intervention des Herrn Bundeskanzlers seinerzeit doch noch unterzeichnete neue Handelsabkommen immer noch nicht ratifiziert, bzw. die Ratifikationsurkunden nicht ausgetauscht seien.¹⁹ Außerdem habe das Wirt-

¹⁷ Zu den Vereinbarungen der Vier Mächte über Berlin und zu den Regelungen vom 5. Mai 1955 hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Drei Mächte in Berlin vgl. Dok. 23, Anm. 28.

¹⁸ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542 und Dok. 543.

Für das Gespräch mit Premierminister Macmillan am 9. Januar 1962 vgl. AAPD 1962, I, Dok. 11.

¹⁹ Zum Handelsabkommen vom 31. Dezember 1960 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 22.

Die Ratifizierungsurkunden wurden am 26. Juli 1962 ausgetauscht. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 310.

schaftsministerium im jetzt auslaufenden Jahr diskriminierende Praktiken angewandt, die sich nachteilig auf den deutsch-sowjetischen Handel ausgewirkt hätten. Vertreter großer Firmen, die bedeutende Aufträge der Sowjetunion ausführten (der Botschafter nannte die Howaldtwerft in Kiel), hätten ihm erklärt, sie erwarteten Hilfe nur von einem persönlichen Eingreifen des Herrn Bundeskanzlers. Er, der Botschafter, bitte den Herrn Bundeskanzler, doch auf den Herrn Bundesminister Schröder entsprechend einzuwirken.

Der Herr *Bundeskanzler* versprach, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Botschafter *Smirnow* fuhr fort, sein zweites Anliegen bestehe in der Erfüllung eines Auftrags seiner Regierung, in deren Namen er hiermit eine Erklärung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und einen Abkommensentwurf dazu überreiche.²⁰

Im Anschluß an die Überreichung des Schriftstücks verabschiedete sich der Botschafter, nicht ohne seiner Befriedigung über das geführte Gespräch Ausdruck gegeben zu haben.

B 130, Bd. 8416 A (Ministerbüro)

532

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Hase

301-81.08/0-398/61 streng geheim

5. Dezember 1961¹

Betr.: NATO-Atomstreitmacht;

hier: Beabsichtigte Vorschläge des Herrn Bundesministers für Verteidigung² in der Ministerkonferenz der NATO³

I. Nach Informationen aus dem Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt der Herr Bundesminister für Verteidigung, der Ministerkonferenz der NATO Vorschläge für die Neuregelung der Einsatzentscheidung für atomare Sprengmittel und für die Schaffung einer NATO-Atomstreitmacht vorzulegen. Er beabsichtigt, diese Vorschläge dem Bundesverteidigungsrat am 5. Dezember zur Billigung vorzulegen. Die Hauptpunkte seiner Vorschläge sind:

²⁰ Für den Wortlaut der Erklärung der sowjetischen Regierung vom 27. November 1961 zur Wiederaufnahme der Teststopp-Verhandlungen und für den Wortlaut des sowjetischen Abkommensentwurfs vom selben Tag vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1961, S. 659–664. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 3–5.

Vom 28. November bis 21. Dezember 1961 fand eine weitere Runde der Teststopp-Verhandlungen in Genf statt.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat Behrends konzipiert.

² Franz Josef Strauß.

³ Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 546, Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

1) Die gegenwärtige Regelung des Einsatzbefehls für atomare Sprengmittel (alleinige Entscheidung des amerikanischen Präsidenten) ist untragbar, weil sie die übrigen NATO-Staaten in militärischer und damit politischer Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten hält.

Der dem NATO-Rat vorliegende deutsche Vorschlag im Verteidigungsmemorandum der Bundesregierung vom Mai 1961⁴ (Verpflichtung des amerikanischen Präsidenten, im Falle eines Angriffs auf Antrag des angegriffenen Landes und nach Befürwortung durch SACEUR atomare Sprengmittel freizugeben) ist ebenfalls nicht mehr ausreichend.

Daher neuer Vorschlag, Entscheidungsbefugnis einem neu zu schaffenden politischen Spitzengremium der NATO zu übertragen, und zwar:

- a) Politische Standing Group der NATO nach Vorbild der Botschafter-Lenkungsgruppe in Washington. Zusammensetzung: je ein Vertreter im Kabinettsrang von vier NATO-Staaten, darunter der Bundesrepublik; oder
- b) Politische Spitze eines atlantischen Staatenbundes unter Vorsitz des amerikanischen Präsidenten. Dieser politischen Spitze soll unterstehen
 - als politische Säule: der NATO-Rat;
 - als militärische Säule: der Militärausschuß mit der zur obersten Kommandospitze der NATO-Streitkräfte ausgebauten Standing Group.

Der Alternative b) wäre der Vorzug zu geben.

2) SACEUR soll zur „automatischen Entscheidung“ über Einsatz nuklearer Sprengmittel in folgenden Fällen ermächtigt werden:

- a) nuklearer Großangriff des Gegners,
- b) begrenzter nuklearer Angriff,
- c) größerer konventioneller Angriff.

Bei b) und c) Ermächtigung nur zum Auslösen eines begrenzten nuklearen Gegenschlages.

3) Vorschlag für NATO-MRBM-Streitmacht

- a) Unter integrierter Führung stehender, aus nationalen Einheiten zusammengesetzter Verband, ähnlich wie Norstads Mobile Task Force⁵, und zwar zu zwei Dritteln seegebunden, einem Drittel landgebunden.
- b) Unterstellung und Einsatzbefehl: nur SACEUR (auch soweit im Bereich von SACLANC operierend).
- c) Deutscher Beitrag: vier atomgetriebene Polaris-U-Boote, 3 Bataillone landgebundener MRBM mit je 15 MRBM; insgesamt 109 MRBM (etwa ein Viertel des Gesamtverbandes).
- d) Um Aufspaltung der nuklearen Abschreckung („Kriegführung durch Stellvertreter“) zu vermeiden, müssen Strategic Air Command der USA und britisches Strategic Bomber Command in NATO eingebracht werden.

⁴ Für das Memorandum in der am 22. Juni 1961 an NATO-Generalsekretär Stikker übermittelten Fassung vgl. Dok. 191.

⁵ Zum Vorschlag des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, eine mobile Einsatztruppe aufzustellen, vgl. Dok. 100, Anm. 7.

4) Alternativlösung zu 3)

Freigabe der Sprengköpfe für die den europäischen NATO-Staaten zur Verfügung stehenden Trägerwaffen mit Begrenzung der Sprengkraft (nur kleine taktische Sprengmittel) und des Einsatzbereichs (nur das jeweilige Land).

II. Es wird vorgeschlagen, daß der Herr Bundesminister in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats folgende Stellungnahme zu diesen Vorschlägen abgibt:

Die Vorschläge des Herrn Bundesministers für Verteidigung sind außerordentlich bedeutsam und weitreichend. Sie zielen auf eine Änderung der gesamten politischen und militärischen Struktur der NATO ab und sind mit zur Zeit unübersehbaren Auswirkungen außenpolitischer, verteidigungspolitischer und finanzieller Art verbunden. Die Vorschläge bedürfen daher einer sorgfältigen Prüfung durch den Bundesverteidigungsrat, bevor sie als Vorschlag der Bundesregierung in der NATO vorgelegt werden können.

Zur Vorbereitung dieser Prüfung sollten das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium beauftragt werden, eine gemeinsame Vorlage zu erarbeiten und dem Bundesverteidigungsrat bis zum 15. Februar 1962 vorzulegen.

Nach endgültiger Entscheidung des Bundesverteidigungsrats mag es zweckmäßig sein, die deutschen Überlegungen einer Verteidigungsminister-Konferenz der NATO vorzulegen. Auf jeden Fall sind aber vorherige eingehende bilaterale Kontakte mit den wichtigsten Bündnispartnern, vor allem mit den Vereinigten Staaten, notwendig. Die Aufzeichnung von Botschafter von Walther über sein letztes Gespräch mit dem amerikanischen NATO-Botschafter Finletter⁶ beweist, daß durch diskrete bilaterale Verhandlungen die amerikanische Regierung wahrscheinlich eher dafür gewonnen werden kann, eine positivere Haltung als bisher zu den Fragen der Neuregelung der Einsatzentscheidung für nukleare Sprengmittel und der Umwandlung der NATO in eine vierte Atommacht einzunehmen, als dies durch sofortige Befassung der NATO mit dem unvermeidlichen Bekanntwerden in der Öffentlichkeit geschehen kann.⁷

⁶ Zum Gespräch des Botschafters von Walther, Paris (NATO), mit seinem amerikanischen Amtskollegen Finletter am 30. November 1961 vgl. Dok. 523.

⁷ Ministerialdirektor von Hase hielt am 6. Dezember 1961 fest, in der Sitzung des Bundesverteidigungsrats am Vortag sei vereinbart worden, daß Bundesminister Schröder bei der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris „einleitend zu den politischen Aspekten der Verteidigungsfragen“ sprechen solle, während Bundesminister Strauß „grundsätzliche Ausführungen zum Verteidigungs-Problem sowie weitere Beiträge, wenn sie sich aus dem Stand der Debatte ergeben“, anschließen werde. Außerdem konstatierte Hase, daß „1) Übereinstimmung darüber erzielt wurde, daß das Ziel der Umwandlung der NATO in eine vierte Atommacht nach wie vor von deutscher Seite anzustreben ist; 2) daß eine deutsche Initiative in dieser Frage, insbesondere ein deutscher sachlicher Vorschlag, angesichts der Zurückhaltung fast aller anderen NATO-Partner voraussichtlich die Durchführung des Projektes nicht fördern, sondern eher behindern würde; 3) daß vor Beginn der NATO-Konferenz eine deutsch-amerikanische Fühlungnahme auf der Ebene der Verteidigungsminister stattfinden soll, um zu ermitteln, ob ein deutscher Vorschlag zur verfahrensmäßigen weiteren Behandlung des Problems Aussicht auf Unterstützung bei den Amerikanern hat. Auf Vorschlag von Botschafter von Walther soll der verfahrensmäßige Antrag darin bestehen, daß vorgeschlagen wird, daß sich der Ständige Rat mit dem Problem weiter befaßt und es im Frühjahr zur Behandlung der militärischen Aspekte einer Konferenz der Verteidigungsminister der NATO überweist.“ Vgl. B 130, Bd. 1997 B (201).

Daher ist auch strenge Geheimhaltung der Überlegungen des Herrn Bundesministers für Verteidigung unerlässlich. Jede Presseindiskretion würde zu einer ungünstigen Reaktion in der öffentlichen Meinung der Mehrzahl der NATO-Staaten führen und die Regierungen dieser Staaten zwingen, vorschnell und aufgrund ungenügender Informationen gegen diese Vorschläge Stellung zu nehmen (vgl. auch Leitartikel von Weinstein in heutiger FAZ⁸).

Hiermit der Eilbedürftigkeit wegen gleichzeitig dem Herrn Staatssekretär⁹ und dem Herrn Bundesminister¹⁰ vorgelegt.

Hase

B 130, Bd. 1988 A (201)

533

Aufzeichnung des Gesandten Krapf

413-434/61 geheim

5. Dezember 1961¹

Betr.: Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen im Falle der Sperrung oder Störung des Berlin-Verkehrs in der Luft oder zu Lande

In Ergänzung der Aufzeichnung vom 18. Oktober 1961 – 413-434/61 geh.² – wird nachfolgend der gegenwärtige Stand der Planungsarbeiten für die Ergreifung wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen des Westens³ dargestellt:

⁸ Vgl. den Artikel von Adelbert Weinstein: „Die Nato und die Vierte Atommacht“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Dezember 1961, S. 1.

⁹ Karl Carstens.

¹⁰ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Heibich konzipiert und am 5. Dezember 1961 von Gesandtem Krapf „dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte vorgelegt, sie an den Herrn Staatssekretär des Bundeskanzleramtes weiterzuleiten“.

Hat Staatssekretär Carstens am 6. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte mein gestriges Telegramm an Wash[ington] berücksichtigen.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 5056 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961. Vgl. dazu Anm. 9.

² Korrigiert aus: „413-334/61 – geh.“.

Ministerialdirigent Allardt faßte „den Stand der Arbeiten für die Ergreifung wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen im Falle der Sperrung oder Störung des Zugangs von und nach Berlin in der Luft oder zu Lande“ zusammen und legte dar, die Bundesregierung beabsichtige, den von der Washingtoner Botschaftergruppe für eine Störung des Luftverkehrs vorgeschlagenen Maßnahmen zuzustimmen und für die sofortige Umsetzung ihrer Voraussetzungen einzutreten. Vgl. dazu VS-Bd. 5056 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den vorgesehenen Maßnahmen vgl. Dok. 399.

³ Bundeskanzler Adenauer bat Bundesminister Schröder am 4. Dezember 1961, „darauf zu drängen, daß militärische Maßnahmen zur See als vordringlicher Teil der Eventualfallplanung behandelt und daß die Vorbereitungen für ein totales Embargo durchgesetzt werden. Ich möchte über diese Fragen auch mit Staatspräsident de Gaulle sprechen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir eine Darstellung über den Stand der Vorbereitungen rechtzeitig vorlegen könnten.“ Vgl. B 2-VS, Bd. 317 A (Büro Staatssekretär).

Die seinerzeit in der NATO aufgeworfenen sechs grundsätzlichen Fragen über die Durchführung von wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen⁴ sind im Wirtschaftsberaterausschuß behandelt, insbesondere aber ist die Frage der automatischen Anwendung eines Totalembargos geprüft worden. Es zeigte sich in den Besprechungen im NATO-Rat am 17. und am 23.10. ds. Js.⁵, daß insbesondere die britische Seite gegen eine automatische Anwendung der in Paris beschlossenen Grundsätze eingestellt war; sie argumentierte damit, daß der NATO-Rat vor Anwendung eines teilweisen oder totalen Embargos kurzfristig die politische Lage feststellen müsse, erst dann könne das britische Kabinett über Anwendung von Gegenmaßnahmen beschließen. Die amerikanische Seite dagegen, unterstützt von der deutschen, französischen und italienischen, vertrat den Standpunkt, daß eine Automatik zur Auslösung des klar bestimmten Falles unerlässlich sei. Der amerikanische Botschafter⁶ erklärte, daß seine Regierung darauf bestehen müsse, daß bei der seinerzeit von den vier Außenministern in Paris definierten Lage⁷ die Anwendung eines Totalembargos automatisch, d. h. ohne nochmalige Prüfung der politischen Lage durch den NATO-Rat, durchzuführen sei. Wenn dem nicht gefolgt würde, sei Schießkrieg bereits in diesem Stadium unvermeidbar.

Eine einmütige Auffassung aller Beteiligten konnte nicht erreicht werden.

Nach den letzten Berichten der Botschaftergruppe in Washington haben die britischen und auch die amerikanischen Vertreter neue Resolutionsentwürfe über die Anwendung des Totalembargos vorgelegt⁸, die nicht mehr eine automatische Auslösung dieser Maßnahmen vorsehen, sondern eine endgültige Entscheidung über Ausmaß und Zeitpunkt der jeweiligen Situation überlassen. Damit ist

⁴ Botschafter von Walther, Paris (NATO), übermittelte am 11. Oktober 1961 einen Entwurf des NATO-Generalsekretariats, der sechs Grundsatzfragen zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen enthielt, über die der Ständige NATO-Rat entscheiden sollte: „1) Do all NATO countries agree that, in the event that military and civilian access, air or ground, to West Berlin is blocked, the immediate imposition of significant economic countermeasures amounting to a total economic embargo against the Soviet bloc would be an appropriate response? [...] 2) Do all NATO countries consider that [...] a total economic embargo should be applied automatically?“ Die weiteren Fragen befaßten sich mit den gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des Embargos sowie mit der Vermeidung bzw. dem Ausgleich wirtschaftlicher Rückwirkungen des Embargos auf die NATO-Mitgliedstaaten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1033; VS-Bd. 5055 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

⁵ Botschafter von Walther informierte am 18. und am 24. Oktober 1961 über die Diskussion der sechs Grundsatzfragen zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen im Ständigen NATO-Rat am 17. und am 23. Oktober 1961. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1080; VS-Bd. 5055 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 1101; VS-Bd. 3472 (700); B 150, Aktenkopien 1961.

⁶ Thomas K. Finletter.

⁷ Zu den bei dem Außenministertreffen am 5./6. August in Paris beschlossenen Empfehlungen vgl. Dok. 258, Anm. 8.

⁸ Botschafter von Walther, Paris (NATO), übermittelte am 1. Dezember 1961 einen Resolutionsentwurf, den sein amerikanischer Amtskollege Finletter dem Ständigen NATO-Rat vorlegen wolle und der wörtlich mit einem britischen Vorschlag vom 25. November 1961 übereinstimme: „Die Amerikaner sind selbst wenig glücklich über den neuen Vorschlag. Sie geben offen zu, daß er die Automatik ausschaltet. Sie sehen jedoch keine andere Möglichkeit, beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in NATO mehr, als jetzt gefordert wird, durchzusetzen. Es ist ihnen an einer unverzüglichen Beschlußfassung außerordentlich gelegen, zumal es sich erstmalig um eine NATO-Entscheidung handeln würde, die beweist, daß Berlin die gesamte Allianz angeht. Die Amerikaner haben gebeten, deutscherseits möge in Sondersitzung des NATO-Rats dem neuen Vorschlag zugestimmt werden. Eine zögernde Haltung der Bundesrepublik würde die zweifelnden Staaten in ihrer ablehnenden Haltung stärken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1276; VS-Bd. 5056 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1961.

das, was ursprünglich mit der automatischen Anwendung eines Totalembargos beabsichtigt war, nämlich schlagartig und abschreckend auf den Ostblock zu wirken und die Einigkeit des Westens zu demonstrieren, nicht erreicht worden. Der NATO-Rat indessen hat eine neue Fassung vorgeschlagen, die zwar auch keine Automatik vorsieht, aber den Vorteil hat, wahrscheinlich von der Mehrheit der NATO-Mitglieder angenommen zu werden, und dann in seinen Auswirkungen sämtliche NATO-Mitglieder zwingt, in einem Augenblick „short of war“ Stellung zu nehmen, wobei ihnen dann eine negative Stellungnahme fast unmöglich wird.⁹ Die Frage wird spätestens auf der NATO-Ministerkonferenz¹⁰ geklärt werden.

Auch die übrigen Fragen, nämlich die Verhängung von Gegenmaßnahmen im Falle einer Störung des Luftverkehrs von und nach Berlin, sind in den Beratungen der Gremien nicht weitergekommen.

Die weiterhin von den Außenministern beschlossenen „weniger starken“ wirtschaftlichen Maßnahmen, die bei bestimmten Eventualfällen angewendet werden sollen, sind noch nicht abschließend behandelt worden, weil die britische Seite grundsätzliche Bedenken hatte, derartige Maßnahmen generell gegen den gesamten Ostblock anzuwenden. Sie schlägt vor, diese zunächst einmal gegen die SBZ allein zu verhängen, mit der Begründung, daß der eigentliche Krisenherd die SBZ sei. Wir waren nicht in der Lage, uns der englischen Auffassung anzunähern, weil sie praktisch zur Wirkungslosigkeit der Blockademaßnahmen führt. Auf die SBZ beschränkte Embargo-Maßnahmen würden unwirksam sein, da eine Versorgung der SBZ aus dem Westen über dritte COMECON-Staaten möglich wäre.

Die im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex aufgeworfenen Probleme über Hilfsmaßnahmen im Falle eines Totalembargos für die wirtschaftlich schwachen NATO-Länder¹¹ befinden sich ebenfalls noch in Beratung.

⁹ Botschafter von Walther, Paris (NATO), berichtete am 4. Dezember 1961 über ein Gespräch mit NATO-Generalsekretär Stikker sowie den NATO-Botschaftern Finletter (USA), Léger (Kanada), de Leusse (Frankreich) und Mason (Großbritannien) vom selben Tag: „Ich betonte, daß Bundesregierung den amerikanisch/britischen Vorschlag als äußerst unbefriedigend ansehe; ich sei aber bereit, bei meiner morgigen Anwesenheit in Bonn nochmals diejenigen Gründe anzuführen, die für eine Annahme des Papiers sprächen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1288; VS-Bd. 2058 (201); B 150, Aktenkopien 1961.

Staatssekretär Carstens teilte der Botschaft in Washington am 5. Dezember 1961 mit: „Der Bundesverteidigungsrat hat heute sein Einverständnis dazu erteilt, daß der deutsche Vertreter im NATO-Rat der folgenden, von Stikker vorgeschlagenen Formel zustimmt: ‚The council has decided that in the event military and civilian access, air or ground, to West Berlin is blocked, the immediate imposition of significant countermeasures amounting to a total economic embargo against the Soviet bloc would be an appropriate response. The NATO countries are planning their concerted participation in such an effort. If blockage is substantially complete, the council would meet and, as appropriate, acting under guidance of governments, will consider whether such an embargo should be put into effect.‘ Botschafter von Walther ist angewiesen worden, seine Zustimmung zu erklären, falls auch die anderen NATO-Partner zustimmen. Wir haben uns zu dieser Entscheidung veranlaßt gesehen, weil wir andernfalls befürchten müssen, daß in diesem Jahr eine Entscheidung des NATO-Rates zu dem Komplex der wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen überhaupt nicht mehr zustande kommt.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4044; B 2-VS, Bd. 317 A (Büro Staatssekretär).

¹⁰ Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 546, Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

¹¹ Zu den Auswirkungen eines Embargos auf am Osthandel besonders beteiligte NATO-Staaten vgl. Dok. 292.

Eine Entscheidung über diesen gesamten Fragenkomplex ist daher erst nach der Außenministerkonferenz¹² bzw. nach der NATO-Ratstagung zu erwarten.¹³

[Krapf]¹⁴

VS-Bd. 5056 (III A 6)

534

Botschafter Lüders, Accra, an das Auswärtige Amt

Geheim

5. Dezember 1961¹

Schriftbericht Nr. 134

Betr.: Zuspitzung der politischen Lage durch ablehnende Entscheidungen:

- a) des deutsch-ghanaischen Konsortiums,
- b) des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungshilfe

1 Anlage²

I. Ich habe bisher – insbesondere bei meiner mündlichen Berichterstattung in Bonn Anfang Oktober dieses Jahres³ – die Ansicht vertreten, daß vorerst (jedenfalls bis zum Abschluß der bevorstehenden West-Ost-Verhandlungen) nicht damit zu rechnen ist, daß Nkrumah die Ostzone anerkennen wird. Als Begründung hatte ich angeführt, daß die ghanaische Regierung sich darüber im klaren ist, daß die Anerkennung der SBZ als Staat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik und wahrscheinlich alsdann auch eine erhebliche Reduzierung des Kakao-Exportes nach Deutschland zur Folge haben würde. Angesichts des seit einiger Zeit in Ghana bestehenden Kapitalmangels hatte die ghanaische Regierung im übrigen die Hoffnung, daß die Bundesregierung den unverbindlichen Zusagen anläßlich der Wirtschaftshilfeverhandlungen einer

¹² Zur Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder am 11./12. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 553.

¹³ Bundesminister Schröder, z. Z. Paris, informierte Bundeskanzler Adenauer am 15. Dezember 1961 über seine Bemühungen auf der NATO-Ministerratstagung, die kanadische Delegation davon zu überzeugen, „die gemeinsame Formel zum ‚total embargo‘ anzunehmen. [...] Leider sind die drei hier anwesenden kanadischen Minister nicht in der Lage, einen bindenden Entschluß zu fassen. Falls das Thema jetzt berührt würde, müßte mit einer ablehnenden Stellungnahme der Kanadier gerechnet werden, wodurch die mühsam aufgebaute Einigungsformel zum Einsturz käme.“ Es bestünde also „in diesem Augenblick keine Möglichkeit, im Ministerrat die notwendige Einstimmigkeit“ zu finden. Vgl. das Fernschreiben Nr. 1347; B 130, Bd. 8416 A (Ministerbüro).

¹⁴ Verfasser laut Begleitvermerk.

¹ Der Schriftbericht wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.

Hat Legationsrat Effenberg am 1. Februar 1962 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „N[ach] Bespr[echung] mit H[errn] Lüders am 23.1. an Ref[er]at[] 307 m[it] d[er] B[li]tte u[m] Übe[r]n[ahme].“

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 7.

³ Botschafter Lüders, Accra, hielt sich vom 6. bis 12. Oktober 1961 zur Berichterstattung in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 432.

ghanaischen Delegation unter Ayeh-Kumi vom Juni dieses Jahres⁴ entsprechen und die vorliegenden Kapitalhilfeanträge ganz oder zum Teil genehmigen wird. Eben aus diesem Grunde dürfte sich Nkrumah in den letzten drei Monaten seit der Belgrader Konferenz⁵ in Äußerungen zur deutschen Frage bewußt zurückgehalten haben.

Zu meinem Bedauern kann ich diese positive Beurteilung wegen der nachfolgend dargelegten wirtschaftlichen Entscheidungen negativer Art nicht aufrechterhalten. Ich halte es also hinfür für durchaus möglich, daß sich Nkrumah überraschend entschließt, die diplomatischen Beziehungen zur SBZ aufzunehmen.

Folgende negative Wirtschaftsentscheidungen haben bei der ghanaischen Regierung allmählich die Überzeugung aufkommen lassen, daß man auf deutscher Seite nicht mehr bereit ist, Ghana irgendwelche Wirtschaftshilfen zu gewähren.

1) Vor 1 1/2 Jahren wurde von einigen großen deutschen Firmen das Westdeutsche Konsortium gegründet. Bedauerlicherweise hat man in einem unverbindlichen Rahmenvertrag eine Summe von £ 150 Millionen genannt, bis zu welchem Betrage Ghana von dem Konsortium maschinelle Einrichtungen und Leistungen aus langfristigen Krediten erhalten sollte.⁶ Präsident Nkrumah hat auf dieses Konsortium große Hoffnungen gesetzt. Trotz Einrichtung eines Büros des Konsortiums in Accra und umfangreicher Verhandlungen zu verschiedenen Großprojekten ist das Konsortium jedoch in dieser gesamten Zeit in keinem einzigen Fall mit der hiesigen Regierung handelseinig geworden.

In den letzten Monaten hat das Konsortium der ghanaischen Regierung jedoch Hoffnung gemacht, daß eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme des Baues eines seit langem geplanten Großhotels bestehe. An diesem Hotel, das mit 240 Betten die Hotelkapazität von Accra verdoppelt hätte, ist Präsident Nkrumah aus politischen Gründen lebhaft interessiert. Die bisher zuständige ghanaische Stelle hatte auf Grund der positiven Einstellung des Konsortiums an dieses einen „letter of intent“ gerichtet; zugleich war davon abgesehen worden, entsprechende Angebote von anderen ausländischen Firmen einzuholen.

Das Konsortium und der mit einem Garantieantrag des Konsortiums befaßte Hermes-Ausschuß haben sich jedoch in den letzten Wochen und Monaten auf Grund der politischen Lage in Ghana veranlaßt gesehen, dieses Projekt nicht weiter zu fördern. Der ghanaische Minister für leichte und schwere Industrie,

⁴ Das Bundesministerium für Wirtschaft informierte den Referentenausschuß für Kapitalhilfe am 13. November 1961, daß eine ghanaische Regierungsdelegation unter Führung des Entwicklungsministers Ayeh-Kumi am 15. Juni 1961 über Kapitalhilfe für einen Kanalbau und für eine Schnellstraße zwischen den Städten Accra und Tema verhandelt habe. Für diese Projekte sei dabei „deutscherseits eine Wohlwollenserklärung“ abgegeben worden. Vgl. B 53 (Referat III B 3/III B 1), Bd. 151.

⁵ Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

⁶ Ministerialdirigent von Barmen notierte am 7. April 1960, daß ein deutsches Firmenkonsortium unter Leitung der Ferrostaal AG eine Abmachung mit der ghanaischen Regierung schließen wolle, die die Übernahme von Projekten in einer Größenordnung von 5 Millionen Pfund vorsehe, aber in der Präambel eine Ausweitung auf 150 Millionen Pfund in Aussicht stelle. Er habe gegenüber Ferrostaal „Bedenken gegen den einleitenden Teil der Vereinbarung zum Ausdruck gebracht. Wenn damit auch vielleicht keine zivilrechtliche Verpflichtung begründet werde, so sei doch nicht zu bestreiten, daß die darin enthaltene Zusicherung außerordentliche Erwartungen erwecken müsse, die möglicherweise später nicht erfüllt werden könnten. Dies aber würde zu schweren Enttäuschungen und Verstimmungen in Ghana führen und sich auch politisch sehr ungünstig auswirken.“ Vgl. VS-Bd. 4974 (411); B 150, Aktenkopien 1960.

Krobo Edusei, hat nun in einer Besprechung vom 23.11.61 die hiesigen Vertreter des Konsortiums gezwungen, Farbe zu bekennen; das Konsortium hat die Übernahme des Hotelbaues abgelehnt.

Aus dem anliegenden Protokoll, das mir vorgestern von den beiden deutschen Vertretern des Konsortiums zugänglich gemacht worden ist⁷, geht nun hervor, daß die Ablehnung dieses Projektes beim Minister Krobo Edusei einen Schock hervorgerufen hat. Die zorngefüllte Replik des Ministers,

- daß sein Ministerium mit dem Konsortium nicht mehr verhandeln werde,
- daß derartige günstige Angebote von Rußland, China und Ost-Deutschland vorlägen und
- daß Präsident Nkrumah sich dafür ausgesprochen habe, hinfert lieber mit Ostdeutschland zusammenzuarbeiten,

ist als eine Reaktion des Augenblicks zu bewerten, die nicht unbedingt wortwörtlich genommen zu werden braucht. Trotzdem befürchte ich angesichts der engen freundschaftlichen Beziehungen, die Krobo Edusei zum Präsidenten unterhält, aber auch angesichts der Enttäuschung, die für Nkrumah diese 18monatigen vergeblichen Unterhandlungen mit dem Konsortium und das Fehlschlagen des politisch von ihm so ersehnten Hotelprojektes bedeuten, politische Rückwirkungen.

Sicherlich trägt die deutsche Regierung für dieses Fehlschlagen des Hotelprojektes keinerlei Verantwortung. Trotzdem neigen die sozialistischen Mitglieder der Regierung Nkrumah natürlich dazu, ein abgekartetes Spiel zwischen dem Konsortium, dem Hermes-Ausschuß und der deutschen Regierung zu vermuten.

2) Dieser ghanaische Verdacht, daß auch die deutsche Regierung angesichts der eingetretenen deutsch-ghanaischen Spannungen nicht mehr bereit ist, Ghana wirtschaftlich zu unterstützen, sieht sich mit der Zeit immer mehr dadurch bestätigt, daß die dem Interministeriellen Ausschuß für Entwicklungshilfe seit langem vorliegenden Anträge auf Kapitalhilfe bisher keine positiven Entscheidungen gefunden haben.

a) Die Kapitalhilfeanträge über die Wasserwerke Weija und Kpong sind vom Ausschuß abgelehnt worden, weil dem Konsortium für diese beiden Projekte vom Hermes-Ausschuß Garantiehilfe zugesagt wird.⁸ Dabei wird übersehen, daß die ghanaische Regierung nicht entfernt daran denkt, die im Rahmen des Hermes-Verfahrens unerläßlichen Kreditsätze von über 8% (7% Zinsen plus etwa 1,2% Hermes-Gebühren) zu akzeptieren. Überdies werden jetzt möglicherweise von

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Die Vertreter des Westdeutschen Konsortiums, de Jonge und Pasewalk, hielten am 25. November 1961 fest, der ghanaische Minister für Leicht- und Schwerindustrie, Edusei, habe sich „nach dem Stand der Arbeiten für das Beach Hotel“ erkundigt: „Von uns wurde erklärt, daß das West German Consortium leider nicht in der Lage sei, dieses Projekt zu finanzieren, da der deutsche Credit Security Council für dieses Projekt keine Deckung gegeben habe [...]. Als Ergebnis der Besprechung ist festzustellen, daß die Ablehnung des Hotel-Projektes einen derartigen Schock bei Minister Edusei hervorgerufen hat, daß zur Zeit von seiner Seite keine positive Zusammenarbeit mit dem Consortium zu erwarten ist.“ Vgl. B 130, Bd. 2279 A (I B 3).

⁸ Botschafter Lüders, Accra, wies am 20. September 1961 auf die noch ausstehenden Finanzierungszusagen für die Wasserwerke Weija und Kpong hin, für die ein Antrag der Firma Ferrostaal AG auf eine Hermes-Bürgschaft vorliege: „Es handelt sich hierbei um für die Wasserversorgung des Raums Accra-Tema für die nächsten Jahre dringend erforderliche Anlagen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 741; B 34 (Referat 307), Bd. 235.

seiten der Regierung angesichts der eingetretenen Spannung weitere Verhandlungen mit dem Konsortium generell abgelehnt; man rechnet hier vielfach mit einer Auflösung des Konsortiums, was vielleicht auch den Absichten einiger Konsortialmitglieder entsprechen dürfte.

b) Die Kapitalhilfe für den Accra-Tema-Freeway von £ 1,66 Millionen ist zwar vom Ausschuß bisher wohlwollend behandelt worden; da man aber zunächst die Entscheidung der amerikanischen Regierung über den Kredit für den Volta-Staudamm⁹ abwarten will – nach nicht bestätigten Meldungen kann sich diese Entscheidung noch einige Monate hinziehen –, gewinnt die ghanaische Regierung trotz fortlaufender Beschichtigungen von meiner Seite den Eindruck, daß man deutscherseits diese Angelegenheit bewußt dilatorisch behandelt. Gerade heute ist wieder eine Verbalnote der Regierung eingegangen, in der nach dem Stand der Angelegenheit gefragt wird.

c) In den deutsch-ghanaischen Verhandlungen, die am 16. Juni dieses Jahres in Bonn zwischen einer ghanaischen Delegation unter Leitung des damaligen Ministers Ayeh-Kumi und dem Interministeriellen Ausschuß unter Leitung von Ministerialdirektor Dr. Reinhardt durchgeführt worden sind, bestand auf ghanaischer Seite u. a. auch ein besonderes Interesse an der Finanzierung gewisser Pre-Investment-Studien, vor allem hinsichtlich des Akosombo Water Supply, dessen Studie mit £ 500 000 angesetzt wurde.¹⁰ In dem Protokoll der damaligen Besprechung, das der ghanaischen Regierung später offiziell zugeleitet worden ist, heißt es in Ziffer 2 (pre-investment studies):

„Zu Ziffer 2 bestünde die Möglichkeit der Übernahme der Kosten deutscherseits in der Weise, daß, wenn sich aus den Voruntersuchungen Projektfinanzierungen entwickelten, die Kosten des Pre-Investments auf die Finanzhilfe angerechnet würden. Sollte ausnahmsweise die Voruntersuchung negativ verlaufen, müßten die Kosten von beiden Seiten je zur Hälfte getragen werden. Eine Übernahme der Kosten für eine Vorprüfung schließe nicht die rechtliche Verpflichtung zur Projektfinanzierung, wohl aber eine Wohlwollenszusage in sich.“

Der Antrag der ghanaischen Regierung hält sich genau an diesen Wortlaut.

Wie ich jetzt erfahre, hat der Interministerielle Ausschuß jedoch inzwischen die Entscheidung gefällt, daß Pre-Investment-Studien grundsätzlich nicht aus dem Kapitalhilfefonds finanziert werden können. Diese Feststellung widerspricht eindeutig den Erklärungen des Protokolls vom 16. Juni 1961. Die ghanaische Regierung muß jetzt zu dem Schluß kommen, daß der Interministerielle Ausschuß nicht zu seinem Wort steht, weil neue politische Weisungen negativer Art der deutschen Regierung vorliegen.

⁹ Zur amerikanischen Unterstützung für das Projekt eines Wasserkraftwerks am Volta vgl. Dok. 432, Anm. 10.

¹⁰ Botschafter Lüders, Accra, teilte am 20. September 1961 über die Akosombo-Wasserversorgung mit, dabei handle es sich „um die Planungen für die Wasserversorgung des Großraums Accra-Tema auf weitere Sicht. Durch den Ausbau der bestehenden Wasserwerke, die dieses Gebiet versorgen, kann eine ausreichende Wasserversorgung nur für einige Jahre sichergestellt werden, da die Planungen für den Raum Accra-Tema, der Industriezentrum Ghanas werden soll, für 1970 bereits mit einer Bevölkerungszahl von etwa 1 Million rechnen (gegenwärtig etwa 450 000). Außerdem werden industrielle Großwasserverbraucher dort konzentriert werden. Sobald die Stauung des Volta-Stausees beendet ist, soll die Wasserversorgung dieses Gebiets deshalb von dem See aus erfolgen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 741; B 34 (Referat 307), Bd. 235.

Zu 1) und 2) Sicherlich hat sich Nkrumah die Zurückhaltung des deutschen Partners auf Industrie- und Regierungsseite angesichts seines pro-östlichen Kurses und seiner Sympathieerklärung für das SBZ-Regime in Moskau, Ost-Berlin und Belgrad¹¹ selbst zuzuschreiben. Wie dem auch sei, es bleibt die Tatsache bestehen, daß die ghanaische Regierung mehr und mehr zu der Überzeugung tendiert, von deutscher Seite sei kaum noch mit einer Entwicklungshilfe zu rechnen. Setzt sich diese Überzeugung bei Nkrumah erst fest, dann gibt es eigentlich kein gewichtiges materielles Gegeninteresse für Ghana mehr, das ihn davon abhalten könnte, das ihm befreundete sozialistische Ostzonen-Regime anzuerkennen.

3) Es kommt hinzu, daß Ghana auch nicht mehr in dem Maße wie bisher an dem Kakao-Export in die Bundesrepublik interessiert ist. Die Absatzschwierigkeiten Ghanas in den letzten Jahren, die einerseits durch ungewöhnlich große Kakaoernten und andererseits durch besonders niedrig liegende Weltmarktpreise eingetreten waren, bestehen nicht mehr in gleicher Weise. Ghana hofft, neue Absatzmärkte im Osten zu finden, die USA nehmen statt bisher 60 000 Tonnen jetzt 100 000 Tonnen Kakao ab; auch die Niederlande haben die Bundesrepublik im Aufkauf von Ghana-Kakao überflügelt. Der Kakaopreis selbst ist überdies zur Zeit im Steigen; die letzten Abschlüsse in Ghana wurden bereits für £ 210 pro Tonne getätigt.

Darüber hinaus soll eine Studie der ghanaischen Botschaft in Bonn, die von Accra aus angefordert wurde, nach Fühlungnahme mit dem Deutschen Kakaohändler-Verband zum Ausdruck gebracht haben, daß der deutsche Kakaohandel auch beim etwaigen Abbruch der deutsch-ghanaischen diplomatischen Beziehungen weitgehend auf den Ghana-Kakao angewiesen sei. Wie bereits berichtet, hat im übrigen Tito seinerzeit in Belgrad einzelnen Mitgliedern der ghanaischen Delegation immer wieder versichert, daß der seinerzeitige Abbruch der deutsch-jugoslawischen diplomatischen Beziehungen¹² den Handel zwischen den beiden Ländern nicht im mindesten beeinträchtigt habe.

¹³II. Es ist nicht meine Aufgabe zu beurteilen, was eine Anerkennung der SBZ durch Ghana im jetzigen Zeitpunkt sowohl für die Bundesrepublik als auch für Westmächte bedeuten könnte und ob etwa das einzige Objekt, das der Westen seinerseits zu einem Ost-West-Kompromiß in der Berlinfrage beitragen könnte, durch einen solchen Akt Ghanas vorzeitig durchlöchert und in seinem Wert herabgemindert wird.

Sollte jedoch mein Auftrag, unter allen Umständen – jedenfalls aber bis zum Abschluß der Ost-West-Verhandlungen – zu verhindern, daß Ghana diplomati-

¹¹ Zu den Ausführungen des Präsidenten Nkrumah zur Deutschland-Frage während seines Besuchs vom 10. bis 25. Juli 1961 in der UdSSR vgl. Dok. 241.

Über den Besuch am 1. August 1961 Ost-Berlin wurde in der Presse berichtet, Nkrumah habe es vermieden, „irgendeine politische Äußerung über Deutschland abzugeben, obgleich ihn der Stellvertretende Ministerpräsident der Zone, Bruno Leuschner [...], dazu zu verleiten suchte. [...] In Pankow sprach er vor der Öffentlichkeit nur von den Handelsbeziehungen, die Ghana auch mit Ost-Berlin zu verbessern suche.“ Vgl. FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 3. August 1961, S. 3.

Zu den Äußerungen von Nkrumah am 2. September 1961 auf der Konferenz blockfreier Staaten in Belgrad vgl. Dok. 461, Anm. 7.

¹² Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien am 19. Oktober 1957 vgl. Dok. 50, Anm. 2.

¹³ Beginn des mit Chiffrier-Brief übermittelten, verschlüsselten Teils des Schriftberichts, der am 3. Januar 1962 eintraf. Vgl. Anm. 1.

sche Beziehungen zur SBZ aufnimmt, weiterhin Bestand haben, so möchte ich nachdrücklich in Erwägung stellen, ob nicht die Bundesregierung unter Zurückstellung aller wirtschaftlichen Bedenken ausschließlich aus den genannten außenpolitischen Gründen eine positive Sofortentscheidung über eines der Kapitalhilfeprojekte herbeiführen sollte.

Vielleicht kann so die Überzeugung des Präsidenten Nkrumah, er habe von der Bundesrepublik keine Wirtschaftshilfen mehr zu erwarten, erschüttert und damit das Risiko einer vorzeitigen Anerkennung der SBZ durch Ghana vermieden werden. Will die Bundesregierung dagegen die Entscheidung der amerikanischen Regierung über den Volta-Staudamm, die sich noch über Monate hinziehen kann, abwarten, so könnte es zu spät sein.

III. Es wird um Weisung gebeten, wie die obenerwähnte Verbalnote der ghanaischen Regierung, in der erneut nach dem Stand der Kapitalhilfe-Anträge gefragt wird, zu beantworten ist.¹⁴

Lüders

B 130, Bd. 2279 A (I B 3)

535

**Botschafter Müller-Roschach, Rabat,
an Ministerialdirektor von Hase**

5. Dezember 1961¹

Lieber Herr von Hase,

folgendes Problem gibt mir heute Veranlassung, die vergangenen guten dienstlichen Beziehungen mit Ihnen in Ihrer neuen Eigenschaft als Leiter der Politischen West-II-Abteilung wiederaufzunehmen:

Kurz vor meiner ersten Ausreise nach Marokko, die mehr als ein Jahr zurückliegt², warf ich in der Direktorenkonferenz (wahrscheinlich in Ihrer Gegenwart) die Frage unserer Beziehungen zu Mauretanien auf. Ich wies bei dieser Gelegenheit auf die Empfindlichkeit der Marokkaner hin, die das Staatsgebilde

¹⁴ Botschafter Lüders, Accra, mahnte am 6. Januar 1962 an, daß er bisher keine Antwort erhalten habe. Unterdessen habe Präsident Nkrumah „Enttäuschung über Ausbleiben Kapitalhilfe Bundesrepublik ausgedrückt. Er werde Konsequenz ziehen. Nkrumah führt zur Zeit persönliche Verhandlungen mit SBZ-Delegierten über unbekanntes Thema. Sollte es sich um Anerkennung SBZ handeln, so könnte diese nur durch sofortige Bewilligung dilatorisch behandelten Kapitalhilfeantrages abgewendet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3; B 130, Bd. 2279 A (I B 3).

¹ Privatdienstschreiben.

Hat Ministerialdirektor von Hase am 18. Dezember 1961 vorgelegen, der Referat 307 um Rücksprache bat.

² Botschafter Müller-Roschach, Rabat, berichtete am 9. November 1960 von der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens an König Mohammed V. am selben Tag. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 162; B 25 (Referat 205), Bd. 59.

als ein französisches Satellitenregime ansehen und Ansprüche auf „Wiedervereinigung“ des mauretanischen Territoriums mit Marokko erheben. Damals antwortete mir Herr Staatssekretär van Scherpenberg, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Mauretanien unvermeidlich gewesen sei und im Zuge der von uns in Afrika befolgten Politik der sofortigen Anerkennung aller selbständig werdenden Territorien liege, daß man aber keinen ständigen Botschafter nach Nouakchott senden werde und sich damit begnügen wolle, unseren Botschafter in Dakar gleichzeitig in Nouakchott akkreditieren zu lassen.³

Seitdem wurde Mauretanien trotz des marokkanischen Widerstandes im Zuge der bekannten Vorgänge um die Zulassung der Größeren Mongolei in die UNO aufgenommen.⁴ Es läge daher nicht fern, wenn daran Überlegungen geknüpft würden, nunmehr den Posten Nouakchott mit einem ständigen Botschafter zu besetzen.

Eine etwa in diese Richtung gehende Entscheidung würde jedoch hier in Marokko und insbesondere bei König Hassan II. erhebliche Verstimmung hervorrufen. Denn der König hat mir bei meiner letzten vertrauensvollen Privataudienz sehr klar gemacht, er erwarte von uns zwar nicht, daß wir die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Mauretanien in nächster Zukunft wieder rückgängig machen, er müsse uns aber nahelegen, in der Entwicklung dieser Beziehungen keinerlei Eifer zu zeigen und langsam vorzugehen.

Nach meiner Überzeugung sollten wir dieser freundschaftlichen Warnung Gehör schenken, weil Marokko bis zum heutigen Tage noch nicht einmal eine Handelsdelegation der SBZ, geschweige denn eine ständige Handelsvertretung oder gar ein SBZ-Konsulat zugelassen und weil der König in Belgrad allen Befürwortern einer Erklärung der Konferenz im Sinne der sowjetischen Zweistaatentheorie eine klare Absage erteilt hat.⁵ Wir sollten diese Haltung politisch honorieren, indem wir den Zustand unserer diplomatischen Beziehungen in Nouakchott so belassen, wie er ist, d.h. dorthin keinen ständigen Botschafter entsenden.

Wenn ich mir ansehe, daß mehrere meiner Kollegen in Rabat ihren Sitz haben und gleichzeitig in Tunis akkreditiert sind, wenn ich mir im übrigen die politische und wirtschaftliche Bedeutung Mauretaniens im Vergleich zu der Position Marokkos in Afrika und im weltpolitischen Kräftespiel vorstelle, dann kann ich mir nur administrative Zweckmäßigkeitsüberlegungen vorstellen, die zugunsten eines Botschafters in Nouakchott sprechen könnten.⁶

Falls meine Besorgnisse und die daraus resultierenden vorstehenden Überlegungen unbegründet sein sollten, so bitte ich Sie, diesen Brief als Bemühen eines

³ Botschafter Reichhold, Dakar, übergab am 28. November 1960 in Nouakchott sein Beglaubigungsschreiben an Präsident Daddah. Dienstsitz blieb Dakar. Vgl. dazu BULLETIN 1960, S. 2290.

⁴ Zur Debatte um die Aufnahme Mauretaniens und der Mongolei in die UNO vgl. Dok. 425.

⁵ Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

Für die vom Konferenzsekretariat ausgegebene Fassung der Rede des Königs Hassan II. vom 3. September 1961 vgl. B 12 (Referat 708), Bd. 894.

⁶ Ministerialdirektor von Hase informierte Botschafter Müller-Roschach, Rabat, am 10. Januar 1962, „daß die Besetzung von Nouakchott mit einem eigenen Botschafter nicht erwogen wird. Wir müssen jedoch an unserer Absicht festhalten, eine eigene Dienststelle in Nouakchott zu errichten. Diese wird aber nur mit einem Geschäftsträger a.i. besetzt werden. [...] Eine wesentliche Umgestaltung unserer Beziehungen zu Mauretanien würde damit nicht eintreten.“ Vgl. das Privatdienstschreiben; B 34 (Referat 307), Bd. 298.

Botschafters anzusehen, der das hohe moralische Ansehen Deutschlands in Marokko und eine sich anbahnende wirtschaftliche und kulturelle Vertiefung in den Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht beeinträchtigt sehen möchte. Mit allen guten Wünschen für ein glückliches Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr bleibe ich

Ihr
Müller-Roschach

B 34 (Referat 307), Bd. 298

536

Ministerialdirektor Jansen an die Botschaft in Paris

200-80.00-797/61 geheim
Fernschreiben Nr. 665
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 6. Dezember 1961, 19.00 Uhr¹

Auch für Staatssekretär I² und II³

Auf Drahtbericht Nr. 1351 vom 6. Dez. 1961⁴

I. Zu Artikel von Gruson in New York Times vom 6.12.⁵ wird folgendes bemerkt:

1) Behauptung, daß Bundesregierung auf bevorstehendem Außenministertreffen der Sechs Abänderungen zum französischen Vertragsentwurf⁶ vorschlagen werde, trifft nicht zu. Konferenz der Außenminister wird sich nach unserer Auffassung in erster Linie mit belgisch/niederländischem Wunsch nach Beteiligung Großbritanniens an den Arbeiten der Studienkommission zu beschäftigen haben.⁷ Sollte es zu einer Diskussion französischen Vertragsentwurfs kommen, so dürfte dies in Form eines allgemeinen Meinungs- und Gedankenaustausches über den wesentlichen Inhalt des Entwurfs geschehen. Für eine Erörterung der Einzel-

¹ Der Drahterlaß wurde von Legationsrat Lang konzipiert.

² Karl Carstens.

³ Rolf Lahr.

⁴ Gesandter Knoke, Paris, bat „um Übermittlung einer deutschen Stellungnahme zu dem revidierten französischen Entwurf des Statuts einer europäischen politischen Union zwecks Weiterleitung“ an den Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium, Soutou. Außerdem wies er auf einen Artikel des Bonner Korrespondenten der amerikanischen Tageszeitung „New York Times“, Gruson, hin, in dem behauptet werde, die Bundesrepublik beabsichtige, bei der Konferenz der Außenminister der EWG-Mitgliedstaaten am 15. Dezember 1961 in Paris Änderungen des französischen Entwurfs zu erreichen mit dem „Ziel, dem geplanten Staatenbund eine straffere Organisation und größere Befugnisse, als von Frankreich vorgesehen, einzuräumen“. Vgl. B 130, Bd. 2220 (I A 1).

⁵ Für den Artikel von Sydney Gruson: „Bonn to Propose Closer Europe Tie“ vgl. THE NEW YORK TIMES vom 6. Dezember 1961, S. 32.

⁶ Zum französischen Vertragsentwurf vom 19. Oktober 1961 für eine europäische politische Union vgl. Dok. 454.

Zu ersten Änderungen und Ergänzungen vgl. Dok. 496, besonders Anm. 15.

⁷ Zum belgischen und niederländischen Wunsch nach Beteiligung Großbritanniens an den Arbeiten der Studienkommission vgl. Dok. 496.

heiten durch die Außenminister erscheint uns Angelegenheit noch nicht genügend vorbereitet. Wir halten es vielmehr für erforderlich, daß unverzüglich nach dem Treffen der sechs Außenminister⁸ die Studienkommission zusammentritt, um mit der Einzeldiskussion zu beginnen.

2) Unsere Auffassung zu französischem Vertragsentwurf wird von folgenden Überlegungen bestimmt:

Entwurf geht von richtiger Annahme aus, daß Fortsetzung der europäischen Einigungspolitik einen Zusammenschluß auch in anderen als den wirtschaftlichen Bereichen, vor allem auf dem Gebiet der Außenpolitik, unabweisbar fordert. Wir können daher der Zielsetzung des Entwurfs grundsätzlich zustimmen und sind bereit, an ihm mitzuarbeiten. In einigen Punkten erscheinen uns jedoch Ergänzungen und Abänderungen notwendig, insbesondere, um den Gemeinschaftscharakter dieses politischen Zusammenschlusses in dem Vertrag stärker hervorzuheben. Wir würden deshalb an eine Überarbeitung des Entwurfs in folgenden Punkten denken:

a) Klare Bekundung der Vertragspartner, daß die Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften und ihre Organe durch den politischen Zusammenschluß nicht berührt werden und daß die Entwicklung in den Gemeinschaften fortgeführt wird.

b) Beteiligung der Kommissionen und der Hohen Behörde an den Arbeiten im Rahmen des Bundes, soweit es sich um Fragen handelt, die eine Wirkung auf ihren Zuständigkeitsbereich ausüben.

c) Schaffung eines Organs, das das Gesamtinteresse des Bundes verkörpert und das nicht von Weisungen der Regierungen abhängig ist. Wir könnten uns denken, daß der in dem Entwurf vorgesehene Generalsekretär diese Funktion erfüllen könnte. Da der französische Entwurf keinerlei Bestimmungen über die Stellung und die Kompetenzen des Generalsekretärs enthält, wird hierüber noch im einzelnen in der Studienkommission zu beraten sein.

d) Verstärkung der Stellung des Europäischen Parlaments. Dies könnte nach unserer Auffassung wie folgt geschehen:

- durch Beteiligung des Parlaments an der Feststellung des Haushalts, etwa in der Weise, wie sie in dem damaligen Vorschlag von Ministerpräsident Debré in der Ad-hoc-Versammlung im Jahre 1953⁹ vorgesehen wurde,
- durch eine Zusammenarbeit zwischen Parlament und Außenministern in der Form eines Comité mixte und durch ein jährliches Colloquium,
- durch eine stärkere Ausgestaltung des Fragerechts des Parlaments an den Rat,
- durch ein verstärktes Anhörungsrecht des Parlaments.

e) Erörterung der Frage einer Einbeziehung des Europäischen Gerichtshofes in den Bund,

⁸ Zum Treffen der Außenminister der EWG-Mitgliedstaaten am 15. Dezember in Paris vgl. Dok. 552.

⁹ Für den „Entwurf eines Paktes für eine Union Europäischer Staaten“, den das französische Mitglied der mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfes für die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft eingesetzten Ad-hoc-Versammlung, Debré, am 9. Januar 1953 als Entschließungsvorschlag einbrachte, vgl. AD-HOC-VERSAMMLUNG, Sitzungsperiode Januar 1953, Bd. 2, Dok. 3.

f) Prüfung der Frage, Anfänge eines europäischen Staatsbürgerrechts zu schaffen, g) stärkere Hervorhebung der föderativen Zielsetzung in der Revisionsklausel des Entwurfs. Hier erscheint uns insbesondere eine deutlichere Festlegung der von uns gewünschten Fusion der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften¹⁰ erforderlich. Die in dem Entwurf vorgesehene stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments bei der Festlegung und Verwirklichung der gemeinsamen Politik sollte auch das Ziel unmittelbarer Wahlen einschließen. Ferner denken wir an die Einführung von Mehrheitsentscheidungen auf bestimmten, noch näher zu bezeichnenden Gebieten.

h) Übereinstimmung der Mitgliedschaft im Bund mit derjenigen in den Europäischen Gemeinschaften. Die Beschränkung auf die Staaten des Europarats sollte entfallen.

II. Wie bereits mit Drahterlaß Plurex Nr. 3898 vom 27. November 1961¹¹ mitgeteilt, ist es nach unserer Auffassung nicht möglich, die Erörterung über den französischen Entwurf, der in seinen Einzelheiten von den Sechs bisher noch nicht beraten worden ist, auf diplomatischem Wege zu führen. Wir halten möglichst baldige eingehende Prüfung in der Studienkommission für dringend erforderlich.

Sie werden gebeten, Soutou von Vorstehendem zu unterrichten.¹² Wie gestern und heute bereits fernmündlich mitgeteilt wurde, würde Unterzeichneter es begrüßen, wenn ihm im Anschluß an bevorstehenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Paris¹³ Gelegenheit zu einer vertraulichen bilateralen Vorbesprechung mit Soutou über französischen Entwurf und unsere Überlegungen gegeben werden könnte. Für ein solches Gespräch könnte Montag, der 11. Dezember vorgesehen werden.¹⁴

[gez.] Jansen

B 130, Bd. 2220 (I A 1)

¹⁰ Zu einer Fusion der Exekutiven der europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 506.

¹¹ Ministerialdirektor Jansen stimmte „der französischen Anregung zu, daß die Außenminister der Sechs sich am Sonntag, den 10. Dezember, nachmittags in Paris treffen, um die Frage der von belgischer und niederländischer Seite gewünschten Beteiligung Großbritanniens an den Arbeiten der Studienkommission zu erörtern.“ Eine Einzelberatung des Vertragsentwurfs für eine europäische politische Union solle in der Studienkommission unverzüglich nach diesem Außenministertreffen beginnen. Vgl. B 130, Bd. 2220 (I A 1).

¹² Gesandter Knoke, Paris, berichtete am 7. Dezember 1961 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Soutou. Aufgrund dieser Unterredung wolle Soutou den Vertragsentwurf für eine europäische politische Union überarbeiten und am 11. Dezember 1961 mit Ministerialdirektor Jansen erörtern: „Gewisse Zweifel hegte er vor allem hinsichtlich des Gedanken der Übereinstimmung der Mitgliedschaft im Bund mit derjenigen in den Europäischen Gemeinschaften. Dieser Gegensatz könne dazu führen, daß bei einer allzu weiten Ausdehnung der Gemeinschaften die politische Union sehr stark verwässert, umgekehrt aber auch ein wirtschaftlich erwünschter Beitritt zum gemeinsamen Markt aus Gründen der Sorge vor einer Verwässerung der politischen Union abgelehnt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364; B 130, Bd. 2220 (I A 1).

¹³ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542 und Dok. 543.

¹⁴ Ministerialdirektor Jansen und der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Soutou, erörterten am 11. Dezember 1961 in Paris den Vertragsentwurf für eine europäische politische Union und das weitere Vorgehen. Dazu hielt Jansen am selben Tag fest: „Die Franzosen sind fest entschlossen, das niederländische Verlangen nach Beteiligung Großbritanniens an den Arbeiten der Studienkommission in Übereinstimmung mit den Italienern, den Luxemburgern und uns abzulehnen. Sie sind ziemlich zuversichtlich, daß die Niederländer sich fügen werden.“ Vgl. B 130, Bd. 2220 (I A 1).

537

Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt**114-9731/61 VS-vertraulich**
Fernschreiben Nr. 3531**Aufgabe: 7. Dezember 1961, 21.00 Uhr**
Ankunft: 8. Dezember 1961, 05.30 Uhr

Betr.: Deutsches Vermögen in den Vereinigten Staaten

Wie im Schriftbericht RK 506-80.04-1878/61 vom 14. November 1961 ausgeführt, wird bald eine passende Gelegenheit ausgenützt werden müssen, um Gespräche mit der amerikanischen Regierung über die Vermögensfrage wieder aufzunehmen.¹ Als die Bundesregierung im März d.J. das Vermögensproblem zuletzt mit der amerikanischen Regierung erörterte, ließ sie keinen Zweifel darüber, daß nach ihrer Ansicht die Vermögensfrage in irgendeiner Form gelöst werden sollte.² Am 14. Juni 1961 hat die Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag erklärt, daß sie „die Verhandlungen so bald wie möglich aufzunehmen“ beabsichtige.³ Zuletzt hat der Bundesaußenminister anlässlich einer Pressekonferenz am 22. November hier auf eine Frage eines Journalisten erklärt, daß eine Lösung der Vermögensfrage noch offenstehe.⁴

Die Beratungen einiger Gesetzentwürfe über die Regelung amerikanischer Kriegsschadensansprüche im Kongreß im Laufe d.J.⁵, die aller Voraussicht nach

¹ Botschafter Grewe, Washington, riet davon ab, „im gegenwärtigen Zeitpunkt die Vermögensfrage mit der Frage der Befreiung amerikanischer Staatsangehöriger von der deutschen Vermögensabgabe zu verknüpfen“. Dabei könnte nämlich „kaum der Eindruck vermieden werden [...], daß die Bundesregierung nunmehr bereit ist, auf eine umfassende Regelung der Vermögensfrage zu verzichten“. Vgl. B 86 (Referat V 7), Bd. 636.

Mit Schreiben vom selben Tag an Ministerialdirektor von Haeften sprach sich Grewe aber dafür aus, „bei nächster sich bietender Gelegenheit [zu] versuchen, mit der amerikanischen Regierung wieder über diese Frage ins Gespräch zu kommen“. Denn die Position der Bundesregierung scheine „im Hinblick auf die Beratung einiger einschlägiger Gesetzesvorlagen im amerikanischen Kongreß im Laufe des vergangenen Sommers besser geworden zu sein“. Vgl. B 86 (Referat V 7), Bd. 636.

² Zu Gesprächen über eine Regelung des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens vgl. Dok. 80, besonders Anm. 9.

³ Für die Äußerungen des Staatssekretärs Carstens am 14. Juni 1961 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 49, S. 9342.

⁴ Zur Pressekonferenz des Bundesministers Schröder am 22. November 1961 in Washington vgl. den Artikel „Bonn Foreign Minister Proves Artful Dodger“, THE WASHINGTON POST vom 23. November 1961, S. A 15.

⁵ Botschafter Grewe, Washington, machte am 9. Juni 1961 darauf aufmerksam, daß die amerikanische Regierung einen Gesetzesentwurf eingebracht habe, „der Regelung amerikanischer Kriegsschadensansprüche gegen Deutschland und Japan auf Kosten deutscher Vermögenslöse vorsieht, ohne gleichzeitig Weg für Regelung Vermögensfrage offenzuhalten. Rückgabefreundlich eingestellte Gruppe im Senat beabsichtigt, nunmehr ihrerseits Gesetzentwurf einzubringen, der [...] ermöglicht, eine Befriedigung der Kriegsschadensansprüche von gleichzeitigen Fortschritten in der Regelung der Vermögensfrage abhängig zu machen“. Außerdem regte Grewe an, „so bald wie möglich, d.h. innerhalb der nächsten 14 Tage, Schritte zu unternehmen, die sowohl den Rückgabefreunden wie der amerikanischen Administration zeigen, daß die Bundesregierung ernstlich, und zwar aus politischen Gründen, eine baldige Regelung der Vermögensfrage anstrebt“. Grewe empfahl, „möglichst bald, d.h. für die Plenarsitzung am 14. oder 16. Juni, eine gemeinsame Entschließung des Bundestags anzuregen (Entwurf wird übermittelt) und hierauf Bezug nehmend dem amerikanischen Botschafter durch den Herrn Bundesaußenminister oder den Herrn Staatssekretär zu sagen, daß die Bundesregierung nunmehr hoffe, daß diese Frage, die einen dauernden Störfaktor in den deutsch-amerikanischen Beziehungen darstelle und ihr innerpolitische Schwierigkeiten bereite, endlich gelöst werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1314; B 130, Bd. 4985 A (414/415).

im Januar nächsten Jahres fortgesetzt werden, werden ebenso wie die Bestrebungen im Deutschen Bundestag, die deutschen Eigentümer zu entschädigen, die Aufnahme der Gespräche mit der amerikanischen Regierung erforderlich machen. Wenn die Bundesregierung nicht in naher Zukunft die Vermögensfrage wieder anspricht, könnte auf amerikanischer Seite daraus gefolgert werden, daß unser Interesse an der Lösung der Frage erloschen sei. Demgegenüber gibt es bisher keine Anzeichen, daß die jetzige amerikanische Regierung einer Lösung der Vermögensfrage genügend Wohlwollen entgegenbringt. Auf alle Fälle sollte auf unserer Seite damit gerechnet werden, daß die amerikanische Regierung die mit Drahtbericht Nr. 1208 vom 29.5.1961 geäußerten Bedenken gegen eine Lösung der Vermögensfrage wiederholt und daß sie sich auch von dem Ergebnis der Erörterungen mit der Eisenhower-Regierung distanziert⁶ und versucht, die Kontinuität der Gespräche in Frage zu stellen.

Im Hinblick auf das im Augenblick ohnehin durch wichtigere politische Probleme belastete Verhältnis ist es daher nicht leicht, den Gesprächsfaden wiederaufzunehmen. Am zweckmäßigsten erscheint es mir, wenn das Vermögensproblem im Zusammenhang mit deutsch-amerikanischen Verhandlungen über andere finanzielle Fragen angesprochen werden könnte. Ob sich die in der Diskussion befindliche Frage der vermehrten Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten⁷ hierfür eignet, erscheint mir allerdings zweifelhaft. Falls aber die amerikanische Regierung erneut wegen Zahlungsbilanzschwierigkeiten an die Bundesregierung herantritt, könnte das Vermögensproblem evtl. in das Verhandlungsprogramm aufgenommen werden.

Auch sollten m.E. alle anderen im Augenblick schwebenden oder in naher Zukunft bevorstehenden deutsch-amerikanischen Gespräche über finanzielle Fragen unter dem Gesichtspunkt geprüft werden, ob die Vermögensfrage im Zusammenhang mit diesen Problemen zur Diskussion gestellt werden kann. Ich darf daher um Mitteilung bitten, ob sich eine solche Möglichkeit nach dortiger Beurteilung abzeichnet.

Erscheint es nicht möglich oder zweckmäßig, die Vermögensfrage im Zusammenhang mit anderen finanziellen Problemen anzusprechen, so müßte aus den angegebenen Gründen eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden, ob das Vermögensproblem spätestens im Februar des kommenden Jahres isoliert zur Sprache gebracht werden soll.

Falls sich die Bundesregierung entschließt, die Vermögensfrage wieder zum Gegenstand von Gesprächen mit der amerikanischen Regierung zu machen, sollte ein erster Schritt in Bonn unternommen werden, um die politische Bedeutung

⁶ Zu den Vorschlägen für eine Lösung der Frage der in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögen vor dem Amtsantritt des Präsidenten Kennedy am 20. Januar 1961 vgl. Dok. 5, Anm. 7, und Dok. 17.

Zur Haltung der neuen amerikanischen Regierung vgl. Dok. 55, Anm. 13.

Botschafter Grewe, Washington, resümierte am 29. Mai 1961: „Da die Erfahrungen der Botschaft in den letzten Monaten gezeigt haben, daß die Kennedy-Regierung nicht bereit ist, die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen zu übernehmen, ist es nach meiner Auffassung erforderlich, mit der Behandlung der Vermögensfrage einen neuen Anfang zu machen. [...] Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Gespräche ist, daß die neue Administration von der politischen Notwendigkeit überzeugt wird. Der erste Schritt hierzu sollte m. E. von Bonn aus erfolgen und nicht von der Botschaft in Washington.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1208; B 86 (Referat V 7), Bd. 636.

⁷ Zu vermehrten Rüstungskäufen in den USA vgl. Dok. 415, Anm. 13.

der Angelegenheit zu unterstreichen⁸; ich darf auf die entsprechenden Vorschläge im Drahtbericht Nr. 1208 vom 29.5.1961 Bezug nehmen.

[gez.] Grewe

B 86 (Referat V 7), Bd. 636

538

Botschafter Grewe, Washington, an das Auswärtige Amt

114-9734/61 geheim

Fernschreiben Nr. 3542

Citissime

Aufgabe: 7. Dezember 1961, 22.30 Uhr¹

Ankunft: 8. Dezember 1961, 06.00 Uhr

Auch an Diplogerma Paris für StS Carstens² (Telko bitte von dort weiterleiten).

Offensichtlich auf die bevorstehende Begegnung Bundeskanzler–de Gaulle³ abzielend, hat hier eine vermutlich gesteuerte Kampagne zur Verbreitung gewisser Gedankengänge eingesetzt, für die folgende, in meinem Hause im Laufe einer Abendgesellschaft gemachten Äußerungen des neuen Undersecretary of State McGhee bezeichnend sind:

Man müsse jetzt zu Verhandlungen über Berlin kommen und eine Lösung finden; Berlin sei eine „offene Wunde“ für den Westen, insbesondere die USA, die den Sowjets immer wieder die Möglichkeit zu Erpressungen gebe. Jedes weitere Zögern könne die Lage nur verschlechtern und die Gefahr eines neuen „fait accompli“ sowie militärische Verwicklungen hervorrufen. Die Deutschen könnten nicht erwarten, daß die USA wegen der Wiedervereinigung oder wegen Beseitigung der Mauer einen Krieg riskierten – dies wolle ja wohl auch niemand in Deutschland. Ein militärischer Konflikt müsse „auf jeden Fall“ (auch mit konventionellen Waffen) vermieden werden. Er hoffe, daß man auch auf deutscher Seite einsehe, daß man die Sowjets nicht durch ständiges Mißtrauen und Ablehnung aller Vorschläge vor den Kopf stoßen könne, sondern ihnen zeigen müsse,

⁸ Staatssekretär Carstens teilte der Botschaft in Washington am 6. Januar 1962 mit, daß Bundesminister Schröder am Vortag den amerikanischen Botschafter Dowling „auf dringenden Wunsch der Bundesregierung, zu einer Bereinigung des Komplexes des beschlagnahmten Vermögens zu gelangen, angesprochen“ und dazu ein Aide-mémoire übergeben habe. Die Botschaft wurde angewiesen, dem amerikanischen Außenministerium den Wunsch nach einer baldigen Aufnahme von Gesprächen „auf mittlerer Regierungsebene“ zu übermitteln. Vgl. den Drahterlaß Nr. 55; B 86 (Referat 514), Bd. 1162. Zu den Gesprächen mit der amerikanischen Regierung vgl. AAPD 1962, I, Dok. 88.

¹ Hat Legationsrat I. Klasse Scheske am 18. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Sahn verfügte.

² Staatssekretär Carstens hielt sich vom 7. bis 14. Dezember 1961 zu den Beratungen der hohen Beamten der Drei Mächte und der Bundesrepublik, der Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder sowie der NATO-Ministerrats-tagung in Paris auf.

³ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542 und Dok. 543.

daß es dem Westen mit dem Streben nach Frieden ernst sei und er keine aggressiven Absichten habe. Er frage sich, ob man im Westen das Ausmaß des Entgegenkommens und der Änderungen, die in letzter Zeit in der Sowjetunion eingetreten seien, voll erkannt und gewürdigt habe. Auf jeden Fall müsse nun bald die Berlinfrage eine „vernünftige“ Regelung finden, damit die USA in die Lage versetzt würden, „andere, weit wichtigere“ Aufgaben in anderen Teilen der Welt (gemeint ist wohl Lateinamerika, Afrika und Asien) in Angriff zu nehmen. (Diese Rangordnung betonte auch Kennedy auf seiner letzten Pressekonferenz.⁴)

Sollte keine Einigung in Paris erzielt werden⁵, so müsse man sehen, wieweit sich mit den Engländern ein „praktisches Vorgehen“ abstimmen lasse, das zumindest die Wiederaufnahme der Gespräche mit den Sowjets, wenn schon keine Konferenz auf hoher Ebene, ermögliche; die auf den Westen zukommenden Gefahren seien andernfalls zu groß.

Auf den Einwand negativer Auswirkungen zu weitgehender westlicher Konzession auf die deutsche Öffentlichkeit wurde erwidert: Das deutsche Volk müsse doch einsehen, daß die USA unsere Rechte bis zum äußersten verteidigten und sich dafür einsetzten. Auch ohne die Wiedervereinigung in naher Zukunft stehe der Bundesrepublik eine glänzende Zukunft als tonangebende Macht in der europäischen Gemeinschaft bevor, die durch eine Abwendung vom Westen aufs Spiel gesetzt würde.

In den gleichen⁶ Zusammenhang gehört wohl eine Bemerkung des NATO-Referenten des State Department, Fessenden, daß Kohler äußerst skeptisch nach Paris gereist sei und man sich überlegen müsse, wie man im Falle einer Weigerung de Gaulles doch zu einer Wiederaufnahme des Gesprächs mit den Sowjets gelangen könne.

Auch vom Weißen Haus wird systematisch verbreitet, daß man allmählich die Geduld mit den Franzosen verloren habe und notfalls auch ohne sie handeln wolle.

Die Engländer verbreiten durch ihre hiesige Botschaft ganz offen die Ansicht, daß in einem solchen Falle die beiden angelsächsischen Mächte allein vorgehen müßten. Die von englischer Seite genährte Spekulation über eine mögliche Reise Macmillans nach Moskau wie das von amerikanischer Seite zumindest unterlassene Dementi einer ähnlichen Absicht Kennedys gehören wohl zu der gleichen Kampagne des konzentrierten Drucks auf die Franzosen.

Wieweit es sich bei alldem um bereits verfestigte ernsthafte Absichten oder um psychologische Beeinflussungsmanöver handelt, läßt sich noch nicht eindeutig beurteilen. Ein mit den deutschen und europäischen Verhältnissen besser ver-

⁴ Präsident Kennedy erklärte auf einer Pressekonferenz am 29. November 1961 in Washington: „One of the problems, of course, is that our attention is focused today on – particularly on Western Europe, Berlin, Germany, the Common Market, and the Soviet and bloc tensions with the NATO Alliance and the United States. We are, of course, also bearing heavy responsibilities and are extremely concerned with the course of events in South America, Africa, the Middle East and Asia.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 759.

⁵ Zur Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder am 11./12. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 553.

⁶ Korrigiert aus: „Im gleichen“.

trauter hoher Beamter des State Department sprach sich mir gegenüber gestern sehr nachdrücklich dahingehend aus, daß ihm Verhandlungen ohne deutsche und französische Zustimmung ganz unmöglich erschienen. Es ist jedoch gut möglich, daß es sich dabei um eine jener Stimmen handelt, die sich gegenwärtig nicht zu Gehör zu bringen vermögen.

Auf jeden Fall wird es sich empfehlen, den Franzosen die Gefahr zu verdeutlichen, daß sie sich bei völliger Ablehnung von Verhandlungen möglicherweise selbst ausschalten und jeden Einfluß auf den Fortgang der Ereignisse verlieren, was auch für uns sehr nachteilig wäre.

Auch unter diesem Gesichtspunkt scheint mir eine an gewisse Bedingungen geknüpfte französische Zustimmung zu Verhandlungen das wünschenswerte Ziel der Einwirkung des Herrn Bundeskanzlers auf de Gaulle zu sein.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 3477 (AB 7)

539

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem Vorsitzenden des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Monnet

115-130.A/61 VS-vertraulich

8. Dezember 1961¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 8. Dezember 1961 um 12 Uhr den ehemaligen Präsidenten der Montanunion, Herrn Jean Monnet, zu einer Unterredung, an der auch Herr VLR I Dr. Osterheld teilgenommen hat.

Nach der Begrüßung führte Herr *Monnet* im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Paris² aus, die derzeitige Haltung de Gaulles erkläre er sich dadurch, daß der General zwar eine – meist richtige – allgemeine historische Sicht der Dinge habe, jedoch falsche Schlüsse daraus ziehe. So sage er sich, die Russen wollten ganz allgemein den Westen schwächen und bedienten sich zu diesem Zweck aller Mittel einschließlich Berlins. Darin möge de Gaulle recht haben, jedoch nicht, wenn er sich weigere, über die offenen Fragen Punkt um Punkt zu verhandeln und auch über den Gesamtkomplex erst dann, wenn die Russen ihren Druck und ihre Drohungen aufgegeben hätten. Andererseits sei er – Monnet – überzeugt, daß de Gaulle von Anfang an, als noch nicht die Rede von Verhandlungen mit den Russen war, besorgt um ein gutes Einvernehmen mit der Bundesregierung gewesen sei; er werde den Herrn Bundeskanzler nicht alleinlassen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 22. Dezember 1961 gefertigt. Hat Bundeskanzler Adenauer vorgelegen.

² Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542 und Dok. 543.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, die Berlinfrage könne nicht „wie guter Wein in Flaschen abgefüllt werden“. Die Berliner seien schwer enttäuscht über die Haltung des Westens, insbesondere der USA, seit dem 13. August. Er habe am Vorabend mit dem Vertreter Berlins bei der Bundesregierung, Senator Klein, ein Gespräch geführt, in dem dieser betont habe, die Berlinfrage könne nicht sofort mit einer Reihe anderer Probleme zusammengemengt werden. Dadurch würden die Dinge auf die lange Bank geschoben, und es sei die Möglichkeit gegeben, daß Berlin aus Mangel an Vertrauen sterbe. Senator Klein, ein Sozialist, habe ihm auch über eine Veranstaltung im Verein Berliner Kaufleute berichtet, in deren Verlauf man ihm gesagt habe, Berlin brauche kein Geld, sondern Vertrauen, sonst sterbe es an Auszehrung.

Herr *Monnet* meinte, es werde für den Herrn Bundeskanzler sehr schwierig sein, de Gaulle von seiner Haltung abzubringen, die er jetzt auch in der Öffentlichkeit vertreten habe.³ Dabei gehe es ihm um zwei Punkte: Er sei nicht bereit, jetzt mit den Russen zu verhandeln, und nicht Punkt um Punkt, sondern nur über umfassendere Fragen. Seiner Auffassung nach seien die Berlin- und die Deutschlandfrage untrennbar miteinander verbunden.

Er – Monnet – glaube jedoch, daß de Gaulle für eine Sache bereit sei, viel zu tun: und zwar mit dem Herrn Bundeskanzler Einigkeit zu erzielen. Der Herr Bundeskanzler sollte in seinem Gespräch mit dem General nicht versuchen, sofort eine Einigkeit über alles anzustreben. Er müsse de Gaulle dazu bringen, vorerst einen Schritt zu tun, und zwar – was er bisher nicht getan habe – mit Deutschland und den USA zu diskutieren. Dies sei eine Verfahrensfrage, die er akzeptieren müsse. Der zweite Schritt würde dann darin bestehen, zusammen mit der Bundesrepublik und den USA in Verhandlungen mit den Russen einzutreten. Es könne aber nicht alles auf einmal erreicht werden bei de Gaulle, daher müsse etappenweise vorgegangen werden. Präsident de Gaulle habe zweifellos eines begriffen, wenn er es auch nicht laut zugebe: daß man heute die USA mehr beeinflussen müsse als die Russen. Wenn nämlich die USA fest blieben, so würde dies automatisch auch einen Einfluß auf die Russen ausüben. Daher die taktische Erwägung, daß der Herr Bundeskanzler zusammen mit General de Gaulle die USA beeinflussen müßte. De Gaulle sei sicher bereit, zu einem derartigen Vorgehen sein Einverständnis zu geben, um der Person des Herrn Bundeskanzlers willen. Das Gespräch in Paris sollte also auf das Persönliche abgestellt werden. Wenn ein gemeinsamer deutsch-französischer Standpunkt vorgebracht werde, würden die USA ihn berücksichtigen, was bei einem getrennten Vorgehen schwerlich der Fall sein werde. De Gaulle werde bereit sein, in Verhandlungen mit den Russen einzutreten, wenn zuvor Deutschland und Frankreich sich zusammen mit den USA über die Rußland gegenüber zu betreibende Politik geeinigt hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er habe die Absicht, den französischen Staatspräsidenten zum ersten Schritt zu bewegen, wenn möglich aber gleich zu beiden Schritten.

Er stellte dann die Frage, ob Herr Monnet glaube, daß es de Gaulle gelingen werde, die algerische Frage zu lösen.

³ Vgl. dazu die Ausführungen des Staatspräsidenten de Gaulle auf der Pressekonferenz vom 5. September 1961 in Paris; Dok. 327, Anm. 14.

Herr *Monnet* bejahte diese Frage und führte dazu aus, praktisch sei das Algerienproblem bereits gelöst: hinsichtlich der Unabhängigkeit, des Saharagebietes und der algerischen Regierung „sei alles geregelt“. Offen sei nur noch die Frage der aus Algerien nach Frankreich rückzuführenden Franzosen.⁴ Dies sei jedoch kein lebenswichtiges Problem. Im übrigen beweise eine kleine Meldung seine – Monnets – Auffassung: Ben Bella, einer der algerischen Leader, der bisher in einem französischen Gefängnis gesessen habe, habe die Bitte geäußert, entlassen zu werden, weil er an den Verhandlungen teilnehmen wolle. Dies sei ein deutliches Zeichen dafür, daß die Verhandlungen zu Ende gingen.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, wie die Stellung de Gaulles nach der Lösung der Algerienfrage sein werde, antwortete Herr *Monnet*, der Herr *Bundeskanzler* wisse sicher, daß man in der Politik nicht mit der Dankbarkeit der Völker rechnen könne, zumindest nicht sofort, vielleicht später einmal.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte Herrn *Monnet*, wen dieser sich als Nachfolger für de Gaulle vorstelle.

Herr *Monnet* wies darauf hin, daß de Gaulle sicher weiterhin im Amt bleiben werde, da sein Mandat noch vier Jahre dauere. Falls ihm etwas zustoßen sollte, gelte Pinay als sein mutmaßlicher Nachfolger. Herr *Monnet* fügte hinzu, dem Herrn *Bundeskanzler* sei ja bekannt, daß er nicht in allem mit de Gaulle übereinstimme, über einen Punkt bestehe jedoch kein Zweifel: Der General betrachte als „Nummer eins seiner Politik“ die deutsch-französische Verständigung.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Washingtoner Studiengruppe erwähnte der Herr *Bundeskanzler*, daß Botschafter Alphand an den Sitzungen teilnehme, jedoch nur als stiller Beobachter.⁵ Herr *Monnet* sah die Erklärung dafür in der Tatsache, daß er keine Weisungen aus Paris erhalte.

⁴ Nach der Vertagung der Verhandlungen zwischen der französischen Regierung und der provisorischen algerischen Regierung in Lugin am 28. Juli 1961 wurden am 28./29. Oktober und am 9. November 1961 erneut Gespräche geführt. Zum Stand der Verhandlungen vgl. DDF 1961, II, S. 607–621. Botschafter Blankenhorn, Paris, teilte am 13. November 1961 mit, daß Staatspräsident de Gaulle auf seiner „Reise durch die französische Provinz“ vom 7. bis 10. November 1961 „immer wieder auf einen Drei-Stufen-Plan zur endgültigen Befriedung Algeriens“ zurückgekommen sei: „zunächst eine Übereinkunft mit den Führern der Rebellion über die Beendigung der Feindseligkeiten, die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs in der Sahara sowie die Garantien für die Europäer in Algerien, daraufhin die Durchführung der sogenannten Autodetermination mittels Volksabstimmung in Algerien und schließlich ein Referendum im Mutterland über die Unabhängigkeit Algeriens“. De Gaulle habe zum Ausdruck gebracht, „daß der Verhandlungsbeginn unmittelbar bevorstehe. Die französische Regierung habe auf alle Vorbedingungen verzichtet: sie erwarte jetzt nur, daß auch die Leitung der Rebellion ihrerseits keine Vorbedingungen stelle.“ Vgl. den Schriftbericht; B 24 (Referat 204), Bd. 376.

⁵ Gesandter Krapf teilte der Botschaft Washington am 2. Dezember 1961 mit, daß *Bundeskanzler* Adenauer um Unterrichtung gebeten habe, „ob Botschafter Alphand seit Beginn der Botschafterlenkungsgruppe in Washington keine französischen Diskussionsbeiträge – außer den negativen – geleistet hat, oder ob Frankreich zu einigen Punkten auch positive Vorschläge gemacht hat“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1755; VS-Bd. 3477 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961. Botschafter Grewe, Washington, erwiderte am 3. Dezember 1961: „Keinesfalls kann man die Mitarbeit Alphands in der Botschaftergruppe als ‚negativ‘ bezeichnen. Sie zeichnet sich durch eine achtungsgebietende Grundsatztreue und Konsequenz und in diesem Rahmen durch ein erhebliches Maß an Flexibilität in fast allen konkreten Fragen aus. In der Regel hat die Darlegung der französischen Haltung in der Botschaftergruppe zur Unterstützung unserer Vorstellungen beigetragen. Diese Unterstützung war zeitweilig außerordentlich wertvoll und hat verhütet, daß wir in der Gruppe isoliert wurden.“ Alphand und seine Mitarbeiter hätten „durchweg auch dann positiv mitgearbeitet, wenn ihnen der auferlegte generelle Vorbehalt eine rein passive Rolle erlaubt hätte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3468; VS-Bd. 3477 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Auf die Beziehungen zwischen de Gaulle und Kennedy eingehend, betonte der Herr *Bundeskanzler*, bei seinem Besuch in Paris habe Kennedy sogar darauf verzichtet, über die Beziehungen zwischen Frankreich und der NATO zu sprechen, um den General nicht zu verletzen.⁶

Herr *Monnet* bestätigte, daß die Beziehungen zwischen de Gaulle und Kennedy bei dessen Besuch in Paris sehr gut gewesen seien. Auf die Bemerkung des Herrn *Bundeskanzlers*, daß diese Beziehungen jetzt nicht sehr gut seien, erwiderte *Monnet*, es liege jetzt an dem Herrn *Bundeskanzler*, auf eine Änderung zum Guten hin hinzuwirken, da er dies könne.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte dann, er habe Herrn *Monnet* gute Nachrichten über Brüssel und den Gemeinsamen Markt mitzuteilen, worauf Herr *Monnet* bemerkte, die europäische Sache habe sich enorm entwickelt und übersteige alles, was man je gedacht habe, auch England wolle ja jetzt schnell beitreten.⁷

Als der Herr *Bundeskanzler* Zweifel über die Haltung Macmillans äußerte, erwiderte Herr *Monnet*, er sei überzeugt davon, daß sich England jetzt aus zwei Gründen Europa anschließen wolle: Noch im Jahre 1950 habe ihm Sir Stafford Cripps und dessen Mitarbeiter, Lord Plowden, als er – *Monnet* – im Namen der französischen Regierung nach London entsandt worden sei⁸, um zu fragen, ob England der Montanunion beitreten wolle, mit einem klaren „Nein“ geantwortet. Inzwischen sei viel Weg zurückgelegt worden, zum großen Teil dank der Bemühungen des Herrn *Bundeskanzlers*, so daß der gleiche Lord Plowden ihm – *Monnet* – vor einem Jahr geschrieben habe, er habe sich getäuscht, die Zukunft Englands liege in Europa. Diese Bekehrung eines der größten englischen Gegner des Gemeinsamen Marktes und vieler anderer Persönlichkeiten sei darauf zurückzuführen, daß England eingesehen habe, daß seine 500 Jahre lang mit Erfolg betriebene Politik der Teilung Europas nunmehr überholt und wirkungslos sei. Europa könne nicht mehr rückgängig gemacht werden. Als zweiten Grund für die Hinwendung zu Europa nannte Herr *Monnet* die Tatsache, daß England eingesehen habe, daß es die Politik der USA nicht mehr beeinflussen könne. Nur Europa als Ganzes könne einen derartigen Einfluß noch ausüben. Praktisch stehe man vor „geschlagenen Leuten“.

Auf den Einwand des Herrn *Bundeskanzlers*, „die Engländer müßten dies aber selbst auch merken“, entgegnete Herr *Monnet*, die Engländer wüßten es. Die Einigung Deutschlands und Frankreichs sei natürlicher gewesen, da diese beiden Länder erfahren hätten, was eine Niederlage und Besatzung im eigenen Gebiet sei. England habe bis zur Suezkrise⁹ keine Niederlage erlitten.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, seiner Auffassung nach müsse man die Verhandlungen mit Großbritannien so ernst nehmen, als sei man 100%ig davon überzeugt, daß es beitreten wolle.

⁶ Präsident Kennedy und Staatspräsident de Gaulle trafen vom 31. Mai bis 2. Juni 1961 in Paris zusammen. Vgl. dazu Dok. 170.

⁷ Zu den Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt vgl. Dok. 501.

⁸ Zum Gespräch des französischen Beauftragten für den Wirtschaftsplan, *Monnet*, mit dem britischen Schatzkanzler Cripps am 15. Mai 1950 in London vgl. DBPO II/I, S. 58f. Vgl. außerdem *MONNET*, *Mémoires*, S. 362–364.

⁹ Zur Suez-Krise von 1956 vgl. Dok. 44, Anm. 21.

Herr *Monnet* betonte nochmals, die britische Regierung sei entschlossen, „in das europäische Geschäft einzutreten“; es wäre ein kapitaler Fehler, sie zurückzuweisen. Wenn die Engländer einmal zu Europa gehörten, würden sie auch gute Verbündete werden.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies dann auf die Schwierigkeiten, die England wegen seiner Dominions habe. Dies sei wohl der Grund der ursprünglichen Zurückhaltung gewesen.

Herr *Monnet* antwortete, es handele sich hierbei nur um technische Fragen, die durchaus zu lösen seien. Die eigentliche Schwierigkeit sei die Landwirtschaftspolitik. England müsse dem Gemeinsamen Markt unter den gleichen Voraussetzungen wie Frankreich und Deutschland beitreten, d.h. ohne besondere Vorrechte. Für die Dominions ergebe sich die Frage der Ausfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produktion nach Großbritannien.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, ob er glaube, daß de Gaulle den Eintritt Englands wünsche, sagte Herr *Monnet*, er glaube nicht, daß der General mit besonderem Enthusiasmus daran denke, aber als Politiker wisse er, daß man nicht gegen den Strom schwimmen könne, was er auch nicht wünsche.

Im Zusammenhang mit der Frage der gemeinsamen Agrarpolitik, die bis Ende dieses Jahres gelöst werden müsse¹⁰, überreichte Herr *Monnet* dem Herrn *Bundeskanzler* einen Vermerk und betonte die Dringlichkeit einer Lösung, da sonst alles zum Stillstand kommen würde.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/60

540

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stechow

406-51/61 streng geheim

8. Dezember 1961¹

Betr.: Vorlage des Bundesministeriums für Verteidigung an den Bundesverteidigungsrat betr. Schiffswerft Alexandria² etc.

Brigadegeneral Becker teilte mir heute mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung mit, daß das BMVtg beabsichtigt, seine Vorlage an den Bundesverteidigungsrat vom 31.10.61 betreffend Schiffswerft Alexandria und Überlassung eines Segelschulschiffes im Rahmen der Ausrüstungshilfe³ wegen der völlig veränderten politischen Lage in der VAR zurückzuziehen.

¹⁰ Zu den Bemühungen um eine gemeinsame Agrarpolitik der EWG vgl. Dok. 527.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sante am 8. Dezember 1961 vorgelegen.

² Zum Projekt einer Schiffswerft bei Alexandria vgl. Dok. 201.

³ Bundesminister Strauß teilte Staatssekretär Globke, Bundeskanzleramt, am 31. Oktober 1961 mit, es bestehe „nach wie vor ein echtes militärpolitisches Interesse größten Ausmaßes, daß die Werft

Hiermit über Herrn Dg40⁴ Herrn D4⁵ vorgelegt.

Stechow

B 130, Bd. 5095 A (Abteilung III)

541

**Staatssekretär Carstens, z.Z. Paris,
an Bundeskanzler Adenauer**

114-597/61 streng geheim
Fernschreiben Nr. 1382
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 8. Dezember 1961, 22.35 Uhr
Ankunft: 8. Dezember 1961, 23.50 Uhr

Für Bundeskanzler und Bundesaußenminister¹

Telko Bonn: Bitte noch heute nacht an VLR I Osterheld und Ministerialrat Simon zustellen

Betr.: Verhandlungen über das Deutschland- und Berlin-Problem

Aus den Beratungen der hohen Beamten der vier Mächte vom 7. und 8. Dezember 1961 schält sich folgendes Ergebnis heraus²:

Fortsetzung Fußnote von Seite 2138

Alexandria nicht von der UdSSR gebaut und mit Experten besetzt wird, da abgesehen von der politischen Einflußmöglichkeit dies eine starke russische Marinebasis im Mittelmeer darstellen würde. Im gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint es in der politischen Situation der VAR, die durch die Abspaltung Syriens gekennzeichnet ist, besonders günstig, vermehrten deutschen Einfluß zur Geltung zu bringen und der Regierung Nasser entgegenzukommen. [...] Um gleichzeitig wesentlich die Regierung der VAR zu beeindrucken, wird vorgeschlagen, im Wege der Ausrüstungshilfe ein in Deutschland zu bauendes Segelschulschiff im Werte von ca. 7 Mio. DM zu übereignen.“ Er werde daher im Bundesverteidigungsrat beantragen, „daß im Entwicklungshilfesausschuß ein zusätzlicher Entwicklungshilfekredit von 40 Mio. DM mit einer Verzinsung von etwa 3% (wie Infrastruktorkredit) mit der Zweckbegründung ‚Wertbau Alexandria‘ für die VAR ausgeworfen“ und das Bundesministerium für Verteidigung „ermächtigt werde, aus der Ausrüstungshilfe des Jahres 1962 ein Segelschulschiff für die VAR zu beschaffen“. Vgl. B 130, Bd. 5095 A (Abteilung III).

⁴ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keller am 11. Dezember 1961 vorgelegen.

⁵ Hat Ministerialdirektor Allardt am 12. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr verfügte und handschriftlich vermerkte: „Damit ist unsere Erwartung, den Ägyptern mit der Schiffswerft (40 Mio. DM) die kostenfreie Zustimmung zu den Euphrat-Damm-Verhandlungen mit Syrien abhandeln zu können, hinfällig! Herr Becker ist aber soeben mit der Überzeugung aus Cairo zurückgekehrt, das dortige Regime werde das Jahresende nicht mehr überleben.“

Hat Lahr am 13. Dezember 1961 vorgelegen, der für Allardt handschriftlich vermerkte: „Stellungnahme Botschafter Weber.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keller erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch 416 am 14.12. angefordert. W[ieder]v[orlage] bei D 4 am 18.12.“

Hat Ministerialdirigent Hess am 21. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Allardt „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Allardt am 31. Dezember 1961 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „416 zu dem Vorg[ang].“

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Simon am 18. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herr Minister hat Kenntnis genommen. 2) Herrn Bu[ndes]Ka[nzler] ist das Telegramm auf dem Flug nach Paris vorgelegt worden.“

² Vgl. dazu auch den am 10. Dezember 1961 vorgelegten „Report of the Four-Power Working Group on Germany and Berlin“ (BER-5); Handakten Grewe, Bd. 80.

1) Die Franzosen haben ihre generelle Einwendung gegen Verhandlungen mit den Sowjets noch nicht fallengelassen.

2) Bei der Abwägung der Vor- und Nachteile von Verhandlungen stimmen alle vier Delegationen in folgendem überein:

Das Hauptargument zugunsten von Verhandlungen ist, daß ohne ein Verhandlungsangebot die Gefahr einer Verschlechterung der Situation, eventuell einer Unterzeichnung des Separat-Friedensvertrages und anschließender einseitiger Maßnahmen der Sowjets besteht. Die Amerikaner fürchten, daß in einer solchen schweren Krisensituation die Mehrzahl der NATO-Partner unbedingt die Aufnahme von Verhandlungen fordern wird. Dann würde man von einer noch wesentlich schlechteren Ausgangsposition als der jetzigen Verhandlungen anbieten müssen.

Das Hauptargument gegen Verhandlungen ist, daß nach den bisherigen sowjetischen Äußerungen eine gemeinsame Basis für eine Übereinstimmung zu den sachlichen Fragen noch nicht sichtbar ist.

3) Alle vier Delegationen stimmen darin überein, daß die Chancen für einen positiven Ausgang der Verhandlungen gering sind und daß wir, wenn die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden müssen, erneut vor einer schweren Krise stehen.

4) Es besteht weiter Übereinstimmung, daß der Westen vorzugsweise über ein ganz enges Verhandlungsthema (gewisse Aspekte des Berlinproblems) oder über ein ganz weites Verhandlungsthema (Deutschland einschließlich Berlin, europäische Sicherheit, Genfer Friedensplan³) Verhandlungen anbieten sollte, daß dagegen in der von den Sowjets erstrebten Mischung von Verhandlungsgegenständen (Berlin, deutsche Grenzen, Anerkennung der SBZ, militärisch verdünnte Zonen in Zentral-Europa) besondere Gefahren liegen. Alles in allem wird eine Verhandlung über das ganz enge Thema noch am ehesten als aussichtsreich⁴ angesehen.

Auf mein Drängen haben sich die anderen bereit erklärt, in jedem Fall auch die Forderung nach Beseitigung der Mauer in Berlin zu erheben.

5) Allgemein anerkannt wird, daß der Westen der Sowjetunion keinesfalls dafür einen Preis zahlen darf, daß sie den Separat-Friedensvertrag mit der Ostzone schließt. Daher sollte man bestimmte Verhandlungsgegenstände (z. B. Gewaltverzicht der Bundesrepublik, Nichtangriffserklärungen der NATO) nur anbieten, wenn die Sowjets bereit sind, über einen Verzicht auf den Abschluß ihres Separat-Friedensvertrags zu verhandeln.

In jedem Fall ist man sich darüber im klaren, daß die Chancen derartiger Verhandlungen gering sind.

6) Als ein weiterer Gedanke schält sich aus den bisherigen Gesprächen der Grundsatz heraus, daß der Westen mit Verhandlungen über die Zugangsfrage beginnen soll. Wenn die Russen daraufhin ihrerseits andere Gegenstände in

³ Zum westlichen Friedensplan (Herter-Plan) vom 14. Mai 1959 vgl. Dok. 23, Anm. 4.

Für die von der Arbeitsgruppe hoher Beamter der Außenministerien der Drei Mächte und der Bundesrepublik vom 11. bis 13. September 1961 in Washington revidierte Fassung vgl. Annex 2 des Berichts der Arbeitsgruppe; Handakten Grewe, Bd. 79.

⁴ Korrigiert aus: „ehesten aussichtsreich“.

die Verhandlungen einführen, sollte der Westen seinerseits entsprechende Gegenvorschläge machen, z. B. wenn die Russen über den Status von Berlin sprechen wollen, sollte der Westen den Plan zur Wiederherstellung der Einheit von Großberlin zur Diskussion stellen. So hofft man, zu erreichen, daß die Verhandlungen schließlich wieder in einem ganz engen Rahmen enden.

[gez.] Carstens

B 130, Bd. 8416 A (Ministerbüro)

542

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

115-124.A/61 streng geheim

9. Dezember 1961¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 9. Dezember 1961 um 11 Uhr in Paris ein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle unter vier Augen.²

Einleitend machte der Herr *Bundeskanzler* einige Ausführungen über die innenpolitische Lage in der Bundesrepublik. Er betonte dabei besonders, daß die Außenpolitik die gleiche bleibe wie bisher. Er lege diesem Punkt entscheidenden Wert bei.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu sprechen. Im Sommer und Herbst habe die amerikanische Regierung der Bundesregierung große Sorgen bereitet. Zu viele Menschen redeten dort mit. Acheson und Norstad hätten ihm gesagt, es werde etwa ein Jahr dauern, bis die überflüssigen Leute ausgeschaltet seien. Hinzu komme, daß zu viele Senatoren zuviel redeten. Die Notwendigkeit für die amerikanische Regierung, sich erst einmal einzuarbeiten, zeige eine Rede Ruskis, die er vor zwei bis drei Monaten gehalten habe und in der er erklärt habe, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gebe es keine Gegensätze außer der deutschen Frage und der Formosa-Frage. Rusk habe also nicht verstanden, daß all der sowjetische Druck sich letzten Endes gegen die Vereinigten Staaten richte.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, seine Sorge werde noch dadurch gesteigert, daß in den äußerst brennenden Fragen Frankreich sich zurückhalte. Es sei zwar dabei, aber nicht aktiv.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf seinen kürzlichen Besuch bei Präsident Kennedy³ zu sprechen. Man habe ihn wissen lassen, daß Kennedy sich mit ihm

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 19. Dezember 1961 gefertigt. Hat Bundeskanzler Adenauer am 27. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Geheim! F[ür] StS Globke persönlich. Ich bitte, die Niederschrift durchzusehen, damit Sie sehen, wie unzureichend der Dolmetscher ist.“ Hat Globke am 1. Januar 1962 vorgelegen.

² Zu diesem Gespräch vgl. auch DDF 1961, II, S. 694–703. Vgl. dazu ferner ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, S. 119–125.

unterhalten wolle, weil er (Kennedy) sich unsicher fühle. Diese Reise habe aber erst stattfinden können, nachdem er durch seine Wiederwahl zum Bundeskanzler⁴ die notwendige Autorität besessen habe, um für das deutsche Volk sprechen zu können. Der Herr Bundeskanzler betonte dann, daß er keineswegs auf Wunsch Präsident Kennedys nach Paris gekommen sei, sondern daß es ihm selbst ein Bedürfnis gewesen sei. Bei einem Gespräch mit Präsident Kennedy habe dieser stets von Präsident de Gaulle und Frankreich nur mit größter Hochachtung gesprochen. Ein besonders vertraulicher Gesprächspunkt sei die militärische Stärke der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gewesen.⁵ Dabei seien jedoch zwischen der deutschen und der amerikanischen Delegation gewisse Bewertungsunterschiede aufgetaucht. Seiner Meinung nach überschätzten die Vereinigten Staaten die Stärke des Westens und ihre eigene Stärke. Dies sei natürlich seine subjektive Auffassung. Es gelte aber sowohl für die nuklearen als für die konventionellen Waffen. Die Amerikaner hätten bei ihren Plänen, eventuell nach Berlin mit Gewalt durchzubrechen, nicht damit gerechnet⁶, daß die Russen in der Zwischenzeit in der SBZ, der Tschechoslowakei, Polen und den angrenzenden Teilen der Sowjetunion rund 80 bis 100 russische Divisionen stationiert hätten. Diese Divisionen könnten nach Meinung der deutschen Sachverständigen innerhalb kurzer Zeit an den Eisernen Vorhang herangebracht werden. Die Amerikaner hätten ihm gesagt, die Vereinigten Staaten seien auf dem nuklearen Gebiet stärker als die Sowjetunion, und zwar bis zum Jahre 1963. Man wisse nicht, wie die Lage dann aussehen werde. Die Amerikaner seien sogar der Meinung gewesen, daß dann die Russen stärker sein könnten.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Berlinfrage zu sprechen. Er erwähnte zunächst die Tatsache, daß die Note Chruschtschows nun drei Jahre alt sei.⁷ Im November 1958 sei seines Erachtens die militärische Stärke der Sowjetunion beträchtlich niedriger gewesen als die Stärke aller NATO-Mitglieder. In diesen drei Jahren hätten die Russen jedoch auf dem nuklearen Gebiet große Fortschritte erzielt und ihre Ausrüstung auf dem konventionellen Gebiet wesentlich modernisiert. Sie besäßen nach der Meinung der deutschen Sachverständigen die besten Maschinenpistolen, Maschinengewehre und Panzer. Vor allem verfügten sie über sehr bewegliche Panzer und über Amphibien-Panzer. In der SBZ stünden russische Panzerformationen, die die Elbe ohne Schwierigkeiten durchqueren könnten. Jedenfalls stünde die Sowjetunion jetzt stärker da als vor drei Jahren. Eine eventuelle amerikanische Überlegenheit auf dem nuklearen Gebiet sei auch deswegen etwas fragwürdig, weil ein wesentlicher Teil der Träger Flugzeuge seien und man nicht wissen könne, welche besonderen Vorkehrungen die

Fortsetzung Fußnote von Seite 2141

³ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 19. bis 22. November 1961 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Kennedy in Washington vgl. Dok. 508, Dok. 512 und Dok. 514.

⁴ Konrad Adenauer wurde am 7. November 1961 zum Bundeskanzler gewählt.

⁵ Zur Unterrichtung des Bundeskanzlers Adenauer am 21. November 1961 in Washington über die militärische Stärke der UdSSR und der NATO vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 219, S. 618, Anm. 3. Für das sich daran anschließende deutsch-amerikanische Regierungsgespräch zur Einsatzbereitschaft der NATO-Mitgliedstaaten und zum „military build-up“ vgl. FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 247.

⁶ Der Passus „Die Amerikaner ... damit gerechnet“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „Insbesondere hätten die Amerikaner nicht mitgerechnet“.

⁷ Zur sowjetischen Note vom 27. November 1958 an die Drei Mächte, dem sog. Berlin-Ultimatum, vgl. Dok. 2, Anm. 11.

Russen zu deren Abschluß konstruiert hätten.⁸ Aller Wahrscheinlichkeit nach seien⁹ die interkontinentalen Raketen von entscheidender Bedeutung.¹⁰ Bei seinen bisherigen Ausführungen habe er nur von den sowjetischen Divisionen gesprochen. Zu berücksichtigen sei aber auch, daß die ostzonalen, polnischen und tschechoslowakischen Divisionen nominell ziemlich stark seien. Jedenfalls besitze die Sowjetunion eine starke Überlegenheit gegenüber der NATO auf konventionellem Gebiet.

Der Herr Bundeskanzler kam dann nochmals¹¹ auf eine mögliche Störung des Zugangs nach Berlin zu sprechen und bemerkte, er habe für diesen Fall vorgeschlagen, man solle zunächst mit einer Blockade beginnen, ehe man einen Versuch zum Durchbruch unternehme. Die Gründe dafür seien selbstverständlich, weil man sich dadurch noch nicht in einem totalen Krieg befinde, der nicht gebremst werden könne, daß man aber die Blockade auflockern könne, wenn es zu Verhandlungen käme.¹² Im übrigen sei bekannt, daß der Ostblock¹³ für eine Seeblockade verwundbar sei. Er habe eine Seeblockade des Ostblocks¹⁴ Rusk im Juni in Cadenabbia vorgeschlagen, der sich damit einverstanden erklärt habe.¹⁵ In der Botschafter-Lenkungsgruppe sei dann darüber gesprochen worden, und dort habe sich England¹⁶ quergelegt. Der Grund sei im wesentlichen darin zu suchen, daß sich dann britische Schiffe in der Gefahrenzone befinden würden. Deutschland stehe zwar¹⁷ in seinem Handel mit der SBZ an erster Stelle. Ihm folge jedoch England, und das spiele für die Briten ebenfalls eine gewisse Rolle. Der Herr Bundeskanzler bat Präsident de Gaulle, Herrn Couve de Murville anzuweisen, auch seinerseits zu versuchen, die Engländer zur Zustimmung zur Vorbereitung einer Seeblockade¹⁸ zu bewegen. Damit wäre ein großer Fortschritt erzielt.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Frage zu sprechen, ob man im gegenwärtigen Augenblick bzgl. Berlin in Moskau¹⁹ etwas tun solle oder nicht. Er

⁸ Der Passus „deswegen etwas ... konstruiert hätten“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „deswegen ziemlich fragwürdig, weil ein wesentlicher Teil durch die Träger dargestellt werde.“

⁹ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „ja“.

¹⁰ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „Die amerikanischen Träger bestünden jedoch zum größten Teil aus Flugzeugen, und man wisse nicht, ob die Russen nicht schon eine Möglichkeit entwickelt hätten, diese Bomber auszuschalten.“

¹¹ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

¹² Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „Die Gründe dafür seien ganz verständlich, weil man sich dann noch nicht in einem totalen Krieg befinde und die Blockade auflockern könne, wenn es zu Verhandlungen käme.“

¹³ Die Wörter „der Ostblock“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die Ostberliner Behörden“.

¹⁴ Die Wörter „Seeblockade des Ostblocks“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „dies“.

¹⁵ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 10. August 1961 in Cadenabbia vgl. Dok. 261.

¹⁶ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „dann“.

¹⁷ Die Wörter „Deutschland stehe zwar“ gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lauteten sie: „Außerdem stehe zwar Deutschland“.

¹⁸ Die Wörter „zur Vorbereitung einer Seeblockade“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

¹⁹ Der Passus „im gegenwärtigen ... in Moskau“ wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „in der augenblicklichen Berliner Lage“.

schickte die Bemerkung voraus, in all den Diskussionen in den verschiedenen Gruppen in Washington sei bisher nicht viel Korn gedroschen worden. Auch sähen seine Herren es als ungünstig an, wenn Herr Thompson mit Gesprächen mit den Russen beauftragt würde; sie seien der Ansicht, Herr Thompson sei wenig dafür geeignet, er sei nicht hart genug.²⁰ Bei der Beurteilung der Berlinfrage²¹ spiele²² die psychologische Frage eine entscheidende Rolle. Der Ausziehungsprozeß habe dort²³ bereits eingesetzt. Er sei nur aufzuhalten, wenn man das Vertrauen der Berliner stärke. Auch der Regierende Bürgermeister von Berlin sei dieser Ansicht.²⁴ Bei allem, was man unternehme, müsse man sich fragen, welche Wirkung dieser oder jener Schritt auf das Vertrauen der Berliner habe. Andernfalls könnte es zu einer sehr schnellen und schlechten Entwicklung in Berlin kommen. Der bekannte Meinungsunterschied zwischen Frankreich einerseits²⁵ und den angelsächsischen Mächten andererseits schwäche natürlich das Vertrauen der Berliner und vielleicht sogar der Deutschen.

Gleichzeitig werde die Zuversicht Chruschtschows gestärkt, daß der Westen eines Tages auseinanderfallen werde. Die Einigkeit des Westens sei doch²⁶ also von ausschlaggebender Bedeutung. Er verstehe General de Gaulle sehr gut, wenn er sich an den jetzigen außenpolitischen Schritten²⁷ nicht beteiligen wolle. Er glaube aber, daß die Amerikaner jetzt begriffen hätten, daß die Zeit des außenpolitischen Suchens²⁸ vorbei sei. Es sei nötig²⁹, den Einfluß des kontinentalen³⁰ Europas unter den vier Mächten zu stärken. Im Augenblick sehe sich die Bundesrepublik allein den angelsächsischen Mächten gegenüber, und kein Mensch wisse so recht, was die Engländer wollten. Er³¹ würde es für gut halten, wenn ein beständiger kontinentaleuropäischer³² Einfluß sich stärker offenbare als in den vergangenen Monaten. Man dürfe nicht vergessen, daß die Sowjets immer die Möglichkeit hätten, Zwischenfälle zu provozieren. Einstweilen hätten die Sowjets

20 Der Passus „Er schickte die Bemerkung ... nicht hart genug“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „Er schickte die Bemerkung voraus, all die Diskussionen in den verschiedenen Gruppen in Washington hätten bislang nicht viel Korn gedroschen. Auch würde er es als sehr ungünstig ansehen, wenn Herr Thompson mit Gesprächen mit den Russen beauftragt würde. Nach allem, was er höre, sei Herr Thompson dafür nicht geeignet, denn er sei nicht hart genug.“

21 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Berlinlage“.

22 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „jedoch“.

23 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

24 Bundeskanzler Adenauer traf am 5. Dezember 1961 mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt, zusammen. Vgl. dazu BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 3, S. 355 f.

25 Zur französischen Haltung zu Verhandlungen mit der UdSSR über Berlin vgl. zuletzt Dok. 503.

26 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

27 Die Wörter „den jetzigen außenpolitischen Schritten“ gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lauteten sie: „der außenpolitischen Murkserei“.

28 Die Wörter „des außenpolitischen Suchens“ gingen auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lauteten sie: „der außenpolitischen Stümperei“.

29 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „daher möglich“.

30 Die Wörter „des kontinentalen“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

31 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „halte Macmillan für einen Mann, dem es schwerfalle, eine klare Meinung zu haben und dabei zu bleiben. Jedoch habe die amerikanische Regierung gelernt, und er“.

32 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „europäischer“.

die Unterzeichnung des Separatvertrages zurückgestellt. Es werde aber der Zeitpunkt kommen, wo die Sowjets der SBZ die sogenannte Souveränität geben³³ und sich dann auf den Standpunkt stellen werden, wenn die Westmächte einen Zugang nach Berlin wollten³⁴, müßten sie das³⁵ mit der SBZ ausmachen. Solange ein Separatvertrag nicht existiere, könne eine mögliche Einigung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion einem Friedensvertrag der SU³⁶ mit der SBZ als Anhang beigegeben werden. Die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion zwingt Chruschtschow dazu, stärkere Investitionen auf dem Landwirtschaftssektor und in der Konsumgüterindustrie vorzunehmen. Damit werde die Investitionsmöglichkeit für die Schwerindustrie und die chemische Industrie eingeschränkt. Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion lasse³⁷ Chruschtschow einen Krieg unerwünscht erscheinen. Hinzu komme das Verhältnis der Sowjetunion zu Rotchina. Aus einer Artikelreihe des „Figaro“ im September 1961³⁸ habe er entnommen, daß die Sowjetunion dabei sei, Ostsibirien zu entwickeln, um einer rotchinesischen Infiltration vorzubeugen. Er glaube sogar, daß der Tag kommen werde, an dem die Sowjetunion, wenn auch unfreiwillig, der Schutzwall der weißen Welt gegen China sein werde. Die Sowjetunion werde auf die Dauer durch die Entwicklung Rotchinas bedroht; sie werde eines Tages – wann wisse man nicht – froh sein, ihre ganze Kraft im Osten gegen Rotchina einsetzen zu können. Bezeichnend hierfür, aber auch für die ganze Taktik der Russen sei³⁹, daß zwei Tage nach der Errichtung der Mauer in Berlin der russische Botschafter Smirnow auf ausdrücklichen Wunsch Chruschtschows bei ihm gewesen sei, um mit ihm die Frage zu erörtern, wie es möglich wäre, die westlichen Probleme aus der Welt zu schaffen.⁴⁰ Er habe Herrn Smirnow geantwortet, er werde sich das gerne überlegen, sobald die Wahlen und die Regierungsbildung vorüber seien. Er habe dann Herrn Smirnow gegenüber äußerst energische Vorhaltungen wegen der Entwicklung in Berlin gemacht. Vor einigen Tagen sei⁴¹ Herr Smirnow wieder bei ihm gewesen.⁴² Der Herr Bundeskanzler übergab an dieser Stelle einen Auszug einer Aufzeichnung über dieses Gespräch an General de Gaulle. Der Inhalt des Gesprächs, fuhr Herr Bundeskanzler fort, sei gewesen, daß Rußland keinen Krieg wolle, daß die Gegensätze durch Verhandlungen aus der Welt geschafft werden könnten und daß ein großer Krieg für die ganze Welt ein Unglück darstelle, das man vermeiden müsse. Smirnow sei offen wie nie zuvor gewesen. Er

³³ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „werden“.

³⁴ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hätten“.

³⁵ Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diesen“.

³⁶ Die Wörter „der SU“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

³⁷ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „aber auch“.

³⁸ Zur Artikelserie des französischen Journalisten Jacquet-Francillon über Sibirien vgl. Dok. 499, Anm. 25.

³⁹ Der Passus „die Sowjetunion, wenn auch unfreiwillig ... Russen sei“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „die Sowjetunion der Schutzwall der weißen Welt gegen China sein werde, wobei die Sowjetunion sich durch eine Abmachung mit dem Westen den Rücken frei halten würde. Bezeichnend sei in diesem Zusammenhang“.

⁴⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 16. August 1961 vgl. Dok. 274.

⁴¹ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „dann“.

⁴² Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 5. Dezember 1961 vgl. Dok. 531.

(der Herr Bundeskanzler) habe Herrn Smirnow erwidert, die Sowjetunion habe den Bau der Mauer in Berlin zugelassen und damit das westliche Mißtrauen gegen Rußlands Friedensbereitschaft nur noch gestärkt. Seiner Ansicht nach müsse Berlin als Testfall gelten. Man sollte daher in Verhandlungen feststellen, ob eine vernünftige Abmachung möglich sei. Gelingende dies, finde sich das gegenseitige Vertrauen etwas gestärkt, und man könne dann an die großen Probleme (kontrollierte Abrüstung, Deutschlandfrage) herangehen. Herr Smirnow habe ihn dann gefragt, ob er dies als Anregung Herrn Chruschtschow weitergeben dürfe. Er (der Herr Bundeskanzler) habe dies nicht verneint. Smirnow habe ihn dann gefragt, ob er auch mit General de Gaulle so sprechen werde. Auch dies habe er nicht verneint. Nun muß man Chruschtschows Reaktion abwarten.⁴³

Der Herr Bundeskanzler beschwor an dieser Stelle General de Gaulle erneut, nicht sich nur beobachtend gegenüber den schwebenden Fragen, insbesondere der Berlinfrage, zu verhalten.⁴⁴ Er fürchte, daß bei Ausbleiben von Verhandlungen die Lage im nächsten Jahr nur noch schlimmer sein werde. Die Russen seien militärisch und taktisch im Vorteil, und Kennedy habe⁴⁵ gesagt, daß das amerikanische Volk sich erst an den Gedanken eines möglichen großen Krieges gewöhnen müsse.

General *de Gaulle* erwiderte, er wolle dem Herrn Bundeskanzler ebenso offen antworten. Er verstehe die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers vollkommen. Zunächst sei zu bemerken, daß dieselbe Frage bereits im vergangenen Jahr schon einmal zur Debatte gestanden habe und daß es damals die Russen gewesen seien, die eine Verhandlung unmöglich gemacht hätten.⁴⁶ Frankreich sei mit Deutschland in dieser Frage absolut solidarisch. Er lasse sich von dem Gedanken leiten, wenn der Westen der Sowjetunion gegenüber Schwäche zeige, werde die Sowjetunion nicht haltmachen wollen noch können. Es gebe eine bestimmte Rechtslage, die in Abkommen definiert sei.⁴⁷ Diese Rechtslage rolle die Sowjetunion jetzt auf und wolle sie durch eine neue ersetzen. Dabei gehe sie davon aus, daß der Westen nichts anderes zu tun habe, als die russische Lösung anzunehmen. Wie diese Lösung genau aussehe, wisse er nicht, aber er sei nicht sicher, daß man damit die echte⁴⁸ Stellung in Berlin halten könne. Dann aber habe man schon verhandelt, habe schon nachgegeben, nur weil die Sowjetunion es gefordert habe. Er sehe keinerlei Grund, warum Rußland dann haltmachen sollte. Es bestünde dann eine neue Lage, und die Sowjetunion würde wieder etwas anderes fordern, diesmal in bezug auf Deutschland. Das könnte aber sehr wohl die Forderung auf Neutralisierung Deutschlands darstellen. Sei Deutschland aber einmal *de jure* oder *de facto* als Ergebnis langer oder immer wieder erneuter Verhandlungen mit der Sowjetunion neutralisiert, dann glaube er, daß Frankreich auch seinerseits keine andere Wahl mehr hätte, als sich neutralisieren zu lassen. Dann aber wäre das Spiel für den Westen verloren. Vielleicht sei es dann noch

⁴³ Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „Nun warte er auf Chruschtschows Reaktion.“

⁴⁴ Der Passus „nicht sich ... zu verhalten“ wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „seinen Einfluß geltend zu machen“.

⁴⁵ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „ihm“.

⁴⁶ Zur gescheiterten Eröffnung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Paris am 16. Mai 1960 vgl. Dok. 61, Anm. 29.

⁴⁷ Zu den Vereinbarungen der Vier Mächte über Berlin vgl. Dok. 23, Anm. 28.

⁴⁸ So in der Vorlage.

möglich für den einzelnen, in einer solchen Situation weiterzuleben. Nicht aber weiterleben könne man dann als Staat, als freies Volk. Dann wäre Europa erledigt und damit der ganze Westen. Die Frage sei also, ob man annehme, was Rußland fordere, das heißt, eine neue Lage in Berlin zu verhandeln, nur weil Rußland es fordere. So sehe er das Problem. Die Frage sei für die Engländer bereits entschieden. Der Herr Bundeskanzler wisse genau, daß England ein neues Arrangement wolle, dessen Inhalt ihm gleichgültig sei, denn es wolle wegen Berlin einfach keinen Ärger mehr haben. Er habe das bei seinem letzten Besuch bei Macmillan⁴⁹ wieder erkennen müssen. Das laufe aber darauf hinaus, daß England das zu akzeptieren wünsche, was Rußland fordere. Die Vereinigten Staaten seien in jeder Beziehung weniger klar⁵⁰, sie seien aber nicht weitblickend, und die politische Lage sei ja äußerst kompliziert. Wenn man verhandele, dann um zu einem Abschluß zu kommen. Niemand wisse, wie dieser Abschluß aussehen solle. Unvermeidlich würde er darin bestehen, daß man das akzeptiere, was die Sowjetunion verlange. Dies bilde für die Sowjetunion aber keinerlei Grund, haltzumachen. Sie werde weiter fordern, bis sie das Ergebnis erzielt habe, das sie letzten Endes wolle, die Neutralisierung Deutschlands, damit Europas, und damit das Ende des Westens. Für ihn sei es wesentlich, ob Frankreich sich zu diesen Verhandlungen unter diesen Umständen bereitfinden solle. Er wisse sehr wohl, daß Amerika und England alleine verhandeln könnten.⁵¹ Der Herr Bundeskanzler sage ihm, daß dies Nachteile mit sich bringe. Wenn aber England und Amerika entschlossen seien, Schluß zu machen, so würden sie es tun, ob Frankreich dann dabei sei oder nicht. Die einzige Art und Weise, dies vielleicht zu verhindern, bestehe darin, daß Frankreich sage, es wolle nicht mitmachen, denn dies sei ihnen lästig. Wenn Frankreich dabei sei, dann störe es England oder Amerika nicht, trotzdem zu einem Abschluß zu kommen. Aufhalten könne man sie höchstens dadurch, daß man sage, man mache nicht mit. Der Beweis liege auf der Hand, denn die Angelsachsen warteten immer noch. Im übrigen warte auch Chruschtschow noch. Er glaube nicht, daß jetzt die Zeit für Verhandlungen mit Rußland gekommen sei. Rußland habe die Mauer in Berlin gebaut, seine Multimegatonnen-Bomben explodieren lassen⁵² und auch den armen Kerkonen schon ein bißchen gefoltert⁵³, und was der Dinge mehr sei. In dieser Atmo-

⁴⁹ Staatspräsident de Gaulle traf am 24./25. November 1961 mit Premierminister Macmillan auf dessen Landsitz Birch Grove in Horsted Keynes zusammen. Ministerialdirektor Jansen vermerkte am 8. Dezember 1961 für Bundeskanzler Adenauer, Informationen des britischen Gesandten Rose zufolge habe Macmillan de Gaulle entgegengehalten, daß für Verhandlungen mit der UdSSR über Berlin „einmal der Druck der öffentlichen Meinung [...] spräche. Ferner könnte sich die Sowjetregierung bei Ablehnung von Verhandlungen über Berlin seitens der Westmächte veranlaßt sehen, den Separatfriedensvertrag mit der Regierung der sowjetischen Besatzungszone abzuschließen. Die Lage würde dadurch in zweierlei Hinsicht verschlechtert: Die Bedrohung der Freiheit Westberlins würde noch größer werden. Die Westmächte würden dann zu Vereinbarungen mit dem Ulbrichtregime gezwungen sein. Außerdem bestände dann die Gefahr der Einmischung der Vereinten Nationen.“ Vgl. VS-Bd. 2214 (D I/Dg I A); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den Gesprächen vgl. auch DDF 1961, II, S. 639–656 und S. 669–671.

⁵⁰ Die Wörter „in jeder Beziehung weniger klar“ wurden von Bundeskanzler Adenauer unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

⁵¹ Zu Überlegungen hinsichtlich amerikanisch-britischer Verhandlungen mit der UdSSR über Berlin vgl. Dok. 538.

⁵² Die UdSSR zündete am 30. Oktober 1961 eine Wasserstoffbombe mit einer Sprengkraft von 50 Megatonnen TNT. Vgl. dazu Dok. 446.

⁵³ Zur sowjetischen Note vom 30. Oktober 1961 an Finnland und zur finnischen Reaktion vgl. Dok. 480, Anm. 3, Dok. 510 und Dok. 520.

sphäre solle der Westen nun über Berlin verhandeln! Der sichere Ausgang solcher Verhandlungen wäre die Annahme der russischen Lösung. Frankreich habe sich immer auf den Standpunkt gestellt und dies auch den Amerikanern und Briten gesagt, daß sie gerne für sich feststellen könnten, was Chruschtschow eigentlich wolle. Herr Gromyko sei nach Washington gekommen, habe mit Kennedy, Rusk, sogar Macmillan gesprochen⁵⁴, Botschafter Thompson sei zu Chruschtschow gegangen⁵⁵, und Frankreich habe sich niemals gegen diese Kontakte ausgesprochen. Das Ergebnis dieser Kontakte sehe aber doch so aus: Die Sowjetunion wolle die alliierte Besetzung in Westberlin beenden, die politischen Bindungen an die Bundesrepublik abschneiden, und die Verbindungen zwischen der Bundesrepublik und Berlin unmittelbar oder mittelbar über Pankow ihrem eigenen Ermessen unterwerfen. Kein Mensch könne Verhandlungen fordern, die in der Tat einer glatten Annahme dieser Forderungen entsprechen würden.

General de Gaulle fuhr fort, er wisse natürlich, daß die Russen in Berlin im Vorteil seien, denn es liege inmitten der SBZ. Zweifellos könnten sie viele irritierende Schritte unternehmen. Er glaube aber, daß auch der Westen irritierend wirken könne, wenn nicht in Berlin, so an anderen Stellen. Man könne sie daran hindern, mit ihren Schiffen überall hinzufahren, mit ihren Düsenmaschinen überall hinaufzufliegen, man könne sehr wohl die schlechte Behandlung in Berlin mit schlechter Behandlung an anderen Stellen erwidern. Desungeachtet erkenne er an, daß in Berlin selbst die Sowjetunion in einer günstigeren Position stehe. Das habe ja auch zu einer Beunruhigung der Berliner geführt, die zum Teil Berlin schon verließen. Wäre es aber nicht besser, diese ärgerlichen Dinge auf sich zu nehmen, jene, die ohnehin gehen wollten, gehen zu lassen, ohne daß der Westen kapituliert habe?

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er habe Herrn Smirnow natürlich kein Wort über den möglichen Inhalt einer Berlinabmachung gesagt.

General de Gaulle sage, eine Einigung mit den Russen bringe Nachteile. Die Russen seien aber glücklich über die Abwesenheit Frankreichs. Botschafter Alphand habe in einigen Sitzungen kein einziges Wort gesagt.⁵⁶ Man fühle geradezu die Abkühlung zwischen Frankreich einerseits und den angelsächsischen Mächten andererseits. Dies aber sei ein Gewinn für Chruschtschow. Teilweise sei unter der Überschrift „Europäische Sicherheit“ auch in Washington schon über die Neutralisierung Deutschlands gesprochen worden. Darüber mache er sich Sorgen. General de Gaulle erkenne vielleicht nicht die Bedeutung, die ihm persönlich und Frankreich überhaupt zukomme. Man könne gerne anderer Ansicht sein und versuchen, andere zu überzeugen. Dazu müsse man aber mit-

⁵⁴ Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Rusk mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko am 21., 27. und 30. September 1961 in New York vgl. Dok. 362, Dok. 387, Anm. 6, Dok. 392, Dok. 393, Anm. 5, sowie Dok. 398.

Zur Unterredung des Präsidenten Kennedy mit Gromyko am 6. Oktober 1961 in Washington vgl. Dok. 416.

Zum Gespräch des Premierministers Macmillan mit Gromyko am 11. Oktober 1961 in London vgl. Dok. 437, Anm. 2.

⁵⁵ Zu den geplanten Gesprächen des amerikanischen Botschafters in Moskau, Thompson, mit der sowjetischen Regierung und den Unterredungen mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau vgl. Dok. 490, Anm. 16 und 17.

⁵⁶ Zur Mitwirkung des französischen Botschafters Alphand in der Washingtoner Botschaftergruppe vgl. Dok. 539, Anm. 5.

machen und dürfe nicht die Angelsachsen alleine lassen. Dabei denke er insbesondere an die Amerikaner, die nicht den Standpunkt einnehmen, wie ihn General de Gaulle für Großbritannien dargestellt habe. In der amerikanischen Administration habe es in den vergangenen Wochen bedeutende Schwankungen gegeben, die als ernsthaft angesehen werden müßten. General de Gaulle möge vielleicht recht haben, daß die Sowjets sich mit dem Westen nicht über Berlin einigen werden. Es sei aber notwendig, diese Tatsache den Berlinern, den Deutschen, den Franzosen, den Engländern klar vor Augen zu führen. Dies könne man nur dann tun, wenn man dabei sei. Deswegen glaube er, daß Frankreich seine Meinung äußern sollte, denn nur so könne es gelingen, falsche Ansichten zu korrigieren. Er halte die Mitarbeit Frankreichs für absolut notwendig.

General *de Gaulle* erwiderte, wenn England, Amerika und die Bundesrepublik den Gedanken von Verhandlungen über Berlin und Deutschland ohne Beteiligung Frankreichs anzunehmen bereit seien, dann würden sie um so mehr in Verhandlungen mit Rußland zu einem Abschluß kommen, selbst wenn Frankreich nicht damit einverstanden sei. Er glaube daher nicht, daß die Tatsache, daß Frankreich heute nicht verhandeln wolle, darüber hinwegtäuschen könne, daß man an einem Abschluß interessiert sei; auch die Beteiligung Frankreichs könnte daran nichts ändern.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, ein Blick auf die Karte genüge, um klarzumachen, daß eine dauerhafte Lösung des Berlinproblems nicht getrennt von der Lösung der deutschen Frage möglich sei. Man dürfe aber Berlin nicht schwächen, es dürfe nicht in die Hände der Russen fallen, ohne daß die Drei Mächte und die Bundesrepublik alle Anstrengungen unternehmen, dies zu verhindern. Die Amerikaner seien für Verhandlungen mit der Sowjetunion wenig geeignet, sie hätten es noch nicht gelernt, mit der Sowjetunion zu verhandeln. De Gaulle, Frankreich, könne ihr Lehrmeister sein. General de Gaulle würde das gemeinsame deutsch-französische und europäische Schicksal schädigen, wenn er beiseite bleibe. Er könne gerne widersprechen, er müsse aber dabeisein und dürfe sich nicht desinteressieren. Seine Sorge gehe dabei weit über die reine Berlinfrage hinaus.

General *de Gaulle* erklärte in bewegten Worten, daß er nicht glaube, daß der Herr Bundeskanzler irgendeine Berechtigung zu der Erklärung habe, Frankreich desinteressiere sich. Wenn Berlin noch in den Händen des Westens sei, so sei es weitgehend auf seine Einstellung zurückzuführen. Denn wenn auch er sich auf Verhandlungen gestürzt hätte, wären die Dinge schon längst in Bewegung geraten. Nur weil er nicht mitgemacht habe, befinde sich Berlin noch in der Hand des Westens. Von Désintéressement könne daher nicht gesprochen werden. Frankreich riskiere heute sehr viel für Berlin, mehr als England, mehr als Amerika. Das müsse man sehen. Der Herr Bundeskanzler erkläre, daß die Russen sich freuten, daß Frankreich nicht mit England und Amerika zu Verhandlungen bereit sei. Er sei vielmehr der Überzeugung, daß es den Russen Freude machen würde, wenn auch Frankreich zu Verhandlungen, das heißt zur Aufgabe Berlins, bereit wäre. Nur Gott könne wissen, wie es dann ausginge. Deswegen glaube er nicht, daß dies für Frankreich eine gute Politik wäre. Selbstverständlich könne Frankreich nicht alleine einen Krieg führen.

Wenn England, Amerika und die Bundesrepublik bereit seien, um jeden Preis Berlin herzugeben, könne Frankreich sich dem nicht widersetzen. Aber es wolle daran keinen Teil haben.⁵⁷

Die Sitzung endete gegen 13 Uhr. Sie wurde am Nachmittag fortgesetzt.⁵⁸

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/60

543

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle in Paris

115-125.A/61 streng geheim

9. Dezember 1961¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 9. Dezember 1961 um 16 Uhr ein zweites Gespräch unter vier Augen mit General de Gaulle in Paris.²

General *de Gaulle* kam noch einmal auf das Thema der Vormittagsunterredung zurück und wiederholte, daß niemand, auch er nicht, Präsident Kennedy, Herrn Macmillan und den Herrn Bundeskanzler daran hindere, zu sondieren, zu erforschen, festzustellen, ob die Sowjetunion zu einer echten, würdigen Verhandlung bereit sei. Dagegen habe er keine Bedenken. Wenn sich dann ergeben sollte, daß wirklich etwas Ehrbares und Würdiges möglich sei, werde Frankreich daran teilnehmen. Er sei allerdings der Überzeugung, daß das Ergebnis der Sondierungen so nicht aussehen werde. Trotzdem sei er bereit, an solchen Verhandlungen teilzunehmen, wenn die Sondagen diesen Schluß zuließen. Er halte es aber nicht für gut, daß sich nun alle unter den augenblicklichen Umständen Hals über Kopf in Verhandlungen stürzten. Es gebe Botschafter, es gebe diplomatische Kanäle, die seit langem dazu gedient hätten festzustellen, ob es der Mühe wert sei, eine Konferenz zu organisieren und eine Vereinbarung auszuhandeln. Aber in unseren Tagen stürze man sich ohne jegliche Sicherheit in riesige Konferenzen. Dies habe Nachteile, aber keine Vorteile. Er sehe nicht ein, warum solche Dinge nicht auf diplomatischem Wege vorbereitet werden sollten.

⁵⁷ Bundeskanzler Adenauer notierte am 10. Dezember 1961: „Auf meine zweite Bitte, Frankreich müsse sich in allen Fragen interessieren und verantwortlich zeigen, blieb de Gaulle zunächst ohne Antwort. Er machte mir die Bemerkung, Frankreich sei zu der Besprechung in Jalta nicht zugezogen worden, als die angelsächsischen Mächte über das Schicksal Europas entschieden hätten. Aus seinen Äußerungen klangen sehr deutlich starke Ressentiments gegen die angelsächsischen Mächte heraus. Ich war sehr unbefriedigt von der Unterredung, war sehr verärgert“. Vgl. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/60.

⁵⁸ Vgl. Dok. 543.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Kusterer am 19. Dezember 1961 gefertigt.

² Zu diesem Gespräch vgl. auch DDF 1961, II, S. 704–708. Vgl. dazu ferner ADENAUER, Erinnerungen 1959–1963, S. 126–132.

Für das Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am Vormittag des 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er habe zwei Bitten. Die wichtigste Bitte sei, daß Frankreich seine Beobachterrolle verlasse und in den Gesprächen der Westmächte mitmache. England sei immer unsicher gewesen, auch die Amerikaner seien es gewesen, schienen jedoch den richtigen Weg jetzt beschritten zu haben. Die Bundesrepublik sei alleine zu schwach, um die Amerikaner auf dem richtigen Weg zu halten. Deswegen sein Wunsch an General de Gaulle, den Präsident Kennedy sehr schätze, daß Frankreich zur aktiven Mitarbeit bereit sei. Die zweite Bitte bestehe darin, Präsident de Gaulle möge doch Stellung nehmen zu der Frage, ob jetzt Verhandlungen mit Rußland stattfinden sollten. Nach Ansicht des Generals seien Sondagen, ob Verhandlungen über Berlin einen Zweck hätten, notwendig, ehe man sich in dieser Frage entscheide. Er (der Herr Bundeskanzler) teile diese Meinung. Dann stelle sich aber die Frage, wer sondieren soll. Davon hänge viel ab. Er stimme also mit General de Gaulle überein, daß man nicht jetzt um jeden Preis eine Konferenz machen solle. Man müsse erst die Ausichten auf einem zuverlässigen Kanal erforschen.

General *de Gaulle* führte aus, er sei überzeugt, daß man eines Tages werde verhandeln müssen. Der Zeitpunkt und die Umstände für Verhandlungen schienen ihm aber im Augenblick nicht zufriedenstellend. Was Sondagen anbelange, so führten die Amerikaner solche durch, ob die anderen es wollten oder nicht. Bis jetzt hätten diese aber noch kein Ergebnis gezeitigt. Vielleicht komme es noch dazu. Jedenfalls sollten die Amerikaner das machen, die es im übrigen ja auch angefangen hätten. Er habe das den Amerikanern auch gesagt. Man könne sogar vielleicht die Sondagen umorganisieren. Nichts dürfe natürlich ohne Frankreich vereinbart werden. Reden könne man jederzeit, denn jedes Land habe dort seine Botschafter. Der Herr Bundeskanzler dürfe versichert sein, daß Frankreich in dieser Angelegenheit alles andere als abwesend sei. Gleichgültig, ob man jetzt verhandle oder nicht, ob man zu einem Abschluß gelange, handele es sich um eine Tragödie, in der Frankreich nicht abwesend sein könne, ganz im Gegenteil. Der Herr Bundeskanzler dürfe auch versichert sein, daß, was immer geschehen möge, Frankreich nichts akzeptieren, nichts regeln werde im Zusammenhang mit Deutschland und Europa, ohne daß die Bundesrepublik beteiligt sei.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem General für diese Zusicherung und die Erklärung, daß Frankreich nicht beiseite stehe, sondern mithandle. General de Gaulle solle ihm doch glauben, daß die Amerikaner Rat brauchten³. Es sei kein bloßes Kompliment, wenn er General de Gaulle sage, daß er den Amerikanern helfen müsse, denn die europäischen Völker hätten nun einmal mehr Erfahrung mit den Russen⁴ als die Amerikaner. Der General habe völlig recht, wenn er sage, niemand könne jetzt entscheiden, ob verhandelt werden solle oder nicht. Vielmehr müsse man eruieren, ob Aussicht auf Erfolg der Verhandlungen⁵ bestehe. Die Frage stelle sich nun, wer in Amerika das denn tun könne. Er wolle ganz offen sein, weder Rusk noch Thompson seien dazu geeignet.

General *de Gaulle* sagte, der Herr Bundeskanzler sage ihm, daß Kennedy auf die Meinung Frankreichs höre. Er wolle in aller Bescheidenheit darauf hinweisen,

³ Die Wörter „Rat brauchten“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hilflos seien“.

⁴ Die Wörter „mit den Russen“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

⁵ Die Wörter „der Verhandlungen“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt.

daß Kennedy noch niemals seiner Meinung beigespflichtet habe, wenn er sie ihm mündlich oder schriftlich in irgendeiner konkreten Frage vorgetragen habe, sei es Berlin, sei es der Kongo oder andere. Dies sei eine Tatsache. Aber Politik sei nun mal Politik. Amerika sei nicht Europa. Man könne daher nicht erwarten, daß Kennedy sich seiner Meinung anschließe. Kennedy handle so, wie er es für sein Land für richtig halte. So mache ja auch er (de Gaulle) es, und so mache es der Herr Bundeskanzler.

Der Herr *Bundeskanzler* bedauerte, daß Kennedy nicht mehr auf de Gaulle höre. Er habe aber den Eindruck gewonnen, daß Kennedy Rat wünsche.⁶ Er habe⁷ den Eindruck, der ihm auch bestätigt worden sei, daß Kennedy⁸ jetzt die ungeheuren Schwierigkeiten kennenlerne, die es mit sich bringe, wenn man sich mit zu vielen Beratern umgebe. Überhaupt sei das ganze Klima in Washington äußerst seltsam geworden. De Gaulle kenne doch auch Acheson, den er (der Herr Bundeskanzler) immer sehr hoch geschätzt habe. Acheson neige, wie er in einer Besprechung mit Acheson festgestellt habe⁹, zu militärischen Plänen.¹⁰ Deswegen sei es so notwendig, daß de Gaulle und selbstverständlich Deutschland mit den Vereinigten Staaten sprächen¹¹. Die Notwendigkeit dafür spüre auch Kennedy. Er schätze Präsident Kennedy. Kennedy habe außenpolitische Niederlagen erleben müssen, in Laos, Kuba, und auch innenpolitisch sehe er sich großen Problemen gegenüber (Schulfrage, soziale Fragen). Er müsse mit aller Kraft nach allen Seiten kämpfen. Man müsse auch seine Mitarbeiter kennen. Ein sehr guter Mann sei McNamara. Rusk sei ein Professor, bei Kohler wisse man nicht. Amerika halte aber heute das Schicksal aller in der Hand. Man müsse ihm daher verständnisvoll begegnen¹².

General *de Gaulle* bemerkte, Kennedy habe es nicht leicht an seiner Stelle. Vielleicht habe es keiner leicht an seinem Platz. Er wolle aber dem Herrn Bundeskanzler sagen, daß er folgendes erreicht habe: Er (de Gaulle) verspreche, in aller nächster Zukunft öffentlich etwas Freundliches, Entgegenkommendes über die Vereinigten Staaten und Präsident Kennedy zu sagen, damit man nicht glaube, daß, weil man über den Zeitpunkt von Verhandlungen nicht gleicher Meinung sei, ein Widerstreit der Meinungen in Wirklichkeit vorliege. Er habe immer das dafür Nötige gesagt und werde gerne bei nächster Gelegenheit noch mehr Öl in das Räderwerk gießen.

⁶ Die Wörter „Rat wünsche“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „innerlich vollkommen wankend geworden sei, nicht so sehr hinsichtlich seiner Handlungen, sondern hinsichtlich seiner Umgebung. Kennedy habe außenpolitisch schwimmen müssen.“

⁷ An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „aber“.

⁸ Korrigiert aus: „daß bei Kennedy“.

An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Adenauer gestrichen: „eine Ernüchterung eingesetzt habe und daß er“.

⁹ Bundeskanzler Adenauer führte am 21. November 1961 in Washington ein Gespräch mit dem Berater des amerikanischen Präsidenten, Acheson.

¹⁰ Der Passus „neige, wie ... militärischen Plänen“ wurde von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sei ein absoluter Militarist geworden“.

¹¹ Der Passus „mit den ... sprächen“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Adenauer zurück. Vorher lautete er: „den Vereinigten Staaten helfen“.

¹² Die Wörter „verständnisvoll begegnen“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „verzeihend begegnen“.

Der Herr *Bundeskanzler* fügte hinzu, Kennedy habe im nächsten Jahr ja auch Kongreßwahlen.¹³ Er werde von den Republikanern angegriffen, weil er in der Außenpolitik unsicher sei.¹⁴ Deswegen werde Kennedy jetzt noch mehr auf den¹⁵ deutsch-französischen Rat Wert legen¹⁶. Im Hinblick auf diese Wahlen im Jahre 1962 könne man hoffen, die amerikanische Regierung zu einer Anschauung zu bringen, wie sie der deutsch-französischen Betrachtung entspreche.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über die amerikanischen Botschafter betonte der Herr Bundeskanzler noch einmal seine Bitte, Herrn Botschafter Alphand Anweisung zur aktiven Mitarbeit in Washington zu geben.

General *de Gaulle* sagte, er nehme diese Anregung gerne auf und werde sie berücksichtigen.

General de Gaulle fragte dann den Herrn Bundeskanzler, was er von der europäischen Entwicklung halte.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, der Gemeinsame Markt gehe ja nun auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaft einen großen Schritt voran. Aus dem letzten Sitzungsbericht¹⁷ ergebe sich, daß man zu einer Einigung kommen werde, die die Einheit und Festigkeit in der Europäischen Gemeinschaft noch stärke.

General *de Gaulle* erklärte seinerseits, der Herr Bundeskanzler kenne ja den Grund für die französische Haltung. Frankreich sei zum Teil industrialisiert, es sei aber auch weithin ein landwirtschaftlicher Staat, stärker als dies in der Bundesrepublik der Fall sei. Die Landwirtschaft sei also für Frankreich eine große wirtschaftliche, aber auch soziologische Frage. Selbstverständlich wandle sich die Landwirtschaft, aber nur langsam. Das hindere sie nicht daran, zuviel zu produzieren, was die gesamte Volkswirtschaft dann sehr stark belaste. Frankreich könne einfach einem Gemeinsamen Markt nicht zustimmen, der nur die Industriegüter umfasse, die Landwirtschaft aber beiseite lasse. Dadurch verschiebe sich das ganze Gleichgewicht, und man komme in eine ausweglose Lage. Er bitte den Herrn Bundeskanzler, die Dimension dieses Problems zu verstehen. Bei allem guten Willen, den Gemeinsamen Markt voranschreiten zu sehen, könne Frankreich dem nicht zustimmen, wenn die Landwirtschaft nicht mit-einbezogen werde. Das bedeute im wesentlichen die Freizügigkeit der landwirtschaftlichen Güter in derselben Weise wie der Industriegüter. Selbstverständlich könne es hier für gewisse Einzelfälle und beschränkte Zeit einige Übergangsmaßnahmen geben. An der Grundlage der Freizügigkeit für Agrarprodukte dürfe aber nicht gerüttelt werden. Hinzu komme, daß Europa die landwirtschaftliche Überproduktion auf sein Konto übernehmen und nach außen verkaufen müsse, selbst wenn dies teuer sei. Außerdem fordere Frankreich Preisgleichheit in allen Ländern. Er wiederhole, daß es für Einzelfälle und vorübergehend Übergangs-

¹³ Am 6. November 1962 fanden Wahlen zum amerikanischen Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

¹⁴ Die Wörter „unsicher sei“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „wackele“.

¹⁵ Korrigiert aus: „auf der“.

¹⁶ Die Wörter „Rat Wert legen“ wurden von Bundeskanzler Adenauer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Linie liegen“.

¹⁷ Für die Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr vom 2. Dezember 1961 über die EWG-Ministerrats-tagung vom 29. November bis 1. Dezember 1961 in Brüssel vgl. Dok. 527.

bestimmungen geben könne. Das Wesentliche müsse aber akzeptiert und praktiziert werden, denn sonst könnte Frankreich beim besten Willen im Gemeinsamen Markt nicht weitergehen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er sei überzeugt, daß man sich einigen werde. Man brauche nur den letzten Sitzungsbericht zu lesen.

General *de Gaulle* bemerkte, Frankreich verstehe völlig die Schwierigkeiten Deutschlands, das seine Nahrungsmittel weitgehend einführe, kanadischen Weizen, Fleisch zu niedrigen Preisen, und daß es diese Einfuhren machen müsse, um seiner Industrie den Absatz zu sichern. Daher wiederhole er, daß Übergangsbestimmungen möglich seien für eine beschränkte Zeit. Man müsse sich aber im wesentlichen einigen, denn sonst könne Frankreich nicht mehr weitergehen. Dies sei natürlich eine Wirtschaftsfrage. Es sei aber in erster Linie eine politische Frage, denn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sei eine politische Operation. Wäre sie eine reine wirtschaftliche Angelegenheit, dann könnte man einen Gemeinsamen Markt mit allen, mit England, dem Commonwealth, den Vereinigten Staaten schaffen. Es wäre dann aber nicht mehr Europa. Der Herr Bundeskanzler habe als erster und auch er (de Gaulle) zu einem späteren Zeitpunkt gewollt, daß dieser Gemeinsame Markt die wirtschaftliche und politische Grundlage für Europa sein solle. Wenn man das wolle, müsse man diese große Entscheidung treffen, die im übrigen auch Amerika berühre.

Der Herr *Bundeskanzler* warf ein, er habe Präsident Hallstein gebeten, doch darauf zu achten, daß eine Einigung zustande komme.

General *de Gaulle* erklärte, auch er habe vor einigen Tagen mit Hallstein gesprochen, der ihm versichert habe, daß die Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt aufgenommen werden müsse.¹⁸ General de Gaulle bemerkte in diesem Zusammenhang, daß von französischer Seite keine Einwände gegen eine Wiederwahl von Präsident Hallstein vorgebracht würden. Er wünsche zwar, daß er manchmal sich weniger repräsentativ als Staat und unabhängige Instanz aufführe, Botschafter entsende usw., aber er erkenne voll und ganz den Wert und die Leistungsfähigkeit von Herrn Hallstein an und glaube, daß Präsident Hallstein von europäischer Sicht ein guter EWG-Kommissionspräsident sei.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob General de Gaulle glaube, daß England wirklich in den Gemeinsamen Markt einzutreten wünsche.¹⁹

General *de Gaulle* erwiderte, er habe Macmillan gesehen²⁰, der ihn in diesem Punkt zunächst sehr angegriffen und ihm eine große politische und sentimentale Szene vorgespielt habe. Macmillan habe erklärt, England wolle in den Gemein-

¹⁸ Zum Gespräch des Staatspräsident de Gaulle mit dem Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, am 16. November 1961 in Paris vgl. Dok. 521, Anm. 8.

¹⁹ Zu den Verhandlungen über einen britischen EWG-Beitritt vgl. zuletzt Dok. 501.

²⁰ Botschafter Blankenhorn, Paris, berichtete am 28. November 1961, „diplomatischer Mitarbeiter de Gaulles, Gesandter Maillard“, habe über das Treffen des Staatspräsidenten de Gaulle mit Premierminister Macmillan am 24./25. November 1961 auf dessen Landsitz Birch Grove in Horsted Keynes mitgeteilt: „Einziges Gesprächsthemen seien Englands Beitritt zum Gemeinsamen Markt und Berlin gewesen. Wichtigstes Ergebnis der Unterhaltungen zur Frage der EWG sei, daß der von beiden Seiten vorhanden gewesene Argwohn über die wahren Absichten des Partners ausgeräumt und hierdurch das Klima der künftigen Verhandlungen erheblich verbessert worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1312; VS-Bd. 2238 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den Gesprächen vgl. auch Dok. 542, Anm. 49.

samen Markt, nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aus politischen Gründen. England habe gesehen, wie Europa Gestalt gewinne, und es wolle nicht draußen bleiben. Früher seien Macmillan und England gegen einen Eintritt in die Europäische Gemeinschaft gewesen, weil es das Zeitalter der supranationalen Instanzen und der Integration gewesen sei. Jetzt aber spreche man von einem Bund von Staaten, und da wolle England mitmachen. Darauf habe er (de Gaulle) erwidert, es sei sehr schön, daß England in den Gemeinsamen Markt wolle, was aber solle man mit dem Commonwealth tun? Macmillan habe erwidert, England könne das Commonwealth nicht aufgeben, deswegen müsse das Commonwealth auch in den Gemeinsamen Markt. Darauf habe er (de Gaulle) erklärt, das sei dann aber ein ungeheures Unternehmen und das sei dann nicht mehr Europa. Wenn in die Gemeinschaft Kanada, Australien, Nigeria, Indien, Sierra Leone hineinkomme, werde sie zu einer weltweiten Wirtschaftsorganisation. Dann müßten aber auch die Vereinigten Staaten hinein. Dadurch würde die ganze Konzeption verschoben und wäre nicht mehr europäisch. England wolle also nicht nach Europa, sondern in eine Weltorganisation mit all ihren Verlängerungen einschließlich Amerika. Macmillan sei dann sehr beschwörend geworden und habe gesagt, beim Commonwealth verlange Großbritannien ja gar nicht viel. Sein eigener Handel mit dem Commonwealth betrage auf dem Industriesektor höchstens 20 v. H., auf dem landwirtschaftlichen Sektor nicht mehr als 10 v. H. des Handels mit dem Gemeinsamen Markt. Das sollte die Annahme des Commonwealth doch nicht unmöglich machen. Er (de Gaulle) habe darauf erklärt, die Einwände gegen das Commonwealth lägen ja darin, daß damit die ganze Frage politisch völlig verschoben würde. Macmillan habe dem dann nicht widersprochen, und dabei sei es dann geblieben. Das Gespräch werde jedoch weitergeführt. General de Gaulle fügte hinzu, er habe von Englands Wirtschaftslage nicht den allerbesten Eindruck. Er glaube daher, daß England zwar sage, es wolle nicht aus wirtschaftlichen Gründen in den Gemeinsamen Markt, daß dem aber nicht so sei. Er glaube daher, daß man folgende Haltung vertreten sollte: Wir wollen Großbritannien in den Gemeinsamen Markt und den europäischen Bund der Staaten, wir können aber nicht England einschließlich des Commonwealth aufnehmen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, auf derselben Ebene läge seine Sorge.

General *de Gaulle* fuhr fort, wenn es gelinge, bis zum Ende dieses Jahres in die zweite Phase einzutreten, wäre es vielleicht gut, wenn die Staats- und Regierungschefs kurz darauf wieder zusammentreten würden, um ein positives Abkommen über die politische Zusammenarbeit zu treffen. Damit würde auch die allgemeine Lage einschließlich der Berlinfrage völlig verändert. Man bringe damit in die internationale Lage einen ungeheuer starken neuen Faktor hinein. Er glaube, daß dies auch Amerika helfen werde, weil es dann Europa als Realität spüren werde. Außerdem sei er der Meinung, daß es Chruschtschow dämpfen würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Bundesrepublik sei für diesen Schritt, aber Holland und Belgien seien dagegen.

General *de Gaulle* erwiderte, dem sei zwar so, wenn aber Frankreich und Deutschland sich einig seien, müßten die anderen wohl oder übel nachkommen.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, was General de Gaulle von dem sowjetisch-chinesischen Verhältnis halte.

General *de Gaulle* erklärte, er sei wie der Herr Bundeskanzler der Meinung, daß es eine Angelegenheit sei, die im Augenblick zwar rein theoretisch und doktrinärer Natur sei, daß es aber in einer zur Zeit nicht näher zu bestimmenden Zahl von Jahren zum größten Faktor in der Welt werde. Rotchina könne nicht das bleiben, was es sei. Dazu sei es zu zahlreich, zu ehrgeizig, zu stolz. Es werde eines Tages den ersten Platz einnehmen wollen. Dadurch werde sich zweifellos ein Gegensatz zwischen China und seinen Nachbarn (Indien, Japan, Amerika und Rußland) entwickeln. Man werde dies in sein Kalkül einstellen müssen. Der Tag könne kommen, wenn nicht vorher ein Krieg komme, an dem Rußland uns brauche, um der asiatischen Bedrohung Herr zu werden. Auch das sei ein Grund, der zur Einigung Westeuropas auffordere, denn dann könne man mit den Russen die europäischen Angelegenheiten von einem Standpunkt der Stärke aus diskutieren. Denn in einigen Jahren werde Europa sehr stark sein, stärker sogar als Amerika. Seine industrielle, politische und kulturelle Macht werde den Einfluß Amerikas übersteigen, und Europa werde dann das erste Element sein, das die Russen brauchen würden. Man dürfe nur den Russen nicht gestatten, Europa vorher zu überrollen. Als Chruschtschow im vergangenen Jahr vor der Gipfelkonferenz in Frankreich gewesen sei²¹, habe er mit ihm diese Frage sehr deutlich besprochen. Chruschtschow habe ihm damals gesagt, warum er denn Deutschland unterstütze. Rußland und Frankreich hätten zusammen gegen Deutschland Krieg geführt. Jetzt unterstütze Frankreich Deutschland, das Rußland bedrohe, das eines Tages auch Frankreich und Amerika bedrohen werde. Man dürfe Deutschland nicht erlauben, sich wieder aufzurichten. Deswegen dürfe man ihm die Wiedervereinigung, die Schaffung einer eigenen Armee und Macht nicht gestatten. Frankreich dürfe mit Deutschland keine Kompromisse schließen. Er (*de Gaulle*) habe Chruschtschow darauf erwidert, Deutschland bedrohe Frankreich nicht, und es sei auch nicht wahr, daß es Rußland bedrohe. Es sei richtig, daß Deutschland sich wieder aufrichte, aber es stelle keine Bedrohung dar. Sie, die Russen, oder wie sie sich jetzt nannten, die Kommunisten, bedrohten Frankreich. Er (*de Gaulle*) glaube aber nicht, daß der Kommunismus ewig währen werde. Auch die Kommunisten würden sich ändern, auch Frankreich ändere sich, es handele sich nur um historische Augenblicke, niemals aber um die Ewigkeit. Die Sowjets seien vor allem Russen. Eines Tages aber werde dieses große Rußland sich einem großen Asien, vor allem China, gegenübersehen. Es gebe aber keinen Platz für zwei Herrscher. Deswegen sei China Anwärter auf die Herrschaft. Dann aber sei es notwendig, liege es in der Natur der Dinge, daß Rußland sich mit dem Westen vertrage. Um aber zusammensein zu können, fuhr General *de Gaulle* fort, müsse Westeuropa erst einmal bestehen, denn sonst gebe es kein Gleichgewicht in Europa, wenn es nur ein armes Frankreich, ein armes Deutschland, ein armes Italien gegenüber einem enormen Rußland gebe. Dann wäre Rußland alleine, denn die anderen würden ebenso wenig zählen wie Polen, die Tschechoslowakei oder Rumänien, die auch nur in den Vereinten Nationen zählten. Dann wäre Rußland alleine. Es sei also sogar im russischen Interesse,

²¹ Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 23. März bis 3. April 1960 in Frankreich auf. Zu den Gesprächen mit Staatspräsident *de Gaulle* vom 23. bis 25. März und am 1./2. April 1960 vgl. DDF 1960, I, S. 356–396.

Zur gescheiterten Eröffnung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Paris am 16. Mai 1960 vgl. Dok. 61, Anm. 29.

daß Westeuropa werde. Deswegen solle sich Chruschtschow nicht dagegen stellen, im Gegenteil.

General de Gaulle schloß, er habe sicherlich Chruschtschow nicht überzeugen können, aber nein habe Chruschtschow auch nicht gesagt.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, Chruschtschow lüge wie gedruckt, aber einen Krieg wolle er nicht.

General *de Gaulle* sagte, Chruschtschow sei auch keine kriegerische Natur. Erstens sei er aus dem Alter heraus, in dem man Kriege machen wolle, zweitens sei er zu dick, und drittens liege es überhaupt nicht in seiner Natur. Es gebe jedoch natürlich Umstände, unter denen der reine Wille nicht viel zähle, auch der Chruschtschows nicht. Deswegen müsse man äußerste Vorsicht walten lassen.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte General de Gaulle, ob er mit der Verlängerung der Dienstzeit in der Bundesrepublik zufrieden sei.²²

General *de Gaulle* erwiderte, dies sei wichtig. Er habe dem Herrn Bundeskanzler ja schon einmal gesagt, daß der militärische Wert und die militärische Kapazität Deutschlands von größerer Bedeutung für Frankreich seien. Deswegen werde sich Frankreich gegen eine Verstärkung dieser militärischen Kapazität keineswegs wenden.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er sei überzeugt, daß das deutsche Volk ein guter Freund Frankreichs sei. Die nationalistische Tendenz sei äußerst geringfügig.

General *de Gaulle* erklärte, ganz offen gesagt, habe es ihm etwas wehgetan, zu sehen, als die Berlinkrise mit den Bundestagswahlen zusammengefallen sei, daß er keine Geschlossenheit des deutschen Volkes hinter dem Herrn Bundeskanzler habe feststellen können.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dies sei aus der großen Enttäuschung über die Vereinigten Staaten zu erklären. Die Berliner hätten das auch klar gesagt, und deswegen hätte Kennedy auch Johnson nach Berlin geschickt.²³ Man müsse natürlich in der Berlinfrage aufpassen, aber der Nationalismus sei vorbei, und er fürchte auch seine Rückkehr nicht. Der Herr Bundeskanzler fragte dann, wie General de Gaulle die Algerienfrage einschätze.

General *de Gaulle* erwiderte, das Abkommen sei zwar noch nicht unterzeichnungsreif, aber es stehe in Sicht.²⁴ Sei es einmal unterzeichnet, werde man es anwenden müssen, und das werde nicht einfach sein. Er glaube aber, daß jetzt das Schlimmste vorbei sei. Er beeile sich, zu Ende zu kommen, denn eine Lösung sei unerläßlich, insbesondere auch für Europa. Die Anwendung einer Einigung sei schwierig. Doch glaube er, daß der Eindruck der Beendigung der Attentate und der Kämpfe so stark sein werde, daß es den Anfang einer Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Algerien ermöglichen sollte.

²² Zur Verlängerung des Grundwehrdienstes in der Bundesrepublik von 12 auf 18 Monate vgl. Dok. 508, Anm. 38.

²³ Zum Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson am 19./20. August 1961 in der Bundesrepublik und in Berlin (West) vgl. Dok. 282 und Dok. 283, Anm. 10.

²⁴ Zu den Verhandlungen zwischen der französischen der provisorischen algerischen Regierung vgl. Dok. 539, Anm. 4.

Zum Schluß stellte der Herr *Bundeskanzler* die Frage, was man der Presse sagen solle. Er schlug vor, zu sagen, daß eine Reihe schwebender Probleme einschließlich der Berlinfrage erörtert worden sei und man eine übereinstimmende Auffassung habe feststellen können. Im übrigen könnte man die Meinung von General de Gaulle noch anführen, daß eine Konferenz eines Tages notwendig sei, daß man erst aber die Erfolgschancen herausfinden müsse.

General *de Gaulle* erwiderte, man sollte vielleicht nicht in so viele Einzelheiten gehen. Es würde vielleicht genügen, wenn man die übereinstimmende Auffassung über die zu erreichenden Ziele feststellen und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Solidarität unter den Verbündeten in dieser Frage betonen würde.²⁵ General de Gaulle fügte noch hinzu, Macmillan sei nicht sehr entschlossen gewesen. Genauer gesagt habe ihm Macmillan den Eindruck gemacht, als sei er ziemlich entschlossen, so weit zu gehen, wie es nötig sei, um keinen Ärger mehr zu haben. Macmillan habe sich übrigens auch bei ihm über den Preis des militärischen Beitrags Englands an die NATO beklagt und ihn als sehr hoch bezeichnet.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß Großbritannien jetzt die letzten Rekruten einziehe und danach nur noch ein Freiwilligen-Heer haben werde.²⁶ Die Konservativen schienen die Dienstpflicht nicht wieder einführen zu wollen.

General *de Gaulle* sagte, Macmillan habe ihm erklärt, es sei nötig, in der Frage des Gemeinsamen Markts und des europäischen Zusammenschlusses im Januar 1962 zu einer Einigung zu kommen, denn heute seien noch der Herr Bundeskanzler, General de Gaulle und Macmillan da. Was ihn (Macmillan) anbelange, so gehe er davon aus, wenn ihm diese Einigung im Jahre 1962 nicht gelinge, er sein politisches Ziel verfehlt habe. Das wäre aber dann das Ende für ihn und wahrscheinlich für die Konservative Partei. Man müsse also 1962 zu einem Abschluß kommen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dies sei eine interessante Darstellung, denn die Konservativen hätten doch eine recht gute Mehrheit.²⁷

General *de Gaulle* erwiderte, Macmillan jedenfalls erkläre, wenn die große Operation mit dem Gemeinsamen Markt, Europa unter Einschluß des Commonwealth, nicht gelinge, dann bedeute es das Ende für ihn.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, er sei mit General de Gaulle einer Meinung, daß man für England keine Extrawurst braten könne.

Das Gespräch endete gegen 17.45 Uhr und wurde anschließend im erweiterten Kreis fortgeführt.²⁸

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/60

²⁵ Für den Wortlaut des Communiqués über die Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle vom 9. Dezember 1961 vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 9.

²⁶ Zur Abschaffung der Wehrpflicht in Großbritannien vgl. Dok. 61, Anm. 20.

²⁷ Die britische Konservative Partei hatte 367 von 630 Sitzen im Unterhaus.

²⁸ Für das deutsch-französische Regierungsgespräch am 9. Dezember 1961, in dem Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle die Delegationen über die Ergebnisse ihrer vorangegangenen Vier-Augen-Gespräche informierten, vgl. VS-Bd. 2245 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1961.

544

**Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West),
an das Auswärtige Amt**

114-9829/61 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 240
Cito

Aufgabe: 11. Dezember 1961, 17.20 Uhr¹
Ankunft: 11. Dezember 1961, 19.15 Uhr

Auch für Diplogerma Paris für Staatssekretär Carstens²

Die sieben Übergänge in den Ostsektor, die ich heute der Reihe nach abfuhr, bieten ein unterschiedliches Bild. Zwar sind jetzt überall die Schlagbäume eingerichtet³, doch sind sie an einigen Stellen permanent geöffnet, während sie an anderen geschlossen sind und nur bei Bedarf geöffnet werden. Bei den Schlagbäumen handelt es sich überall um kräftige Eisen- oder Stahlkonstruktionen. Die nach Ostberlin einfahrenden Kraftfahrzeuge werden unmittelbar am Schlagbaum vorkontrolliert. Die eigentliche polizeiliche und zollmäßige Kontrolle findet jedoch erst weiter hinten statt, nachdem das Fahrzeug nicht nur die Mauer, sondern auch die überall angelegte Slalom-Strecke durchfahren hat. Es fällt auf, daß an den meisten Übergängen, z.T. erst seit gestern, Polizisten auf östlicher Seite die olivbraune Uniform der Grenzpolizei tragen und nur noch an zwei Übergängen die grüne Uniform der Volkspolizei zu sehen ist. An zwei Übergängen wurde mir von den Westberliner Polizisten gesagt, daß es sich um dasselbe Volkspolizei-Personal handle, das jedoch neuerdings anders eingekleidet sei. An zwei anderen Übergängen wurde mir versichert, es handle sich um echte Grenzpolizisten. Vermutlich hat das Zonenregime das Bestreben, zur Unterstreichung des Charakters der „Staatsgrenze“ das dort tätige Personal nunmehr einheitlich als Grenzpolizei in Erscheinung treten zu lassen. Überhaupt muß gesagt werden, daß nach der Einrichtung der sauber angestrichenen Grenzbarrieren mit Schlagbäumen – jedenfalls an den Stellen, an denen sich diese Barriere vor der Mauer befindet – rein optisch der Eindruck einer Staatsgrenze sehr deutlich gemacht ist. Von den drei Westalliierten sind die Briten am häufigsten an der Sektorengrenze zu

¹ Hat Legationsrat Boehncke am 12. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 700 verfügte.

Hat Legationsrat Bock am 12. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Laut Auskunft Telko an Paris für Del[egation] weitergeleitet.“

Hat Legationsrat Balser am 13. Dezember 1961 vorgelegen.

² Staatssekretär Carstens hielt sich vom 7. bis 14. Dezember 1961 zu den Beratungen der hohen Beamten der Drei Mächte und der Bundesrepublik, der Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder sowie der NATO-Ministerrats-tagung in Paris auf.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Kempff, Berlin (West), informierte am 4. Dezember 1961 darüber, daß „das Zonenregime an den Übergangsstellen zum Ostsektor in der gestrigen Nacht und am heutigen Tag Mauern neuen Stils errichtet [habe], wie sie erstmals vor vierzehn Tagen mit etwa 2 m Dicke und über 2 m Höhe am Brandenburger Tor gebaut wurde“. An vier von ihm besichtigten Übergangsstellen sei „für den Fahrverkehr nur eine Lücke von 2 1/2 m gelassen und für die Fußgänger eine zweite Lücke von etwa 1 m Breite. Hinter der Mauer schließt sich sofort die Slalom-Strecke an. Die Entfernung der Mauer vom Grenzstrich beträgt 5 bis 15 m, nur am Ausländer-Übergang Friedrichstraße steht die Mauer etwa 50–60 m zurück.“ Außerdem „sollen an allen Stellen bereits Schlagbäume hinter der Mauer liegen, und man vermutet, daß die 2 1/2-m-Durchfahrten demnächst mit diesen Barrieren versehen werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 234; VS-Bd. 3517 (AB); B 150, Aktenkopien 1961.

sehen. Alle 15 bis 30 Minuten fährt ein britisches Militärfahrzeug zu dem einzigen Übergang des britischen Sektors in der Invalidenstraße. Die Franzosen erscheinen nach Auskunft der Westberliner Polizisten etwa acht- bis zehnmal täglich an ihren beiden Übergängen Bornholmer Straße und Chaussee-Straße. Die Amerikaner kommen unregelmäßiger und seltener zu den drei Übergängen ihres Bezirks: Prinzenstraße/Heinrich-Heine-Straße, Oberbaumbrücke und Sonnenallee. Am Ausländer-Übergang Friedrichstraße sind sie selbstverständlich am Checkpoint Charlie permanent anwesend.

Im einzelnen (von Norden nach Süden):

1) Bornholmer Straße

Hier verläuft die Grenzlinie quer über eine die S-Bahnstrecke überspannende Brücke. Da man auf dieser Brücke offensichtlich eine schwere Mauer nicht errichten konnte, begnügte man sich mit einer die Brücke absperrende Eisenbarriere, die auf einer Seite als Schlagbaum beweglich ist und hier heute morgen permanent offenstand. Im übrigen waren hinter den Schlagbäumen rechts und links der Fahrbahn kleinere Panzersperren angebracht.

2) Chausseestraße

Hier steht eine Mauer⁴ neuen⁵ Stils (vgl. FS Nr. 234 vom 4.12.⁶). Die Schranke ist hinter der Mauerdurchfahrt angebracht, doch ist sie bisher noch nicht geschlossen worden.

3) Invalidenstraße

Auch hier befindet sich die Barriere unsichtbar hinter der neuen schweren Mauer. Die Durchfahrt war bisher immer offen. Da kein hochstehender Schlagbaum hinter der Mauer zu erkennen ist, wird vermutet, daß es sich hier um eine Schiebe-Barriere handelt.

4) Ausländer-Übergang Friedrichstraße

Dort traf ich wenige Minuten vor 12 Uhr ein. Im gleichen Augenblick kam ein Trupp Uniformierter hinter der Mauer zum Vorschein, lief im Laufschrift zu dem noch auf dem Boden liegenden Schlagbaum und setzte ihn in die Halte-Vorrichtung ein. Punkt 12 Uhr war die Arbeit beendet und der Schlagbaum geschlossen. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Schlagbaum immer nur geöffnet, wenn ein Wagen ein- oder ausfahren wollte. Vor der Schranke steht ein normales Stoppschild. Jedes Fahrzeug muß dort halten, wird vorkontrolliert, worauf der Schlagbaum geöffnet wird und der Wagen die etwa zehn Meter dahinterliegende Mauereinfahrt passieren kann. Ich beobachtete, daß auch amerikanische und sowjetische Militärfahrzeuge einige Sekunden warten mußten, bis der Schlagbaum angehoben wurde. Eine Kontrolle fand in beiden Fällen nicht statt.

5) Prinzenstraße/Heinrich-Heine-Straße

Auch hier war die Barriere, die sich unmittelbar vor der Mauer befindet, geschlossen und wurde nur bei Bedarf geöffnet.

⁴ An dieser Stelle wurde von Legationsrat Balser handschriftlich eingefügt: „des“.

⁵ An dieser Stelle wurde von Legationsrat Balser handschriftlich eingefügt: „schweren“.

⁶ Vgl. Anm. 3.

6) Oberbaumbrücke

Hier ist die Situation insofern anders, als die Brücke schon seit Jahren nicht mehr für den Fahrzeugverkehr, sondern nur für Fußgänger benutzbar ist. Da auch diese Brücke eine schwere Mauer nicht tragen würde, begnügte man sich mit einer dünnen Konstruktion alten Stils und einer Reihe von eisernen Panzersperren dahinter. Hier ist sogar auf dem Fußgängerweg hinter einer Sichtblende eine Schranke angebracht, die für jede durchgehende Person geöffnet werden muß – ein ziemlich groteskes Bild. Der Verkehr ist hier sehr gering; die Brücke wird nur noch von etwa 35 Grenzgängern benutzt.

7) Sonnenallee

In der neuen schweren Mauer sind hier zwei Tore von je zweieinhalb Meter Breite eingelassen, von denen jedoch nur eines in Betrieb ist. Der dahinter angebrachte Schlagbaum ist ebenfalls normalerweise geschlossen.

Zusatz: Der Gesundbrunner Wasserturm ist immer noch vorhanden.⁷ Zwei unterhalb seines Daches angebrachte Gerüste lassen jedoch darauf schließen, daß sein Abbruch in Angriff genommen werden soll. Jedenfalls haben auch die hier eingesetzten Volkspolizisten durch gelegentliche Bemerkungen zu erkennen gegeben, daß der Abbruch vorgesehen ist.

[gez.] Kempff

VS-Bd. 3517 (AB)

545

**Gesandter von Lilienfeld, Washington,
an das Auswärtige Amt**

114-9831/61 geheim
Fernschreiben Nr. 3572
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1961, 13.25 Uhr¹
Ankunft: 11. Dezember 1961, 23.30 Uhr

Auch für NATOGerma Paris für Herrn Staatssekretär Carstens²
Bezug: Drahtbericht Nr. 3551 vom 8.12.61³

Zu der Niederschrift über das Gespräch mit McGeorge Bundy, die Botschafter Grewe am 9.12. nach Paris mitgenommen hat⁴, darf ich noch folgendes zusammenfassend berichten:

⁷ Zum Wasserturm in Berlin-Gesundbrunnen vgl. Dok. 504.

¹ Hat Legationsrat Boehncke am 12. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte zust[ändigkeits]halber gem[äß] Rücksprache an Ref. 305.“
Hat Legationsrat I. Klasse Hoffmann am 14. Dezember 1961 vorgelegen.

² Staatssekretär Carstens hielt sich vom 7. bis 14. Dezember 1961 zu den Beratungen der hohen Beamten der Drei Mächte und der Bundesrepublik, der Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder sowie der NATO-Ministeratstagung in Paris auf.

³ Botschafter Grewe, Washington, informierte über die Rede des Sicherheitsberaters des amerikanischen Präsidenten, Bundy, am 6. Dezember 1961 vor dem Economic Club in Chicago, „die in vollem Wortlaut

Ich hatte Bundy aufgesucht, um ihm unsere Anerkennung für seine Rede in Chicago auszusprechen, die ich in Anlehnung an die mit Plurex 3973 vom 30.11. geheim⁵ übermittelten Gedankengänge als gute Entgegnung auf die sowjetische Taktik bezeichnete, uns als gefährliche Militaristen darzustellen, die die Welt in einen Krieg hineinzuziehen versuchten.

Bundy zeigte sich sichtlich erfreut und betonte seine Absicht, mit dieser Rede – die die volle Billigung des Präsidenten⁶ gehabt habe – nochmals die amerikanische offizielle Haltung – gerade auch zur Frage der Wiedervereinigung und der entscheidenden Bedeutung der Bundesrepublik für die Europapolitik der USA – zu umreißen und damit der Möglichkeit neuer Mißverständnisse nach der vertrauensvollen Atmosphäre des Bundeskanzlerbesuches⁷ entgegenzutreten, wie sie sich vielleicht in letzter Zeit aus „anderen Äußerungen“ ergeben haben könnten. Dies sei ihm gerade vor dem Pariser Treffen⁸ sehr dringlich erschienen. Ich sagte ihm, daß wir die Rede in diesem Sinne verstanden und sie auch so nach Bonn berichtet hätten. Auch die deutsche Presse hätte sie sehr positiv bewertet. Wenn wir auch den Hintergrund und die Absichten mancher derartiger Äußerungen – wie z.B. das Interview mit Adschubej⁹ – durchaus verständen, so schien es uns gefährlich, wenn von höchster Seite den Sowjets versichert würde, daß man sie in der Frage der Wiedervereinigung nicht drängen werde. Bundy widersprach dem mit Nachdruck; von einem Abschreiben der Wiedervereinigung durch die amerikanische Regierung könne überhaupt nicht die Rede sein; ihre

Fortsetzung Fußnote von Seite 2161

und in großer Aufmachung in allen führenden Zeitungen wiedergegeben ist und die [...] wegen der Person des Redners ebenso wie wegen der Darstellung der politischen Grundhaltung und der Akzente hinsichtlich Deutschlands bemerkenswert erscheint.“ Bundy habe „den Versuch der kommunistischen Propaganda, der Bundesrepublik die Anerkennung ihrer Verdienste um den außerordentlichen politischen Erfolg beim Wiederaufbau einer friedlichen und liberalen Gesellschaft vorzuenthalten, als besonders gefährlich“ bezeichnet: „Die freien Menschen Deutschlands hätten die Beschränkungen, die sich aus der Partnerschaft ergäben, in Kauf genommen. Sie hätten dafür das Versprechen des alliierten Eintretens für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands mit friedlichen Mitteln erhalten.“ Vgl. B 32 (Referat 305), Bd. 130.

Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 46 (1962), S. 419–425. Für den deutschen Wortlaut vgl. DzD IV/7, S. 1102–1105.

⁴ Botschafter Grewe, Washington, nahm vom 9. bis 12. Dezember 1961 an den Beratungen der Arbeitsgruppe hoher Beamter und der Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder in Paris teil.

⁵ Staatssekretär Carstens bat die Botschaft in Washington, „Gesprächspartner wie Bundy, Ball und McGhee auf den folgenden taktischen Gesichtspunkt hinzuweisen: Es ist ein wesentlicher Bestandteil der sowjetischen Propaganda, uns als gefährliche Militaristen und Revanchisten hinzustellen. Bei der Zurückweisung dieser Beschuldigungen ist gewiß das Argument, daß wir schon wegen unserer Mitgliedschaft in der NATO nicht zu eigenen kriegerischen Aktionen in der Lage sind, nützlich. [...] Wenn daneben aber nicht entsprechend klar herausgestellt wird, daß die Bundesrepublik [...] ein friedfertiger Staat ist, der auch nicht entfernt an kriegerische Unternehmungen denkt, so wird in der alleinigen Benutzung des NATO-Arguments in sowjetischen Augen eine gewisse Bestätigung der Beschuldigungen gegen uns gesehen werden.“ Vgl. VS-Bd. 3477 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

⁶ John F. Kennedy.

⁷ Zum Besuch des Bundeskanzlers Adenauer sowie der Bundesminister Schröder und Strauß vom 19. bis 22. November 1961 in den USA vgl. Dok. 508 und Dok. 511–514.

⁸ Zur Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder am 11./12. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 553.

⁹ Für den Wortlaut des Interviews des Präsidenten Kennedy mit dem Chefredakteur der sowjetischen Tageszeitung „Iswestija“, Adschubej, am 25. November 1961 in Hyannis Port vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 741–752. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1961, D 729–741.

Herbeiführung sei nach wie vor eines der Hauptziele der amerikanischen Politik, und man müsse diese Forderung stets den Russen gegenüber mit in den Vordergrund stellen, selbst wenn man sich darüber im klaren sei, daß sie in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden könne. Im übrigen habe das Interview des Präsidenten im wesentlichen propagandistischen Charakter gehabt und sei ja nicht an die deutsche, sondern an die russische Öffentlichkeit gerichtet gewesen. Auf meinen Einwand, daß die deutsche Besorgnis und eine gewisse Empfindlichkeit in diesem Punkte politische Faktoren seien, die nicht außer acht gelassen werden dürften, sagte Bundy, daß er sich dessen durchaus bewußt sei und er es für unvorstellbar halte, daß man uns zu einer Politik zwingen wolle, die wir nicht selbst vertreten zu können glaubten.

Der Präsident mache sich große Sorge über die Haltung de Gaulles. Er hoffe, daß es dem Bundeskanzler gelingen werde, seine Bedenken zu zerstreuen.¹⁰ Ich entgegnete ihm, dies würde dem Herrn Bundeskanzler erleichtert, wenn er de Gaulle versichern könnte, daß ein Abweichen von für uns lebenswichtigen Positionen in Verhandlungen mit den Sowjets nicht zu befürchten sei. Es sei daher nach unserer Ansicht wichtig, die Grenzen der westlichen Verhandlungsbereitschaft genau zu definieren und so eng wie möglich zu ziehen. Vor allem erschiene es uns gefährlich, den Russen gegenüber die wenigen Karten, die wir überhaupt hätten, bereits im Zusammenhang mit einer Berlinregelung anzubieten, da wir dann für spätere Verhandlungen – u.U. über einen Friedensvertrag – nichts mehr anzubieten hätten.

Insbesondere seien wir darüber besorgt, daß bei einem Arrangement über Berlin die Stadt „verdorren“ könnte („wither on the vine“), wie es in der New York Times kürzlich formuliert worden sei.¹¹ Bundy antwortete, dies müsse auf jeden Fall vermieden werden. Hierbei käme es – wie es der Bundeskanzler auch Kennedy gegenüber betont habe – s. E. gar nicht so sehr auf die Details an, sondern darauf, daß eben eine Lösung – vor allem in der Frage des Zugangs – gefunden werde, die die Lebensfähigkeit Westberlins voll garantiere. Die Frage des Status Westberlins sei dann weniger relevant; auch könne durch Fremdenverkehr, Kulturzentren und Verlegung von UN-Dienststellen ein Ausgleich geschaffen werden. Es sei keineswegs die Absicht der US, den Russen gleich Konzessionen anzubieten; man solle sich solche jedoch in Reserve halten, falls der Ablauf der Berlin-Verhandlungen ermutigend sei und man dann u.U. die Diskussion auf einen weiteren Rahmen ausdehnen könne. Sicher sei es unzweckmäßig, zu allen Punkten – wie z.B. der Frage der deutschen Ostgrenzen, die nach seiner persönlichen Ansicht, „in Übereinstimmung mit de Gaulle“¹², endgültig sein sollten, – die Haltung der USA jetzt schon bekanntzugeben. Überhaupt scheine es ihm fraglich, ob man einen genauen Katalog derartiger möglicher Konzessionen bereits auch nur innerhalb der vier Mächte festlegen solle, da die Gefahr von leaks zu groß sei. Im Interesse einer wirklichen Entspannung sei es jedoch notwendig, auf gewisse sowjetische Vorstellungen – insbesondere die Furcht vor einer deutschen atomaren Bewaffnung – einzugehen. Auf meinen

¹⁰ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542 und Dok. 543.

¹¹ Vgl. den Artikel „Zig-zag Tactics“, THE NEW YORK TIMES vom 3. Dezember 1961, S. E 1.

¹² Zur Pressekonferenz des Staatspräsidenten de Gaulle vom 25. März 1959 vgl. Dok. 161, Anm. 16.

Hinweis auf die Bedenklichkeit der in diesem Zusammenhang in letzter Zeit aufgetauchten amerikanischen Planungen (Vier-Mächte-Kommission¹³, Vorschlag des legal advisors¹⁴), die den Sowjets ein Interventionsrecht geben könnten, entgegnete Bundy, daß letzteres auf jeden Fall vermieden werden müsse; Iran¹⁵ und Finnland¹⁶ seien abschreckende Beispiele; die Schaffung einer atomaren NATO-Streitkraft sei wahrscheinlich die beste Lösung; trotzdem sollten s. E. doch zu einem späteren Zeitpunkt entsprechende einseitige Verzichtserklärungen abgegeben werden, wobei er allerdings nicht an ein reguläres unterschriebenes Abkommen der USA mit den Sowjets denke. Die von mir erwähnten Planungen seien im übrigen noch reichlich unausgegoren.

Bundy betonte dann die Notwendigkeit baldiger Berlin-Verhandlungen. Die Franzosen hätten unrecht mit ihrer Vorstellung, daß man nur am Status quo festzuhalten und abzuwarten brauche; dazu sei die Lage in Berlin zu gefährlich und hätte sich durch die russische Salamitaktik und die Errichtung der Mauer zunehmend verschlechtert. Auch müsse etwas für die Moral der Berliner getan werden. Er könne sich nicht vorstellen, daß de Gaulle „deutscher als die Deutschen“ sein wolle. Schlimmstenfalls müßten jedoch die drei anderen Mächte allein handeln, wie dies ja in den letzten Wochen in der Botschaftergruppe bereits praktisch der Fall gewesen sei. Die Franzosen könnten dann ja eine ähnliche Haltung wie die USA bei der Genfer Ost-Asien-Konferenz 1954 einnehmen, als sie das Abkommen nicht unterschrieben, sich jedoch zu seiner Respektierung verpflichteten.¹⁷ Es wäre psychologisch ungünstig, wenn die USA die Verhand-

¹³ Zu dem im amerikanischen Memorandum „Arms Control and the Berlin Negotiations“ (BQD 56) enthaltenen Vorschlag zur Einsetzung einer Vier-Mächte-Kommission für Fragen der Rüstungskontrolle vgl. Dok. 502.

Legationsrat I. Klasse Balken vermerkte am 5. Dezember 1961: „Die Amerikaner haben wohl ursprünglich daran gedacht, die geplante Vier-Mächte-Kommission unmittelbar mit Deutschland- und Berlin-Verhandlungen zu verbinden. Aufgrund unseres und des französischen Einspruchs haben sie ihren Vorschlag revidiert und eine sachliche Trennung der Verhandlungsgegenstände vorgesehen [...]. Sie möchten die durch die Berlin-Krise entstandene Spannung und das bei den Gesprächen Rusk-Gromyko zutage getretene Interesse der Sowjets an Sicherheitsfragen ausnutzen, um einen Einbruch in die traditionelle sowjetische Haltung zur Abrüstungsfrage zu erzielen.“ Vgl. B 130, Bd. 3571 A (II 8).

Staatssekretär Carstens informierte die Botschaft in Washington am 22. Dezember 1961: „Wir stimmen dem Versuch, die Gelegenheit von Berlin-Verhandlungen dazu zu benutzen, ein Vierergremium zu bilden, das Fragen der Rüstungskontrolle behandeln soll, grundsätzlich zu. Die jetzt in New York zustande gekommene Bildung des Abrüstungs-Ausschusses der achtzehn Mächte hat uns in unserer Auffassung bestärkt, daß das Gremium, in dem Rüstungskontrollfragen behandelt werden, so klein wie möglich sein sollte“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1868; B 130, Bd. 3571 A (II 8).

¹⁴ Botschafter Grewe, Washington, übermittelte am 4. Dezember 1961 den amerikanischen Entwurf eines Papiers zu der Frage, wie bei einem möglichen Nichtangriffspakt zwischen den Mitgliedstaaten des NATO und des Warschauer Pakts eine implizite Anerkennung der DDR vermieden werden könne. Grewe äußerte „erhebliche Bedenken“ gegen die Stichhaltigkeit der darin vertretenen Argumentation. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3489; VS-Bd. 3477 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

Am 5. Dezember 1961 ergänzte Grewe, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Kohler, habe in der Washingtoner Botschaftergruppe erklärt, es handle sich bei dem Entwurf um „eine Meinungsäußerung des Rechtsberaters des State Department“, Chayes. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3516; VS-Bd. 3477 (AB 7); B 150, Aktenkopien 1961.

¹⁵ Zur Lage im Iran vgl. Dok. 162, Anm. 11.

¹⁶ Zur sowjetischen Note vom 30. Oktober 1961 an Finnland und zur finnischen Reaktion vgl. Dok. 480, Anm. 3, Dok. 510 und Dok. 520.

¹⁷ Bei Abschluß der Indochina-Konferenz vom 26. April bis 21. Juli 1954 in Genf gab der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Smith, am 21. Juli 1954 bekannt, daß seine Regierung nicht bereit sei, sich der Abschlusserklärung der Konferenz anzuschließen. Sie werde aber zwischen den Konfliktparteien geschlossene Abkommen respektieren und jede Wiederaufnahme von Kämpfen in

lungen allein führten, da letzten Endes die Bundesregierung unmittelbar betroffen sei und daher in erster Linie beteiligt sein sollte. Die Engländer könnte man von Verhandlungen sowieso nicht fernhalten; auf gar keinen Fall wünsche man jedoch ihre Rolle als Vermittler („we don't want them to go around intermediating“). Weit besser für die Gesamtposition und Verhandlungsaussichten des Westens wäre es jedoch, wenn es gelinge, mit den Franzosen eine gemeinsame „vernünftige und klare“ Position festzulegen.

Zum Abschluß des sehr offen und freundschaftlich geführten Gespräches betonte Bundy nochmals, wie sehr der amerikanischen Regierung und ihm persönlich an einer vertrauensvollen Mitarbeit der Bundesregierung gelegen sei; jede unter wesentlichen Vorbehalten von deutscher Seite versuchte Regelung der Berlin-Krise könne s. E. keine wirkliche Lösung darstellen. Er sei sich der Bedeutung der öffentlichen Meinung in Deutschland in dieser Frage durchaus bewußt und daher bestrebt, dies auch dem Präsidenten klarzumachen, der ein viel zu erfahrener Politiker sei, um diese nicht selbst in Rechnung zu stellen.

II. Die Ausführungen Bundys schienen mir zum Teil von seiner eigenen durchaus verständnisvollen Einstellung Deutschland gegenüber bestimmt, dürften jedoch auch dem deutlichen Zweck, uns zu beruhigen, gedient haben. Es ist klar, daß ein Scheitern oder auch nur ein halber Erfolg der Pariser Konferenz nicht in das politische Konzept Kennedys passen würde. Im Grunde genommen hat aber auch Bundy bei allem Entgegenkommen die bisherige Grundhaltung der gegenwärtigen Administration bestätigt, daß die USA und der Westen in ihrer Politik – vor allem zur Frage der Wiedervereinigung – von den „bestehenden Tatsachen“ ausgehen und neue Wege zur Lösung der Berlin-Krise finden müssen.

Uns nochmals unserer vollen Berücksichtigung hierbei zu versichern, aber auch zu aktiver Beteiligung an dieser Suche aufzufordern, dürfte mit ein Zweck der Rede Bundys gewesen sein.

[gez.] Lilienfeld

B 130, Bd. 3854 A (Abteilung 7)

Fortsetzung Fußnote von Seite 2164

Verletzung der ausgehandelten Waffenstillstandsabkommen für Indochina als ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit betrachten. Vgl. dazu FRUS 1952–1954, XVI, S. 1500f. Für den deutschen Wortlaut der Erklärung von Smith vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6824.

546

Bundesminister Schröder, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt**114-9895/61 geheim****Aufgabe: 13. Dezember 1961, 18.45 Uhr****Fernschreiben Nr. 1338****Ankunft: 13. Dezember 1961, 19.33 Uhr****Citissime**

Bitte sofort dem Herrn Bundeskanzler vorzulegen

Im Anschluß an FS 1335 geh. vom 13.12.1961¹Zweiter Bericht über die NATO-Ministerkonferenz²

In der weiteren Diskussion des Berlin-Problems wurde fast ausschließlich die Frage des künftigen Vorgehens des Westens behandelt. Die Außenminister Italiens³, Dänemarks⁴, der Niederlande⁵, Griechenlands⁶ und der Türkei⁷ und mit besonderem Nachdruck die Außenminister Belgiens⁸, Kanadas⁹, Norwegens¹⁰ und Großbritanniens¹¹ traten für eine baldige Initiative der drei Westmächte zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion ein. Diese Verhandlungen, die in Form einer Konferenz oder in formlosen Gesprächen stattfinden könnten, sollten auf die Berlin-Frage beschränkt werden. Die Zeit arbeite gegen den Westen. Beim weiteren Hinauszögern von Verhandlungen werde unsere Position durch einseitige Akte der Sowjetunion, die der Westen nicht verhindern

¹ Bundesminister Schröder, z.Z. Paris, berichtete, der amerikanische Außenminister Rusk habe zu Beginn der NATO-Ministerratstagung am 13. Dezember 1961 über die Besprechungen der Außenminister der Drei Mächte und der Bundesrepublik am 11./12. Dezember 1961 zu Verhandlungen mit der UdSSR über Berlin informiert, „bei denen erfreulicherweise ein hoher Grad von Einigkeit erzielt worden sei. [...] Chruschtschows bisherige Vorschläge für Berlin seien nicht ‚negotiable‘, und bisher sei kein Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die Sowjets auf der Grundlage der westlichen Minimalpositionen zu verhandeln bereit seien. Den Gefahren, die sich aus dieser kritischen Lage ergäben, müsse der Westen – darüber seien sich die Vier einig – auf zweierlei Weise begegnen: 1) Wir müßten fest bleiben, und zwar militärisch wie politisch. Chruschtschow dürfe keinen falschen Eindruck von der Entschlossenheit des Westens bekommen. Die Risiken seines Kurses müßten ihm deutlich gemacht werden. 2) Der Westen müsse aber weiterhin durch Kontakte mit der Sowjetunion nach einer friedlichen Lösung suchen. Wir seien stark und könnten notfalls auch nein sagen, hätten daher keinen Grund, Verhandlungen zu scheuen. Die Gespräche mit Gromyko hätten keine Verhandlungsbasis erkennen lassen. Jedoch seien einige Punkte in der Schwebe geblieben, so daß Raum für weitere Erkundungsgespräche auf der hierfür geeigneten diplomatischen Ebene bleibe.“ Vgl. VS-Bd. 8488 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1961.

Zu den Gesprächen der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk und Schröder in Paris vgl. auch Dok. 553.

² Zur Sitzung des NATO-Ministerrats am Nachmittag des 13. Dezember 1961 in Paris vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 11.

Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. ferner Dok. 547, Dok. 550 und Dok. 551.

³ Antonio Segni.

⁴ Jens Otto Krag.

⁵ Joseph Luns.

⁶ Evangelos Averoff-Tossizza.

⁷ Selim Sarper.

⁸ Paul-Henri Spaak.

⁹ Howard Green.

¹⁰ Halvard Lange.

¹¹ The Earl of Home.

könne, durch Presseindiskretionen und Meinungsverschiedenheiten im eigenen Lager immer weiter ausgehöhlt.

Die öffentliche Meinung im Westen werde erst nach dem Scheitern von Verhandlungen bereit sein, die dann unvermeidliche Kraftprobe mit der Sowjetunion durchzustehen.

Der französische Außenminister¹² lehnte dagegen Verhandlungen ab, solange die sowjetische Kampagne der Drohung und Einschüchterung andauere und solange keine ausreichende Grundlage für Verhandlungen bestehe. Es gehe nicht allein um die Freiheit Berlins, sondern um das Schicksal Deutschlands, Europas und der atlantischen Gemeinschaft.¹³

Die substantiellen Aspekte der Deutschland- und Berlin-Frage wurden nur vom niederländischen Außenminister eingehend behandelt. Er betonte, für seine Regierung sei die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit die Grundlage ihrer Politik. Daher lehne sie eine förmliche Anerkennung der SBZ ab. Solange die Wiedervereinigung Deutschlands nicht möglich sei, müsse der Westen militärisch stark bleiben. Vorher seien europäische Sicherheitsmaßnahmen und jede Form der Demilitarisierung der Bundesrepublik indiskutabel. Im Gegenteil müsse die Bundeswehr noch enger in die NATO integriert und mit modernen Waffen, einschließlich Raketen, ausgerüstet werden, um der Sowjetunion eindeutig klarzumachen, daß selbst lokale Angriffe sofort und nachdrücklich zurückgeschlagen würden. Nur der dänische Außenminister war der Ansicht, daß bei Berlin-Verhandlungen die Diskussion von Sicherheitsfragen wahrscheinlich nicht vermieden werden könne. Das Projekt eines Nicht-Angriffs-Paktes zwischen NATO und Warschauer Pakt verdiene sorgfältige Prüfung. Die Außenminister Kanadas, Norwegens und Dänemarks hielten die Verlegung von UNO-Dienststellen nach Berlin für erwägenswert. Der dänische Außenminister schlug außerdem die Umwandlung der Freien Universität Berlin in eine Weltuniversität vor.

Die Außenminister Dänemarks und Norwegens gingen auf die Lage in Skandinavien ein. Finnland sehe mit großen Sorgen in die Zukunft. Die Vereinbarungen Kekkons mit Chruschtschow¹⁴ hätten zu einer Aushöhlung der Neutralität

¹² Maurice Couve de Murville.

¹³ Staatssekretär Carstens, z. Z. Paris, berichtete am 13. Dezember 1961 von „langen und mühevollen Verhandlungen“ der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder an den beiden Vortagen, die jedoch am Ende Übereinstimmung erbracht hätten, wonach „alle vier Partner im NATO-Rat einen Vorschlag machen werden, demzufolge diplomatische Kontakte mit der Sowjetunion mit dem Ziel aufgenommen werden sollen, festzustellen, ob möglicherweise eine Grundlage für Verhandlungen gefunden werden kann“. Zunächst hätten sich jedoch „die Franzosen [...] gegen irgendeine Erklärung, die von den Sowjets als Verhandlungsangebot interpretiert würde“, gestäubt: „Die schließlich gefundene Kompromißformel war das Ergebnis eines Telefongesprächs zwischen Präsident Kennedy und General de Gaulle. Sie bleibt insofern unbefriedigend, als sie keine Klarheit darüber schafft, wer die exploratorischen Gespräche führen wird (die Franzosen erklärten, sie würden sich nicht beteiligen) und wer diese Gespräche auf westlicher Seite instruieren wird (aus den französischen Erklärungen konnte man zeitweilig schließen, daß sie sich auch daran nicht beteiligen wollten).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1340; B 130, Bd. 3587 A (AB 7). Zum Telefongespräch zwischen Präsident Kennedy und Staatspräsident de Gaulle am 12. Dezember 1961 vgl. FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 239, S. 679–681.

¹⁴ Zu den Gesprächen des Präsidenten Kekkons mit Ministerpräsident Chruschtschow am 24. November 1961 in Nowosibirsk vgl. Dok. 520.

Finnlands geführt. In Dänemark und Norwegen habe der sowjetische Druck das Gegenteil der von Moskau beabsichtigten Wirkung erzielt. Krag teilte mit, daß seine Regierung den sowjetischen Protest wegen der Errichtung des baltischen Kommandos¹⁵ in fester Form zurückweisen werde.¹⁶

Spaak erklärte abschließend, die Diskussion habe gezeigt, daß die NATO-Staaten sich völlig einig seien über die langfristigen Ziele der sowjetischen Politik und über die unverzichtbaren Mindestforderungen für eine Berlin-Lösung. Meinungsverschiedenheiten bestanden lediglich über das künftige Vorgehen. Frankreich sei gegen Verhandlungen, die auf die Berlin-Frage beschränkt blieben, habe aber keine Bedenken gegen exploratorische Gespräche. Die Mehrzahl der NATO-Staaten sei für baldige Verhandlungen über Berlin. Einige Regierungen seien der Ansicht, daß es unerheblich sei, ob die Kontakte mit der Sowjetunion auf dem Wege förmlicher Verhandlungen oder formloser exploratorischer Gespräche stattfänden, und daß enge, auf die Berlin-Frage beschränkte Verhandlungen später ausgeweitet werden könnten. Diese Ansicht teile auch er. Auf jeden Fall müßten alle NATO-Staaten bereit sein, die Verantwortung für Berlin mitzutragen und die notwendigen Opfer auf sich zu nehmen. Dies müsse im Kommuniqué zum Ausdruck gebracht werden.

Auf Vorschlag Stickers beschloß die Konferenz, das Kommuniqué über die Berlin-Frage am 14. Dezember nachmittags zu beraten.¹⁷

[gez.] Schröder

VS-Bd. 8488 (Ministerbüro)

¹⁵ Zur Einrichtung des NATO-Kommandos Ostseezugänge vgl. Dok. 489, Anm. 8.

Botschafter Kroll, Moskau, teilte am 14. Dezember 1961 mit, daß in der sowjetischen Presse eine am 12. Dezember 1961 der dänischen Botschaft in Moskau übergebene Note veröffentlicht worden sei. Darin werde erklärt, „Dänemark gerate trotz gegenteiliger dänischer Behauptungen in die Klauen des bundesdeutschen Militarismus. [...] Notwendige Folge seien Verschlechterung gegenseitiger Beziehungen und sowjetische Maßnahmen zur Sicherung Landesverteidigung. Sowjetnote spiegelt Enttäuschung wider, daß Ostseekommando trotz über Finnlandaktion ausgeübten Drucks zustande gekommen ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; B 23 (Referat 203), Bd. 124.

Für den Wortlaut der Note vgl. DzD IV/7, S. 1131 f.

¹⁶ Die dänische Regierung bekräftigte mit Schreiben vom 14. Dezember 1961 an die sowjetische Regierung, daß die dänische Verteidigung und Sicherheit „Dänemarks eigene Sache“ sei und die NATO-Mitgliedschaft „einzig und allein defensiven Zwecken“ diene. Vgl. DzD IV/7, S. 1131, Anm. 1.

¹⁷ Zur Diskussion des NATO-Ministerrats am 15. Dezember 1961 über das Kommuniqué vgl. Dok. 551.

547

Bundesminister Schröder, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-9943/61 geheim
Fernschreiben Nr. 1345
Citissime

Aufgabe: 14. Dezember 1961, 19.25 Uhr
Ankunft: 14. Dezember 1961, 20.55 Uhr

Bitte sofort dem Herrn Bundeskanzler vorlegen.¹ Auch für Bundesverteidigungsministerium (bitte von dort weiterleiten)

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1343 vom 14.12.1961 geheim²

Vierter Bericht über die Ministerkonferenz der NATO in Paris³

Die Ministerkonferenz beriet am Vormittag des 14. Dezember 1961⁴ über militärische Fragen (vgl. II der Tagesordnung)

A1) (der Tagesordnung) Zunächst trug der Vorsitzende der Standing Group, Admiral Douguet, die derzeitige Feindbeurteilung vor. Dieser Bericht entspricht im wesentlichen der deutschen Beurteilung.

A2) Danach wurde der militärische Fortschrittsbericht Dokument MC5/16⁵ zur Kenntnis genommen. Generalsekretär Stikker wies auf die Bedeutung des Para⁶ 7 des Dokuments hin. Es wurde beschlossen, daß der Ständige NATO-Rat den militärischen Fortschrittsbericht weiter behandeln solle (follow up).

A3) Die Diskussion zur Zwischenjahreserhebung 1961 wurde von Generalsekretär Stikker eingeleitet. Er sagte, der im Mai 1961 in Oslo erteilte Auftrag an den Rat, im Rahmen der Politischen Direktiven und des Strategischen Konzepts der NATO die strategische Planung der NATO zu überprüfen⁷, hätte vor allem wegen der Sofort-Maßnahmen zur Berlin-Krise noch nicht zu Ende geführt werden können. Stikker betonte, daß das Strategische Konzept der NATO (MC14/2) nach wie vor Gültigkeit habe. Die von den Stabschefs der NATO-Staaten im Militärausschuß verabschiedete MC96 liege dem Rat jetzt vor.⁸

¹ Hat Legationsrat Meyer-Lindemann am 14. Dezember 1961 vorgelegen, der vermerkte: „Vorstehendes FS soll erst mit dem ersten Austausch am 15.12. vorgelegt werden. (Anordnung Dr. Osterheld).“

Hat Legationsrat von Klewitz am 14. Dezember 1961 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Schwartz (B[itte] H[errn] Dr. Scheske m[it] Bericht) 1–3 vorlegen.“

Hat Legationsrat I. Klasse Scheske am 22. Februar 1962 vorgelegen.

² Zum Bericht des Bundesministers Schröder, z.Z. Paris, über die Sitzung des NATO-Ministerrats am Vormittag des 14. Dezember 1961 vgl. Dok. 550, Anm. 1.

³ Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. auch Dok. 546, Dok. 550 und Dok. 551.

⁴ Zur Erörterung militärischer Fragen in der Sitzung des NATO-Ministerrats am Vormittag des 14. Dezember 1961 vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 15 und Dok. 16.

⁵ Für den Bericht des Militärausschusses vom 11. Dezember 1961 an den NATO-Ministerrat über die militärischen Aktivitäten der NATO im Jahr 1961 (MC 5/16), der in Absatz 7 Defizite der militärischen Vorbereitungen des Bündnisses benannte, vgl. <http://archives.nato.int/the-military-activities-of-the-nato-during-1961-report-no-17>.

⁶ Paragraph.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung vom 8. bis 10. Mai 1961 in Oslo vgl. Dok. 139–142.

Zur Politischen Direktive und zum Strategischen Konzept der NATO vgl. Dok. 45, Anm. 18.

⁸ Zur Vorbereitung der Streitkräftenanforderungen der NATO bis 1966 und zur amerikanischen Haltung hinsichtlich der Ausstattung der NATO mit Mittelstreckenraketen vgl. Dok. 471.

Abschließend sagte Stikker, in der Frage des Einsatzes und der Kontrolle der Atomwaffen seien bisher nur geringe Fortschritte erzielt worden; die Diskussion über die strategische Planung und über die Einführung nuklearer Waffensysteme in der NATO sollte im Ständigen NATO-Rat fortgesetzt und im Hinblick auf die im nächsten Jahre anlaufende Dreijahres-Erhebung beschleunigt werden.

Ich habe danach eine kurze grundsätzliche Erklärung abgegeben und vorgeschlagen, den NATO-Rat mit dem Studium des Problems „NATO-Atomstreitmacht“⁹ zu befassen¹⁰ (Wortlaut der Rede folgt gesondert).

Anschließend gab Minister Strauß eine Erklärung ab¹¹, in der er abschließend den folgenden Vorschlag zur Abstimmung stellte:

1) Bis zu einem bestimmten Zeitpunkt sollten diejenigen Mitgliedstaaten, die den Wunsch hierzu hätten, ihre eigenen Gedanken zur Einführung der MRBM in die NATO und zur Kontrolle der nuklearen Waffen dem NATO-Rat als Diskussionsbasis übermitteln.

2) Der NATO-Rat möge eine politisch-militärische Arbeitsgruppe einsetzen, die das Problem der Kontrolle der Nuklear-Waffen in der NATO und die Frage der Einführung der MRBM in den NATO-Bereich Europa unter Berücksichtigung aller damit verbundenen politischen und militärischen Aspekte prüfen solle. Diese Gruppe sollte Empfehlungen für mögliche Lösungen dieser Probleme ausarbeiten. Die Bundesrepublik hoffe, daß diese Studien noch im Jahre 1962 abgeschlossen werden können. (Wortlaut der Rede folgt.)¹²

Nachdem den Delegationen der Wortlaut der Vorschläge schriftlich vorlag, erklärte zunächst der Vorsitzende des Militärausschusses, US-General Lemnitzer, daß die Bundesrepublik bereits in der Militärausschuß-Sitzung vorgeschlagen hätte, die militärische Seite dieses Problems in der Standing Group vorwärts zu treiben. Der Militärausschuß sei jedoch zu dem Schluß gekommen, daß dieses ohne zusätzliche politische Richtlinien des NATO-Rates nicht möglich sei.

Erst nach Abschluß der Beratung über das Dokument MC 96 im NATO-Rat (voraussichtlich Anfang 1962)¹³ werde dies möglich sein.

Der britische Verteidigungsminister¹⁴ erklärte, daß nach seiner Ansicht zuvor die Beratungen über die strategische Planung abgeschlossen sein sollten. Der

Fortsetzung Fußnote von Seite 2169

Für den Bericht des Militärausschusses vom 30. November 1961 an den NATO-Ministerrat über die Streitkräfteanforderungen der NATO bis 1966 (MC 96) vgl. <http://archives.nato.int/nato-force-requirements-for-end-1966-and-tentative-individual-country-breakdowns-thereof-12>.

Der Bericht wurde vom Militärausschuß auf der Ebene der Generalstabschefs bei seiner Sitzung am 11./12. Dezember 1961 in Paris gebilligt. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, XIII, Dok. 121, S. 347.

⁹ Zu den Überlegungen hinsichtlich der Schaffung einer NATO-Atomstreitmacht vgl. Dok. 497.

¹⁰ Vgl. dazu die Vorschläge des Ministerialdirektors von Hase für die Erklärung des Bundesministers Schröder auf der NATO-Ministerratstagung in Paris; Dok. 525.

¹¹ Zur beabsichtigten Erklärung des Bundesministers Strauß zu einer NATO-Atomstreitmacht auf der NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember in Paris vgl. Dok. 532.

¹² Für die Rede des Bundesministers Strauß auf der NATO-Ministerratstagung am 14. Dezember 1961 vgl. VS-Bd. 1997 (201).

¹³ Mit Drahtbericht Nr. 22 vom 5. Januar 1962 teilte Botschafter von Walther, Paris (NATO), mit, daß der Ständige NATO-Rat die Empfehlungen des Militärausschusses im Bericht über den Streitkräftebedarf bis 1966 angenommen habe. Das Dokument sei in MC 26/4 unnummeriert worden. Vgl. B 130, Bd. 1997 B (201).

¹⁴ Harold Watkinson.

niederländische¹⁵, französische¹⁶ und italienische¹⁷ Verteidigungsminister unterstrichen die Bedeutung der Ausführung von Minister Strauß.

Nachdem der norwegische¹⁸ und der amerikanische¹⁹ Außenminister sowie auch Generalsekretär Stikker sich für weitere Behandlung des deutschen Vorschlags im Ständigen NATO-Rat aussprachen, wurde dieser Vorschlag angenommen.

Der dänische²⁰, italienische und niederländische Minister machten Ausführungen zu den Verteidigungsanstrengungen ihrer Länder, insbesondere zum Plan of Action.²¹

Der griechische Koordinationsminister Papaligouras betonte, daß der Anteil des Bruttosozialprodukts, den Griechenland für Verteidigungszwecke ausbebe, sehr hoch sei. Griechenland sei auf die Hilfe anderer Mitgliedstaaten angewiesen. Er schlug vor, daß in der NATO ein gemeinsamer Verteidigungsfonds geschaffen werde. Der türkische Außenminister²² unterstützte diesen Vorschlag.

Die für die Zwischenjahreserhebung dem Ministerrat vorliegenden Dokumente wurden zur Kenntnis genommen und die Resolution on Defence (CM 61/143 revised)²³ wurde angenommen.

Am Ende der Vormittagssitzung wurde beschlossen, daß entsprechend der griechischen Einladung die nächste Außenministerkonferenz in Athen vom 3.–5. Mai 1962²⁴ stattfinden sollte.

[gez.] Schröder

VS-Bd. 547 (II 7)

¹⁵ Simon Hendrik Visser.

¹⁶ Pierre Messmer.

¹⁷ Giulio Andreotti.

¹⁸ Halvard Lange.

¹⁹ Dean Rusk.

²⁰ Poul Hansen.

²¹ Zum „Plan of Action“ (SHAPE 167/61) des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa (SACEUR), Norstad, der am 23. August 1961 im Ständigen NATO-Rat erläutert wurde, und zu den Stellungnahmen der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 290 und Dok. 411.

²² Selim Sarper.

²³ Für den Wortlaut der „Resolution on Defence 1961“ (CM (61) 143 (Final) vom 14. Dezember 1961, vgl. VS-Bd. 538 (II 7).

²⁴ Zur NATO-Ministerratstagung vom 4. bis 6. Mai 1962 in Athen vgl. AAPD 1962, II, Dok. 202, Dok. 203 und Dok. 207.

548

Botschafter Weber, Kairo, an das Auswärtige Amt**114-10091/61 geheim****Chi-Brief****Aufgabe: 14. Dezember 1961¹****Ankunft: 19. Dezember 1961**

Betr.: Unterredungen mit außenpolitischem Berater Präsident Nassers
hier: Übergabe persönlichen Briefs des Herrn Bundeskanzlers vom
7. Dezember 1961 an Präsident Nasser wegen Verhaftung von Mit-
gliedern der französischen Vermögenskommission²

Bezug: Drahterlaß Plurex Nr. 4084 vom 7.12.61 geheim³ und Schrifterlaß MB
2509/61 geheim vom 7.12.61⁴

1) Nachdem ich am 9. Dezember – wie bereits berichtet⁵ – Text und Übersetzung des Briefes von Herrn Bundeskanzler an Präsident Nasser vom 7. Dezember dem außenpolitischen Berater des Präsidenten, Gesandten Mahmoud Riad, überreicht hatte, übergab ich ihm am 12. Dezember mittags das am Vortage mit Luftkurier eingegangene Originalschreiben zur Weiterleitung an den Präsidenten.

Mahmoud Riad nahm jeden meiner Besuche zum Anlaß ausführlicher Gespräche über die Hintergründe des angeblichen „Spionagefalls“ sowie über die inner- und außenpolitische Lage der VAR. Zu dem Inhalt dieser Gespräche vergleiche im einzelnen unten Ziffer 4–8.

2) Gemäß Drahterlaß Nr. 593 vom 9.12.61 geheim⁶ habe ich bisher die Botschafter der USA, Großbritanniens und Italiens streng vertraulich unterrichtet, jedoch davon abgesehen, sonstigen NATO- oder westlichen Botschaftern trotz deren mehrfach gezeigten Interesses auch nur Andeutungen über unseren Schritt zu machen.

3) Über die von übrigen Mächten in der Angelegenheit unternommenen Schritte erfahre ich folgendes:

a) Der britische Botschafter Sir Harold Beeley unternahm am 11.12. auf Weisung des Foreign Office beim stellv. Außenminister Sulfikar Sabri eine Demarche,

¹ Hat Ministerialdirektor von Hase am 20. Dezember 1961 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Werz und Legationsrat I. Klasse Umland verfügte.

Hat Werz am 20. Dezember 1961 vorgelegen.

Hat Umland am 21. Dezember 1961 vorgelegen.

² Zur Verhaftung von Mitgliedern der französischen Vermögenskommission in Ägypten vgl. Dok. 529.

³ Zum Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Simon, mit dem das Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Präsident Nasser übermittelt wurde, vgl. Dok. 529, Anm. 18.

⁴ Legationsrat I. Klasse Müller übermittelte der Botschaft in Kairo das Original des Schreibens des Bundeskanzlers Adenauer an Präsident Nasser „mit der Bitte um Weiterleitung“. Vgl. VS-Bd. 6123 (Botschaft Kairo); B 150, Aktenkopien 1961.

⁵ Botschafter Weber, Kairo, berichtete am 9. Dezember 1961, daß er den per Drahterlaß übermittelten Text des Schreibens des Bundeskanzlers Adenauer an Präsident Nasser „dem außenpolitischen Berater des Präsidenten, Mahmoud Riad, übergeben“ habe, der sofortige Weitergabe an Nasser zugesagt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1173; B 130, Bd. 2294 A (I B 4)

⁶ Ministerialdirigent Groepper teilte der Botschaft in Kairo mit, daß, „nachdem Bundeskanzler Präsident de Gaulle über Schreiben an Nasser unterrichtet hat, [...] keine Bedenken“ bestünden, den Botschaftern Badeau (USA), Beeley (Großbritannien) und Magistrati (Italien) „deutschen Schritt vertraulich zur Kenntnis zu bringen“. Vgl. B 130, Bd. 2294 A (I B 4).

ohne ihn allerdings vorher über deren Gegenstand zu unterrichten. Wie mir Sir Harold Beeley berichtete, soll sich Sulfikar Sabri äußerst ablehnend verhalten haben und die Legitimation Großbritanniens wegen des bilateralen Charakters des Falles bestritten haben. Sulfikar Sabri soll dabei ferner erklärt haben, er würde den britischen Botschafter überhaupt nicht empfangen haben, wenn er den Gegenstand der Demarche zuvor gekannt hätte. Dem Besuch Sir Harold Beeleys sei wenige Tage zuvor eine Unterredung Lord Homes mit dem VAR-Botschafter in London⁷ vorausgegangen, in der Lord Home die Auffassung der englischen Regierung „sehr deutlich zum Ausdruck gebracht habe“.

b) Der amerikanische Botschafter Badeau hatte ebenfalls von seiner Regierung Weisung, die Angelegenheit in geeigneter Form zur Sprache zu bringen, jedoch mit der Einschränkung, die aufgetauchten materiellen Fragen nicht zu vertiefen. Er sollte vielmehr in erster Linie das Recht der diplomatischen Missionen betonen, sich eine eigene Meinung über die Situation des Gastlandes zu verschaffen und darüber der eigenen Regierung zu berichten. Eine solche Tätigkeit war nämlich den französischen Vertretern im Verlauf der Voruntersuchung als Spionage ausgelegt worden. Da Botschafter Badeau als langjähriger Rektor der amerikanischen Universität in Kairo genügend mit den hiesigen Verhältnissen vertraut ist, um zu wissen, daß Demarchen bei derart heiklen Angelegenheiten im Außenministerium ohne praktischen Nutzen sind, hat er es vorgezogen, zu dem ihm aus seiner früheren Tätigkeit gut bekannten jetzigen Vizepräsidenten und Sicherheitsminister Zakharia Muhyiddin zu gehen. Die erste Frage, die Zakharia ihm stellte – nachdem er den Zweck seines Besuches erfahren hatte –, war, ob er im Auftrag oder auf Veranlassung der Franzosen bei ihm erscheine. Badeau hat diese Frage nachdrücklich verneint und darauf hingewiesen, daß er ein Problem ansprechen wolle, das für alle hier akkreditierten diplomatischen Missionen von gleichem Gewicht sei, wenn es auch erst im Zusammenhang mit der Verhaftung der französischen Beamten aufgetaucht sei. Badeau hat im Verlauf der Unterredung Zakharia Muhyiddin klargemacht, daß jede weitere Hilfeleistung der amerikanischen Regierung an die VAR davon abhängt, daß sich die US-Regierung ein klares, ungeschminktes Bild von der wirtschaftlichen Lage des Landes machen könne. Dazu sei sie aber nur auf Grund der Berichterstattung des Botschafters imstande. Werde dem Botschafter die Möglichkeit zu einer unbeeinflussten, objektiven Berichterstattung genommen, so könne das nur zum Nachteil der VAR sein. Zakharia Muhyiddin mußte im Laufe des Gesprächs zugeben, daß die im Zusammenhang mit dem Verfahren gegen die Franzosen von ägyptischer Seite vertretene These, ausländische Missionen dürften sich für ihre Berichterstattung nur an die von der Regierung des Gastlandes freiwillig zur Verfügung gestellten amtlichen Unterlagen halten, praktisch nicht zu halten sei, zumal ihm Badeau die offensichtlich peinliche Frage stellte, ob auch die Missionen der VAR im Ausland bisher nur auf dieser Grundlage gearbeitet hätten und in Zukunft zu arbeiten gedächten. Botschafter Badeau glaubt allerdings nicht, daß die Unterredung mit dem Vizepräsidenten von großem Nutzen für die Lage der verhafteten Franzosen gewesen ist und daß das Einlenken des Vizepräsidenten in der Berichterstattungsfrage an der grundsätzlichen Haltung der VAR-Regierung irgend etwas ändert.

⁷ Mohamed Awad El-Kony.

c) Auch der österreichische Botschafter Standenat hat vor einigen Tagen im Außenministerium bei UStS Hafiz Ismail vorgesprochen, um von ihm in der Frage der Immunität eine verbindliche Auskunft zu erhalten. Wie zu erwarten, ist diese Demarche völlig unbefriedigend ausgegangen, da der UStS, ohne auf die bestehenden Abmachungen und völkerrechtlichen Grundsätze in der Immunitätsfrage überhaupt einzugehen, einen grundsätzlich negativen Standpunkt einnahm.

d) Von dem dänischen⁸ und holländischen⁹ Botschafter wurde ich unterrichtet, daß sie Instruktionen erhalten haben, gleichfalls im Außenministerium zu demarchieren. Nach dem völlig negativen Verlauf der Demarche Sir Harold Beeleys haben meine beiden Kollegen aber die ernste Befürchtung, ob sie überhaupt zu einer sachlichen Erörterung ihres Anliegens kommen werden.

e) Wie mir der italienische Botschafter Conte Magistrati mitteilte, hat er – entsprechend den Weisungen seiner Regierung – im Außenministerium vorgesprochen, seinen Ausführungen jedoch nicht den Charakter einer Intervention wie der englische Botschafter, sondern die Form „guter Dienste“ gegeben.

4) Im Verlauf meiner ersten Unterhaltung mit Mahmoud Riad stellte ich zunächst die naheliegende Frage, warum sich die VAR-Regierung zu einer Verhaftung der Kommissionsmitglieder entschlossen habe, obwohl vorauszusehen war, daß sich hieraus ein Rattenschwanz von Interventionen und Schwierigkeiten auf völkerrechtlichem Gebiet ergeben würde. Zu meinem großen Erstaunen erwiderte mein Gesprächspartner, diese Verhaftungen zielten im Grunde nicht auf Frankreich und sollten auch nicht den Betroffenen selbst gelten. Man habe aber nach den Ereignissen in Syrien¹⁰ auch hier in Ägypten Spuren einer weitverzweigten Verschwörung entdeckt, die den gewaltsamen Umsturz des Regimes zum Ziel gehabt habe. Die Verhaftung der Mitglieder der Kommission, die Voruntersuchung, Anklageerhebung und das Verfahren selbst würden Gelegenheit geben, die Hintergründe dieser Verschwörung im einzelnen aufzudecken. Auf meinen Einwand, daß die Geheimpolizei sicher bessere Informationen habe, als in einem Gerichtsverfahren zu erlangen seien, erwiderte mein Gesprächspartner lachend, der Geheimdienst habe auch von dem Putsch in Syrien vorher nichts gemerkt. Bei meinem zweiten Besuch ging Mahmoud Riad wieder auf das gleiche Thema ein und betonte noch einmal nachdrücklich, daß die Verhaftungen und Beschlagnahmen bei der französischen Vermögenskommission in erster Linie dem Ziel gelten, weitere Fingerzeige für die Aufdeckung des umfassenden Spionage- und Verschwörernetzes zu erhalten.

5) Bei der Darlegung der angeblichen Hintergründe des Spionagefalls nahm Mahmoud Riad die Gelegenheit wahr, sich über die grundsätzliche Einstellung der VAR zu Frankreich und England in einer z.T. überraschenden Weise zu äußern.

So legte er offensichtlich Wert darauf, zu betonen, die ägyptischen Maßnahmen gegen die Vermögenskommission sollten keineswegs so ausgelegt werden, als

⁸ Svend Aage Sandager Jeppesen.

⁹ Eduard Star Busmann.

¹⁰ Zum Ausscheiden Syriens aus der VAR und zur Gründung der Arabischen Republik Syrien am 29. September 1961 vgl. Dok. 385, besonders Anm. 2.

ob die VAR die bestehenden Vereinbarungen mit Frankreich einseitig brechen würde. So habe man nicht die Absicht, das VAR-Handelsbüro in Paris aufzugeben, und sei auch bereit, die französische Vermögenskommission nach Neubesetzung mit anderen Beamten in Kairo weiterarbeiten zu lassen. Man hoffe sogar, nach der Bereinigung der Algier-Frage wieder normale Beziehungen zu Frankreich aufnehmen zu können. Zwar gebe es noch zwei dornige Probleme – das Schicksal der Colons und die Sahara-Frage – zu lösen. De Gaulle sei der einzige, der sich überhaupt an eine endgültige Lösung des Algier-Problems wagen könne, und man hoffe, daß er bald zu einem Ergebnis komme.¹¹

Die derzeitigen engen Beziehungen Frankreichs zu Israel nehme man nicht allzu tragisch, da man den Eindruck habe, daß Frankreich diese Beziehungen nur pflege, um die arabischen Staaten zu reizen. Wenn erst einmal Frankreich seine normalen diplomatischen Beziehungen mit denjenigen arabischen Staaten, in denen es zur Zeit nicht vertreten sei, wiederaufgenommen habe, würden zwangsläufig auch die Bindungen zu Israel wieder loser werden.

Alles in allem habe man es bedauert, daß England im vorigen Jahr bei der Normalisierung des Verhältnisses den Franzosen zuvorgekommen sei.¹²

Ganz entgegengesetzt und von einem unüberhörbaren Ton leidenschaftlicher Emotion getragen waren seine Ausführungen über Großbritannien. Er unterstellte den Briten, daß es nach wie vor das Hauptziel ihrer Politik im Nahen Orient sei, ihre frühere beherrschende Stellung auf dem Wege über Jordanien und neuerdings auch über Syrien wiederherzustellen. Man neigt nach den Äußerungen meines Gesprächspartners, der insofern sicher nur „die Stimme seines Herrn“ ist, überhaupt dazu, die britische Regierung ganz generell für alle Ereignisse im Nahen Osten verantwortlich zu machen, die sich gegen die arabische Einheit und die von der VAR propagierte Form des arabischen Nationalismus richten. Angeblich hat man in der Präsidentschaft bestimmte Beweise dafür in Händen, daß auch der Putsch in Syrien von britischer Seite gefördert und gesteuert wurde. Wie weit die Animosität gegen Großbritannien geht, zeigt die von Mahmoud Riad ganz ernsthaft vertretene Behauptung, die britische Regierung habe wahrscheinlich auch bei dem ägyptischen Komplott ihre Hände im Spiel, wenn sie sich – wie ihre Demarchen in London und Kairo zeigten – so stark in diesem Fall engagierte.

In diesem Zusammenhang bemerkte Mahmoud Riad, der Schritt des Herrn Bundeskanzlers steche vorteilhaft von der Intervention der britischen Regierung ab, da er die Achtung vor der Souveränität der VAR, den guten Willen und die

¹¹ Zu den Verhandlungen zwischen der französischen und der provisorischen algerischen Regierung vgl. Dok. 539, Anm. 4.

Die Gespräche wurden vom 7. bis 18. März 1962 in Evian fortgesetzt und endeten mit dem Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens sowie Prinzipienerklärungen über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit, über die Nutzung der Bodenschätze in der Sahara, über die kulturelle Zusammenarbeit, über die technische Zusammenarbeit und über militärische Fragen. Für den Wortlaut des Abkommens von Evian vgl. JOURNAL OFFICIEL. LOIS ET DÉCRETS 1962, S. 3019–3032. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 218–225. Vgl. auch DDF 1962, I, S. 257–301.

¹² Präsident Nasser und Premierminister Macmillan vereinbarten bei einem Treffen am 3. Oktober 1960 in New York die Wiederaufnahme der während der Suez-Krise 1956 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und der VAR.

freundschaftlichen Gefühle zum Ausdruck bringe, von denen man in Deutschland gegenüber dem Präsidenten beseelt sei.

6) Mahmoud Riad kam dann auf die innerpolitische und wirtschaftliche Lage Ägyptens zu sprechen und leugnete nicht, daß sie recht prekär sei. Einmal sei hieran der schlechte Ausfall der Baumwollernte schuld. Immerhin habe man aus der letztjährigen Ernte noch 2 Millionen Kantar in Reserve, die nunmehr auf den Markt geworfen würden, so daß in Endeffekt die Ausfuhr in diesem Jahre nicht viel unter der Ausfuhr der normalen Jahre liegen würde. Allerdings seien dann die Reserven aufgebraucht.

Auf der anderen Seite hätten auch zweifellos die vielen Verstaatlichungs- und Umstellungsmaßnahmen einiges zu den Schwierigkeiten beigetragen, wenn auch kein Grund zur ernsthaften Beunruhigung vorhanden sei. Es fehle insbesondere an einer guten, geordneten Verwaltung, an Experten und Facharbeitern und auch an Erfahrungen des nun in staatlichen Händen zentralisierten Außenhandels.

Hier wandte ich ein, daß unsere Erfahrungen mit einem verstaatlichten Export- und Importhandel (Joint Import and Export Agency 1946–47) nicht sehr ermutigend gewesen seien. In der Vorkriegszeit hätte sich z.B. der deutsche Außenhandel aus täglich 80 000–85 000 Kontrakten zusammengesetzt, und keine Organisation der Welt sei imstande – auch für das vielleicht geringe Handelsvolumen Ägyptens – derartig vielfältige Einzelbeziehungen durch staatliche Organisationschemata zu ersetzen.

Ich bemerkte ferner, daß nach unseren Beobachtungen, z.B. bei der Belegung der großen Hotels, der Touristenverkehr in diesem Jahr erheblich nachgelassen habe. Mahmoud Riad war über diese Feststellung außerordentlich erstaunt. Aus seiner Reaktion ging hervor, daß er bisher offenbar ein Opfer der Schönfärberei seiner eigenen Touristenverwaltung gewesen war.

Zusammenfassend stellte Mahmoud Riad fest, die Regierung gebe sich keinen Illusionen über die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Situation hin. Es werde mindestens drei bis fünf Jahre harten Kampfes bedürfen, um aus dem Größten herauszukommen und eine einigermaßen befriedigende Situation im Lande herzustellen. Man wolle aber in allen wirtschaftlichen Fragen nicht dogmatisch vorgehen, sondern flexibel bleiben und allmählich herausfinden, welcher Weg für die besonderen Verhältnisse Ägyptens der geeignete ist. Man rechne dabei auch weiterhin mit der wohlwollenden Unterstützung der Bundesrepublik, die sich bisher so bewährt habe.

7) Zur Außenpolitik ließen die Ausführungen Mahmoud Riads erkennen, daß man sich nach dem durch die Trennung Syriens erlittenen Schock im Verhältnis zu anderen arabischen Ländern zunächst größere Zurückhaltung auferlegen will. Mein vorsichtiger Hinweis, ob z.B. die großen Ölfunde in Libyen nicht Anlaß zu der Überlegung bieten könnten, mit diesem Lande engere – zunächst wirtschaftliche – Bindungen einzugehen, beantwortete Mahmoud Riad mit dem sehr impulsiv vorgetragenen Argument, man hätte von dem syrischen Abenteuer, in das man sich ohne eigenen Willen eingelassen habe, zunächst „die Nase so voll“, daß man nicht daran denke, sich erneut in derartige Experimente einzulassen.

Zum Deutschland- und Berlin-Problem entspricht die Haltung der VAR nach der Versicherung Mahmoud Riads unverändert der in Belgrad eingenommenen

Linie¹³. Insbesondere denkt Präsident Nasser nicht daran, die Frage der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands dadurch weiter zu komplizieren, daß man zwei deutsche Staaten anerkenne. Auf meine ausdrückliche Frage bestätigte Mahmoud Riad, daß auch der kürzliche Besuch des Sowjetzonenministers Scholz in Kairo¹⁴ an dieser Haltung nichts geändert habe und daß dabei keine Vereinbarungen oder Bindungen eingegangen worden seien, die unser Verhältnis zur VAR belasten könnten.

8) Ich möchte den Inhalt meiner Gespräche wie folgt zusammenfassen:

Die derzeitigen Maßnahmen der VAR-Regierung, insbesondere das Verfahren gegen die französische Vermögenskommission, sind nur das Symptom für ihre Angst und Besorgnis vor inner- und außenpolitischen Konspirationen gegen das Regime.

Aus dieser Psychose heraus muß – wie auch schon in der Presse angedeutet wurde – mit weiteren ähnlichen Verfahren gerechnet werden, bei denen Großbritannien, vielleicht auch der Sudan, Italien und die USA, eine Rolle spielen könnten. Mit der Durchführung des Prozesses gegen die französischen Beamten muß gerechnet werden¹⁵, wenn auch – da man in Frankreich offenbar nicht den Hauptfeind der Verschwörung sieht – die Möglichkeit besteht, daß man die französischen Beamten früher oder später abschiebt.¹⁶

Über die wirtschaftliche Lage macht sich das Regime keine Illusionen. Es rechnet mit einer sehr langen, auf drei bis fünf Jahre anzusetzenden Übergangsfrist zur Herstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse und hofft, in dieser Zeit einen gut funktionierenden Verwaltungsapparat und eine störungsfreie Wirtschaftsorganisation aufbauen zu können.

Außenpolitisch neigt man nach dem Fehlschlag des syrischen Abenteuers zur Zurückhaltung gegenüber den arabischen Nachbarn und wird sich wahrscheinlich auch durch östliche Drohungen oder Versprechen nicht von der bisher eingenommenen Linie der Neutralität gegenüber den weltpolitischen Auseinandersetzungen abbringen lassen.¹⁷

[gez.] Weber

B 130, Bd. 2266 A (I A 5)

¹³ Zur Konferenz blockfreier Staaten vom 1. bis 6. September 1961 in Belgrad vgl. Dok. 334.

Für die vom Konferenzsekretariat ausgegebene Fassung der Rede des Präsidenten Nasser vom 1. September 1961 vgl. B 12 (Referat 708), Bd. 894.

¹⁴ Der Minister für Bauwesen der DDR, Scholz, hielt sich vom 2. bis 8. Dezember 1961 in der VAR auf.

¹⁵ Der Prozeß gegen die Mitglieder der französischen Vermögenskommission wurde am 15. Januar 1962 in Kairo eröffnet. Botschafter Weber, Kairo, informierte am 22. Februar 1962, der „mit großem Propaganda-Aufwand eingeleitete“ Prozeß scheine „langsam einzuschlafen“. Er habe „seinen Zweck erfüllt. Der Öffentlichkeit wurde, um Schuldige für die politische und wirtschaftliche Misere der VAR zu finden, ein warnendes Beispiel für die unvermindert anhaltenden ‚imperialistischen Verschwörungen‘ gegen die VAR präsentiert. Als naheliegendstes, weil wehrloses Opfer bot sich hierfür Frankreich an. Zugleich hat die Verhaftung der mitangeklagten Ägypter wegen Weitergabe von Informationen ihre abschreckende Wirkung auf die Kontakt- und Mitteilungsfreudigkeit ägyptischer Staatsbürger gegenüber Ausländern und vor allem Angehörigen ausländischer Vertretungen nicht verfehlt.“ Vgl. den Schriftbericht; B 12 (Referat 708), Bd. 889.

¹⁶ Botschafter Weber, Kairo, berichtete am 10. April 1962, daß „mit der Freilassung der französischen Diplomaten in Kairo das letzte das französisch-ägyptische Verhältnis stärker belastende Moment beseitigt worden“ sei. Vgl. den Drahtbericht Nr. 322; B 12 (Referat 708), Bd. 889.

¹⁷ Am 27. Dezember 1961 informierte der französische Botschafter Seydoux Außenminister Couve de Murville über die Berichterstattung des Botschafters Weber, Kairo, die der französischen Botschaft in Bonn vertraulich zur Kenntnis gegeben worden sei. Vgl. dazu DDF 1961, II, S. 781 f.

Gespräch des Bundeskanzlers Adenauer mit dem britischen Botschafter Steel

115-123.A/61 geheim

15. Dezember 1961¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 15. Dezember 1961 um 12.30 Uhr den britischen Botschafter, Sir Christopher Steel, zu einer Unterredung, an der VLRI Dr. Osterheld teilnahm.

Der *Botschafter* dankte dem Herrn Bundeskanzler zunächst im Auftrage des Premierministers² für seine Bemühungen in der Angelegenheit des Raumforschungsprojekts. Die italienischen Experten seien alle dagegen gewesen³, aber nunmehr sei eine der Hauptschwierigkeiten aus dem Weg geräumt.⁴

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er habe das gerne getan. Er kam sodann auf die Pariser Konferenz⁵ zu sprechen und sagte, er verstehe die ganzen Vorgänge nicht. Er selbst sei dafür, daß möglichst bald eine Konferenz ausschließlich über Berlin zustande komme, damit die Berliner zur Ruhe kämen und keine innere Flucht einsetze. Diesen Standpunkt habe er Präsident Kennedy⁶ und General de Gaulle⁷ gegenüber dargelegt und habe auch gesagt, daß er es nicht für gut halte, wenn Botschafter Alphanod nur noch als Beobachter und nicht als agierendes Mitglied an den Besprechungen teilnehme. De Gaulle sei zu Beginn der Gespräche zunächst anderer Ansicht gewesen, habe sich aber im Laufe des Tages seiner eigenen Ansicht sehr stark angenähert. Er habe gesagt, auch er sei für eine baldige Berlinkonferenz, doch sei er dafür, daß vorher in Moskau festgestellt werde, ob der Konferenzgedanke auf eine günstige Aufnahme stoße, da es ein schlechter Anfang einer Konferenz wäre, wenn man Moskau nachliefe.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Weber am 15. Dezember 1961 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Osterheld, Bundeskanzleramt, am 18. Dezember 1961 vorgelesen.

² Harold Macmillan.

³ Zum Stand der Gespräche über ein gemeinsames europäisches Satellitenprogramm auf der Basis der britischen Trägerrakete vom Typ „Blue Streak“ vgl. Dok. 373, Anm. 2.

Der Leiter der technischen Abteilung der deutschen Delegation, Bock, legte am 6. November 1961 dar, daß auf der Konferenz über die Gründung einer Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) vom 30. Oktober bis 3. November 1961 in London von italienischer Seite mehrere Einwände gegen die Gründung erhoben worden seien. Daraufhin sei von der deutschen Delegation ein Kompromißvorschlag vorgelegt worden, der neben dem ursprünglich geplanten Programm Vorarbeiten für ein technisch weiter fortgeschrittenes vorsah und eine Evaluierung der Programme in zwei Jahren stipulierte. Dieser Vorschlag sei von allen Delegationen begrüßt worden. Vgl. B 22 (Referat 202), Bd. 236.

⁴ Am 6. Dezember 1961 entschied die italienische Regierung unter Berufung auf den deutschen Vorschlag, sich an ELDO zu beteiligen. Vgl. dazu das Aide-mémoire der italienischen Botschaft vom 12. Dezember 1961; B 22 (Referat 202), Bd. 237.

Zu den weiteren Verhandlungen und zur Zeichnung Übereinkommens zur Gründung der ELDO am 29. März 1962 vgl. AAPD 1962, I, Dok. 34 und Dok. 91.

⁵ Zur Konferenz der Außenminister Couve de Murville (Frankreich), Lord Home (Großbritannien), Rusk (USA) und Schröder am 11./12. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 553.

⁶ Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 19. bis 22. November 1961 in den USA auf. Für die Gespräche mit Präsident Kennedy in Washington vgl. Dok. 508, Dok. 512 und Dok. 514.

⁷ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle am 9. Dezember 1961 in Paris vgl. Dok. 542 und Dok. 543.

Unter Bezugnahme auf die jüngsten sowjetischen Schritte sagte der Herr Bundeskanzler, daß dies kein gutes Verhandlungsklima zu sein scheine und daß man unter diesen Umständen genausogut zwei oder drei Wochen warten könne. Es sei ihm aber völlig schleierhaft, wie sich die Außenminister so lange über eine Sache hätten unterhalten können, die seiner Meinung nach unter allgemeiner Übereinstimmung in einer halben Stunde hätte geregelt werden können.

Der *Botschafter* erwähnte, daß nach seinen Informationen der Bericht Couve de Murvilles über de Gaulles Haltung nicht so günstig gewesen sei wie die Darlegung des Herrn Bundeskanzlers.

Der Herr *Bundeskanzler* hob hervor, daß de Gaulle in seiner Anwesenheit Couve de Murville über die Gespräche unter vier Augen in dem oben dargelegten Sinne unterrichtet habe.⁸ De Gaulle habe dann noch hinzugefügt, daß dies ja nicht in den Zeitungen zu stehen brauche.

Zu der bevorstehenden Begegnung Kennedy/Macmillan⁹ sagte der *Botschafter*, der Präsident und der Premierminister wollten, soweit ihm bekannt sei, in ihren Gesprächen zu einem Beschluß kommen, über den der Herr Bundeskanzler dann auch unterrichtet würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete die Begegnung auf Bermuda als sehr gut und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bis dahin in Großbritannien die Krise wegen Katanga¹⁰ überwunden sei. Er schloß sich der Auffassung des Botschafters an, daß es nicht Aufgabe der VN sei, die Menschen dort zu einer politischen Entscheidung zu zwingen. Aufgabe der VN sei es, den Frieden zu wahren. Aus diesem Grunde habe er es auch abgelehnt, den VN Geld zu geben.¹¹ Er sei der Auffassung, daß die VN langsam aber sicher ihrem Ende entgegengingen.

Der *Botschafter* bezeichnete die Zustände als ziemlich idiotisch, da die Weisungen, die vom Generalsekretär¹² in New York kämen, an Ort und Stelle von den Irländern und Indern überhaupt nicht beachtet würden. Der irische General¹³ sei entsetzlich. Er sei offiziell wegen einer Liebesaffäre aus dem irischen Dienst ausgeschieden, Tatsache sei aber, daß ihn die irische Regierung nicht mehr decke. Die Vereinigten Staaten jedoch wollten die VN um jeden Preis unterstützen. Sie

⁸ Für das deutsch-französische Regierungsgespräch am 9. Dezember 1961, in dem Bundeskanzler Adenauer und Staatspräsident de Gaulle die Delegationen über die Ergebnisse ihrer vorangegangenen Vier-Augen-Gespräche informierten, vgl. VS-Bd. 2245 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1961.

⁹ Präsident Kennedy und Premierminister Macmillan trafen am 21./22. Dezember 1961 auf den Bermudas zusammen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, VII, Dok. 111 und Dok. 112, S. 272–281. Vgl. dazu ferner FRUS 1961–1963, XIV, Dok. 243 und Dok. 244, S. 696–704. Vgl. außerdem MACMILLAN, Diaries, S. 436f.

¹⁰ Zur Situation in der kongolesischen Provinz Katanga vgl. Dok. 461.

Am 24. November 1961 bekräftigte der UNO-Sicherheitsrat die bereits in früheren Resolutionen formulierten Ziele des Eingreifens in den Bürgerkrieg in der Republik Kongo (Léopoldville) und ermächtigte den amtierenden UNO-Generalsekretär U Thant erneut zu notfalls auch gewaltsamem Vorgehen. Vgl. dazu die Resolution Nr. 169; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. IV, S. 41–43.

Die Entscheidung der britischen Regierung vom 7. Dezember 1961 „to supply 24 1000lb bombs to U.N. for their operation in the Congo, against the attacks of the Katanga forces“, führte am 11. und 14. Dezember 1961 zu Auseinandersetzungen im britischen Unterhaus. Vgl. MACMILLAN, Diaries, S. 433–435, hier S. 433. Vgl. dazu auch HANSARD, COMMONS, Bd. 651, Sp. 32–45 und Sp. 634–764.

¹¹ Zur Zeichnung einer UNO-Anleihe durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 562.

¹² Sithu U Thant.

¹³ Sean McKeown.

beriefen sich dabei immer auf die öffentliche Meinung und die antikolonialistische Einstellung.

Abschließend sagte der Herr *Bundeskanzler*, er würde es für zweckmäßig halten, wenn sich die britische Regierung Gedanken darüber machen würde, wie man im Falle eines Zusammenbruchs der Vereinten Nationen eine gewisse Ordnung aufrechterhalten könne.

Der *Botschafter* sagte, er glaube, darüber habe man bereits einige Vorstellungen. Das Gespräch endete gegen 12.50 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand III/60

550

Bundesminister Schröder, z.Z. Paris, an das Auswärtige Amt

114-9968/61 geheim
Fernschreiben Nr. 1348
Citissime

Aufgabe: 15. Dezember 1961, 13.30 Uhr
Ankunft: 15. Dezember 1961, 15.15 Uhr

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1343 vom 14.12.1961 – geheim¹

Fünfter Bericht über die NATO-Ministerkonferenz²

In der Nachmittagssitzung am 14. Dezember³ bemängelten die Außenminister Norwegens und Kanadas⁴, daß die Presse-Berichterstattung über die Diskussion der Kongofrage in der Sitzung am 13. Dezember den Eindruck erweckte, als ob die amerikanische Politik der Unterstützung der UNO-Aktion im Kongo von allen anderen NATO-Staaten kritisiert worden sei.⁵ Norwegen und Kanada teilten die amerikanische Beurteilung und hielten die UNO-Aktion im Kongo und im Katanga für das einzige Mittel, Chaos und Anarchie im Kongo zu verhindern.

¹ Bundesminister Schröder, z.Z. Paris, informierte über die Sitzung des NATO-Ministerrats am Nachmittag des 13. Dezember 1961. Themen waren die Lage in Neu-Guinea und auf dem Balkan, besonders aber die aktuelle Situation in der Republik Kongo (Léopoldville). Der belgische Außenminister Spaak „kritisierte scharf die VN-Aktion in Katanga und die Rolle, die einige NATO-Partner dabei spielten. [...] Zugegebenermaßen hätten sich im Kongo Dinge abgespielt, die eine Polizeiaktion notwendig gemacht hätten. Die VN führten jetzt aber einen wirklichen Krieg [...]“. Auch Lord Home kritisierte die VN-Aktion in Katanga. [...] Couve de Murville erinnerte daran, daß die französische Regierung seit jeher gegen die Tätigkeit der VN im Kongo gewesen sei. Die einzig mögliche Lösung bestehe jetzt in einer sofortigen Feuereinstellung.“ Auch der niederländische Außenminister Luns und sein griechischer Amtskollege Averoff-Tossizza hätten sich für einen baldigen Waffenstillstand ausgesprochen. Vgl. VS-Bd. 8488 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1961.

² Zur NATO-Ministerratstagung vom 13. bis 15. Dezember 1961 in Paris vgl. auch Dok. 546, Dok. 547 und Dok. 551.

³ Zur Sitzung des NATO-Ministerrats am Nachmittag des 14. Dezember 1961 vgl. auch FRUS 1961–1963, Western Europe; Berlin, Microfiche Supplement, Dok. 13 und Dok. 14.

⁴ Howard Green.

⁵ In der Presse wurde berichtet, daß es bei der Diskussion der Lage in der Republik Kongo (Léopoldville) durch den NATO-Ministerrat am 13. Dezember 1961 Differenzen zwischen den USA und anderen NATO-Mitgliedstaaten gegeben habe. Vgl. den Artikel „Die erste Phase der Operationen in Katanga beendet“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Dezember 1961, S. 1.

Auf Bitten Langes versprach Stikker, dafür zu sorgen, daß die Presse über diese Haltung Norwegens und Kanadas unterrichtet werden würde.

Der portugiesische Außenminister Nogueira gab sodann eine vorzüglich formulierte und eindrucksvolle Erklärung ab. Er forderte eine weltweite Solidarität der NATO-Staaten als Antwort auf die weltweite politische Offensive des Sowjetblocks, von der die Berlinfrage nur ein Teilaspekt sei. Die NATO-Staaten könnten sich auf die Solidarität Portugals in der Berlinfrage verlassen. Leider seien zahlreiche NATO-Staaten der Auffassung, daß die Solidarität der NATO-Partner auf Europa beschränkt sei und sie nicht daran zu hindern brauche, in außer-europäischen Fragen die Feinde Portugals zu unterstützen.⁶

Nogueira teilte abschließend mit, daß seine Regierung in den nächsten Tagen einen Waffenangriff Indiens auf Goa erwarte.⁷ Die Außenminister der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erklärten dazu, ihre Regierungen hätten bereits in Indien in nachdrücklicher Form von Gewaltanwendung gegenüber Goa abgeraten. Nogueira bedankte sich für diese Mitteilung und bat die übrigen NATO-Staaten, dem Beispiel Großbritanniens und der Vereinigten Staaten zu folgen.⁸

Am 15. Dezember vormittags gab türkischer Außenminister Sarper einen ausführlichen Überblick über die Probleme im Mittleren Osten, in dem er u. a. ausführte:

- a) Wahrscheinlich werde Ägypten bald wieder die Beziehungen zur Türkei aufzunehmen suchen.⁹
- b) Die Entwicklung in Syrien sei für den Westen erfreulich, mangels Stabilität dürfe man jedoch nicht zu optimistisch sein.
- c) Die CENTO habe nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Eindämmung des Kommunismus.

⁶ Zur Haltung der NATO-Mitgliedstaaten zur portugiesischen Überseepolitik vgl. zuletzt Dok. 379.

⁷ Nach Schüssen auf indische Schiffe im Seegebiet vor Goa im November 1961 forderte Ministerpräsident Nehru am 7. Dezember 1961 den Rückzug Portugals aus der portugiesischen Überseeprovinz „Estado da India“. Am 11. Dezember 1961 erklärte die indische Regierung, daß portugiesische Truppen von Goa aus ein indisches Dorf beschossen hätten. Vgl. dazu die Artikel „Verschärfung des Konflikts um Goa“ und „Indiens Aufmarsch vor Goa“; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 12. Dezember 1961, Bl. 3, bzw. Fernausgabe vom 13. Dezember 1961, Bl. 2.

⁸ Staatssekretär Carstens, z. Z. Paris, übermittelte am 14. Dezember 1961 eine entsprechende Weisung an die Botschaft in Neu Delhi. Der indischen Regierung sollte mitgeteilt werden: „Die Bundesregierung sei über Nachrichten, wonach ein militärisches Eingreifen in Goa als möglich erscheine, beunruhigt. Entsprechend der von ihr ständig eingenommenen Haltung möchte die Bundesregierung die indische Regierung wissen lassen, daß nach Auffassung der Bundesregierung internationale Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege gelöst werden sollten. Die Bundesregierung appelliere an die indische Regierung, nach diesem Grundsatz auch in der jetzigen Situation zu verfahren.“ Vgl. das Fernschreiben Nr. 1399, B 130, Bd. 3609 A (AB).

Botschafter Duckwitz, Neu-Delhi, berichtete am 17. Dezember 1961, daß er Ministerpräsident Nehru am Vortrag auf die Goa-Frage angesprochen und dieser erklärt habe, daß „die indische Regierung eine friedliche Lösung anstrebe, aber ‚dies hängt nicht allein von uns ab‘. Auf meine abschließende Bemerkung, daß die Bundesregierung einen bewaffneten Konflikt zwischen zwei Nationen, denen sie sich gleichermaßen freundschaftlich verbunden fühle, sehr bedauern werde, reagierte Nehru nur mit verständnisvollem Kopfnicken. Angesichts der notorischen Empfindlichkeit Nehrus erschien mir eine Vertiefung des Themas der Sache nicht förderlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 506; B 130, Bd. 2323 A (I B 5).

⁹ Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der VAR und der Türkei am 1. Oktober 1961 vgl. Dok. 406, Anm. 6.

d) Der Fall Albanien¹⁰ gäbe Anlaß zu der Überlegung, ob der Westen sich mit der Registrierung und Analyse solcher Entwicklungen begnügen oder ob man versuchen sollte, durch eigene¹¹ Initiative Vorteile daraus zu ziehen. So habe man vor zehn Jahren aus den Differenzen zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion durch die Gründung des Balkan-Paktes wenigstens vorübergehenden Nutzen gezogen.¹² Man müsse dabei mit Phantasie, Takt und Diskretion vorgehen. In Albanien könne man z.B. im Augenblick mit Wirtschaftshilfe manches erreichen, außerdem sollte man vielleicht die Zahl der westlichen diplomatischen Missionen in Tirana verstärken.

Home begrüßte die Anregung und schlug vor, die Atlantic Policy Advisory Group mit einer Studie dieser Probleme zu beauftragen.

Im übrigen wies er auf den Rückgang von Nassers Einfluß im Nahen Osten hin. Ägypten sei wirtschaftlich völlig bankrott, was die Gefahr einer verstärkten Anlehnung an die Sowjets mit sich bringe.

Rusk erklärte, die Chance einer Regelung der Laos-Frage hänge von der Bildung einer Koalitionsregierung ab. Die amerikanische Regierung unterstütze die Bestrebung, eine Einigung der drei Prinzen¹³ über eine neutrale Koalition herbeizuführen.

Sie unterstütze ferner die Regierung in Süd-Vietnam, um sie in den Stand zu setzen, des Guerilla-Problems Herr zu werden.¹⁴

Die amerikanischen Bemühungen, in der Dominikanischen Republik eine stabile Lage zu schaffen, hätten bisher noch keinen endgültigen Erfolg gehabt.¹⁵ Eine Intervention werde hoffentlich nicht notwendig sein; falls jedoch eine rechts- oder linksextreme Diktatur drohe, könne diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden.

Die Konferenz der OAS am 10.1. werde sich vornehmlich mit Kuba befassen.¹⁶ Falls es nicht gelinge, Kuba wieder zu einem loyalen, vom Sowjetblock unabhän-

¹⁰ Am 3. Dezember 1961 informierte der sowjetische Stellvertretende Außenminister Firjubin den albanischen Geschäftsträger in Moskau, Mazi, über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und übergab dazu eine Verbalnote. Für deren Wortlaut sowie den Wortlaut der albanischen Antwortnote, die der sowjetischen Botschaft in Tirana am 9. Dezember 1961 übermittelt wurde, vgl. ALBANIA AND THE SINO-SOVIET RIFT, S. 280–283.

¹¹ Korrigiert aus: „einige“.

¹² Am 9. August 1954 schlossen Griechenland, die Türkei und Jugoslawien einen Bündnisvertrag über politische Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 211, S. 237–247. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6904–6906.

¹³ Boun Oum, Souvanna Phouma und Souphanouvong.

¹⁴ Zur Lage in der Republik Vietnam (Südvietnam) vgl. Dok. 323.

¹⁵ Gesandter von Lilienfeld, Washington, teilte am 15. Dezember 1961 mit, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Morales-Carrion, habe in Santo Domingo seine Bemühungen fortgesetzt, „die Verhandlungen zwischen der dominikanischen Oppositionsbewegung und den Militärs zur Bildung einer Übergangsregierung in Gang zu halten und zum Abschluß zu bringen. [...] Es scheint, daß amerikanischer Druck in Santo Domingo zur Zeit gleichmäßig auf die um ihre künftige Sicherheit besorgten Militärs und auf die übermäßige Ansprüche stellenden Oppositionspolitiker ausgeübt wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3616; B 33 (Referat 306), Bd. 168.

¹⁶ Die Außenminister der OAS-Mitgliedstaaten beschlossen am 30. Januar 1962 in Punta Del Este neben weiteren Sanktionen gegen Kuba die Suspendierung seiner Mitgliedschaft mit der Begründung, eine marxistisch-leninistische Staatsordnung sei mit den Grundätzen der Organisation nicht vereinbar. Für den Wortlaut der Resolutionen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 46 (1962), S. 278–283.

gigen Partner der OAS zu machen, müsse man nach anderen Möglichkeiten suchen, sich gegen die über Kuba vorgetragene kommunistische Infiltration zu schützen.

Die amerikanische Regierung stehe vor der öffentlichen Auseinandersetzung über die künftige Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen. Kennedy werde versuchen, nicht einfach den Reciprocal Trade Act¹⁷ zu erneuern, sondern das ganze Problem auf eine höhere Ebene zu stellen und dabei die europäischen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu berücksichtigen.

Abschließend erklärte Rusk, man dürfe die nun aus 104 Staaten bestehende Organisation der UNO trotz ihrer Fehler nicht nur als Ärgernis ansehen. Immerhin biete sie der freien Welt erhebliche Chancen. Viele der neuen Staaten suchten noch ihren Kurs in der Weltpolitik. Man könne annehmen, daß die meisten Delegierten dieser Staaten in New York ohne Weisung von ihren Regierungen abstimmten. Um so zugänglicher seien sie für guten Rat und abgewogenen Zuspruch. Man solle dieses Feld nicht der Initiative des hier sehr aktiven Ostblocks überlassen, sondern mit den Delegierten der neuen Mitgliedstaaten enge Verbindung halten. Frankreich tue das bereits in seinen Beziehungen zu einer Reihe von afrikanischen Staaten, Großbritannien mit den Vertretern des Commonwealth. Ganz allgemein könne der Westen aber noch viel mehr tun, um die positive Seite der UNO zu seinen Gunsten auszuweiten.

Der italienische Außenminister erinnerte an seinen bereits der letzten Ministerkonferenz vorgelegten Vorschlag, eine Erklärung über die geistigen Grundlagen der westlichen Zivilisation zu veröffentlichen.¹⁸ Diese Erklärung müsse die Basis der psychologischen Aktion des Westens in den nicht-gebundenen Staaten sein. Er schlug vor, die neugeschaffene Atlantic Policy Advisory Group zu beauftragen, den Entwurf einer solchen Erklärung auszuarbeiten.

[gez.] Schröder

VS-Bd. 8488 (Ministerbüro)

¹⁷ Für den Wortlaut des amerikanischen Reciprocal Trade Agreements Act vom 12. Juni 1934 vgl. UNITED STATES STATUTES AT LARGE, Bd. 48, Teil 1, S. 943–945.

¹⁸ Zum Vorschlag des italienischen Außenministers Segni vom 17. Dezember 1960 zu einer „Erklärung an die Bürger der ganzen Welt“ vgl. Dok. 85, Anm. 24.